

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. für ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich. Ausland 2 M. für das übliche Ausland 3 M. pro Monat. Postabonnements können an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 60 Pf. für beständige und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. Kleine Anzeigen, das selbstdruckte Wort 20 Pf. (außerhalb 2 selbstdruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengehülfe und Schiffsvermittlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Erscheint täglich außer Montags.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Kredaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 18. November 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## „Triarier“ Giesberts gegen Regierung und Zentrumspolitik.

II.

Etwa wie der Einspänner Dr. Heim besprach auch Giesberts die Frage der Futtermittelzölle und der Einfuhrscheine. Dann kam er auf die Zulassung ausländischen Fleisches zu sprechen. Nachdem er die vorgeführte Reverenz vor den „sanitären“ Grenzsperrbestimmungen gemacht hatte, meinte er:

„Aber es berührt doch eigentümlich, daß man gegenüber Rußland, Österreich, Frankreich, die Schweiz die Grenze geöffnet hat, d. h. die Einfuhr eines bestimmten Kontingentes von Fleisch und Vieh zugelassen hat, während man die holländische Grenze hermetisch geschlossen hält. Meine Herren! Eine Öffnung der holländischen Grenze unter den nötigen Vorkehrungsmaßnahmen, die würde gerade unter rheinisch-westfälisches Industriegebiet in der Fleischnot etwas leichter stellen als bisher. Ein dritter Vorschlag ist der, daß man frisches Fleisch aus dem Auslande einführt. Da ist vor allen Dingen erinnert worden an gefrorenes argentinisches Fleisch. Dieses Fleisch wird zwar an Qualität unser gutes deutsches Fleisch nicht erreichen. Ich habe Gelegenheit gehabt, in den Vereinigten Staaten und in England auf dem Markt zu sehen, daß der Unterschied in der Qualität ein großer ist. Aber darauf kommt es nicht an. Wenn die Fleischversorgung durch die deutsche Landwirtschaft nicht in dem Maße möglich ist, wie es eine gesunde Volkswirtschaft erfordert, dann müssen Mittel gesucht werden, um Ersatz zu schaffen, und ich kann nicht einsehen, warum bestimmte Großstädte, wie beispielsweise Berlin und Leipzig, nicht die Erlaubnis erhalten sollten, argentinisches Fleisch in gefrorenem Zustand einzuführen. Der Mann, der keine Kart für ein gutes Stück deutsches Fleisch anlegen kann, der kann sich dann wenigstens für 30 bis 70 Pf. ein Pfund argentinisches Fleisch kaufen. Allerdings hat man sich gegen diese Maßnahme nicht so ganz ablehnend verhalten. Man hat aber gleichzeitig betont, daß an eine Umänderung des Fleischbeschaffungsgesetzes nicht herangetreten werden könne. Was die Einfuhr betrifft, das ist die Voraussetzung, daß die Tiere nur in Häften eingeführt, und zwar zusammen mit Milz, Leber und Lunge, damit an diesen Weichteilen untersucht werden kann, ob das Tier krank gewesen ist oder nicht. Nun ist ja ohne weiteres klar, wenn eine Tierhälfte zwei Monate in gefrorenem Zustande unterwegs ist, daß die Weichteile dann so verändert sind, daß kein Tierarzt an ihnen eine Krankheit feststellen kann. Das sollte uns aber doch nicht abhalten, die Maßnahme einzuführen und an Ort und Stelle eine gründliche Untersuchung durch deutsche Ärzte vornehmen zu lassen. Man braucht auch nicht gar so übermäßig ängstlich zu sein. Ich bin überzeugt, daß das Fleisch, das einen zweimonatlichen Transport aushalten muß, von guter Qualität sein muß, wenn es überhaupt noch genießbar sein soll.“

Nach vor einigen Wochen durchließ von M. Gladbach aus ein Artikel die Zentrums-Presse, der in der den M. Gladbacher „Volkswirten“ eigenen hochtrabenden Weise „feststellte“, daß die Fleischimporte nicht verboten (1), die Grenzen „nicht geschlossen“ seien; eine solche Behauptung könne nur die „verlogene“ sozialdemokratische Presse aufstellen. Jetzt hören die katholischen Arbeiter durch den in M. Gladbach wohnenden Herrn Giesberts, daß ihnen hinsichtlich des Fleischimportverbots und der Grenzsperrgehörig Sand in die Augen gestreut ist. Auch in der Zentrums-Presse, die Herrn Giesberts am nächsten steht, wurde behauptet, aus dem Auslande sei keine vermehrte Nahrungszufuhr zu erwarten, weil das Ausland „selbst nichts übrig habe“. Jetzt verlangt Giesberts die Öffnung der Grenze gegen Holland, um von dort Vieh und Fleisch einführen zu können. Derselbe Mann, der einen „unbeschränkt herrschenden Sand in Berlin“ zeugt, spricht in derselben Rede seine „Verwunderung“ (1) darüber aus, daß Berlin nicht einmal die Einfuhrerlaubnis für argentinisches Fleisch erhielt!

Wenn jemand eine Reise tut, so kann er was erzählen. Herr Giesberts machte im vorigen Jahre eine Amerikatour. Was er am Sonntag den Zentrumswählern im Kreise Essen über seine Beobachtungen in der amerikanischen Fleischindustrie erzählte, ist ein so schöner Schlag in das agrarische Kontor, daß wir diesem Teil der Giesberts'schen Rede schon zur Freude der konservativ-kerikalen Hochschützöllner und Grenzsperrler eine möglichst große Verbreitung verschaffen möchten. Giesberts sagte wörtlich — immer nach dem Stenogramm in seiner Parteizeitung —:

„Weiter, meine Herren, wir haben ein Verbot, das ganz besonders gegen Amerika gilt, das ist die Einfuhr von Wachsenfleisch und Hartwurst. Bekanntlich ist das Verbot der Einfuhr von Wachsenfleisch erfolgt, weil durch den Genuß des bekannten Cornedbeef's vereinzelt Personen erkrankt sind. Nun, ob die Sache damals nicht übertrieben worden ist, lasse ich dahingestellt. Es gibt bei uns noch alljährlich Vorwahnisse, daß einzelne Erkrankungen an Fleischgenuß der aus inländischem Vieh hergestellten Fleischwurst vorkommen, und noch vor einigen Wochen ist in einer rheinischen Stadt ein Metzgermeister zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er in die Wurst Schweinefleisch verarbeitet hat, was durch die Indiskretion seiner Gefellen schließlich der Staatsanwaltschaft bekannt geworden ist. So falsch es ist, von diesen einzelnen Metzgermeistern auf den gesamten Metzgerstand zu schließen, so falsch ist es auch, wenn vereinzelt ein Stück Wachsenfleisch ungesund ist, nun zu erklären, das gesamte Wachsenfleisch sei ungesund und ungenießbar. Meine Herren, Staatssekretär Delbrück hat gegenüber der Forderung der Einfuhr von diesem Wachsenfleisch gesagt, man habe in Japan im japanischen Kriege und in dem Kriege auf den Philippinen sehr ungünstige Erfahrungen mit dem Wachsen-

fleisch gemacht. Aber ich meine, auch ein Staatssekretär kann wissen, daß es ein großer Unterschied ist, ob Wachsenfleisch in den Tropengegenden monatelang transportiert wird, monatelang auf dem Kriegsschiffslage herumliegt, oder ob Wachsenfleisch auf einem gut geordneten Wege von Chicago nach New York gelangt und auf einem geordneten Seewege nach Hamburg transportiert wird, und stets unter geordneter sanitärer Kontrolle steht. Meine Herren, ich hatte im vorigen Jahre Gelegenheit, in den Vereinigten Staaten, in Chicago, ein großes Schlachthaus zu besichtigen. Das Schlachthaus „Ambut“, das ich besichtigte, schlachtete tagtäglich circa 3000—4000 Stück Großvieh, 14 000—16 000 Stück Schweine und 15 000 bis 20 000 Kälber und Dennen. Sie können sich da eine Vorstellung machen von dem Umfang dieses Fleischabflusses. Ich bin in diesem Schlachthaus ungefähr einen ganzen Tag gewesen, ich bin nicht bloß den Sonntagsspaziergang gegangen, den man sonst geht, der dem Publikum offen steht, sondern durch die Freundlichkeit des Direktors hat man mich in alle die Säle geführt, in die ich hineingeführt werden wollte. Ich hätte auch unten im Untergeschoß, in der Fleischerei, in der Abteilung, wo die Därme gereinigt werden, und wo Weichwurst gemacht wird, geführt werden können. Ich habe das abgelehnt und zu dem Direktor gesagt: Die Weichwurst, das ist stets ein Vertrauensartikel, auch bei uns in Deutschland läuft die Hausfrau nicht bei jedem Metzger ihre Blut- und Leberwurst, sondern bei dem, zu dem sie Vertrauen hat, und so habe ich gar kein Interesse daran, hinunterzugehen. Aber dort, wo das Wachsenfleisch verarbeitet wird, wo die Hartwurst gemacht wird, da bin ich gewesen, und ich darf Ihnen versichern, meine Herren, daß die Art der Zubereitung, die Propperität, die dort in den Sälen herrscht, daß die eine solche ist, wie sie kaum in einem kleineren Metzgereigebäude durchgehalten werden kann. Ich habe dem Direktor am Schluß meiner Besichtigung erklärt: Von dem Fleisch, das ich gesehen habe, würde ich bedingungslos jedes Stück genießen, soweit Reinheitsgründe und sanitäre Gründe in Frage kommen. Nun frage ich mich, warum wollen wir das argentinische Wachsenfleisch nicht einführen lassen; es gibt so viele Tausende von Menschen, die heute Pferdefleisch essen müssen, warum sollen sie nicht amerikanisches Wachsenfleisch oder Hartwurst essen können?“

Eine schärfere Verurteilung unseres auf den Ausschluß ausländischer Rohrzugmittel-Einfuhr gerichteten überagrarisches Zoll- und Grenzsperrsystems, wie sie in der Erzählung Giesberts über seine amerikanischen Erfahrungen liegt, kann auch der entragierteste Freihändler nicht aussprechen. „Warum wollen wir das Fleisch nicht einführen?“ ruft Herr Giesberts aus. Ist der Mann wirklich so geistig beschränkt, daß er nicht weiß warum? Nein, so beschränkt ist er nicht. Er weiß ganz genau, daß in den häufigen agrarpolitischen Debatten, besonders bei den wiederholten Interpellationen wegen unseres Zoll- und Grenzsperrsystems die sozialdemokratischen Redner die Zulassung der Fleischzufuhr aus Amerika unter Beobachtung der selbstverständlichen sanitären Vorsichtsmaßnahmen gefordert haben.

Jedesmal war es neben den konservativen und national-liberalen die kerikalen Hochschützöllner, die energisch für den Fortbestand des strikten Einfuhrverbots eingetreten sind! Das ist Herr Giesberts wohl bekannt, er hätte auf seine Frage „Warum?“ sich selbst und den katholischen Arbeitern die Antwort geben können: „Unsere Zentrumsfraktion und die anderen Föllnerparteien wollen die Fleischzufuhr nicht zulassen!“ Das hätte Giesberts um so mehr seinen Zuhörern sagen müssen, weil er doch selber aufforderte: „Streuen wir uns gegenseitig keinen Sand in die Augen!“ Aber Giesberts gab die ihm bekannte Antwort nicht, vielmehr brachte er es fast am Schluß seiner Rede wahrhaftig fertig, die — Sozialdemokratie als die sozusagen eigentliche Vertreterpartei hinzustellen! Dieser respektablen Leistung fügte der „Triarier“ nach dem Gebot der „Germania“ die Aufforderung hinzu: „Gehen Sie zum Angriff gegen die rote Partei über!“ Das ist doch allerdings von einem Mann, der einstmals den Arbeiterkittel getragen hat.

Giesberts kennt auch sehr genau die verteuernde Wirkung der Zölle. Sagte er doch in seiner Rede am 5. November: „Zu den Gemüsen, die total mikrotun sind, gehören die Kohlrarten, Weißkohl, Wirsing, Kollkohl. Die Stedrüben sind fast allgemein verrotten. Mohrrüben sind meist nur in schlechter Qualität zu haben. Kartoffeln sind erheblich teurer, aber dafür besser als sonst. Diese Gemüsesteuerung wirkt für uns um so mehr, als auf Gemüse ein Zoll von 2,50 M. pro Doppelzentner laßt. Im allgemeinen nimmt man eine solche Gemüsesteuerung nicht sehr tragisch, aber sie wirkt auf den Arbeiterhaushalt besonders schmerzhaft, zumal auch die Erntearbeit ebenfalls unverhältnismäßig hoch im Preise gestiegen sind.“

Als unser Zolltarifgesetz geschaffen wurde, da war es nicht zuletzt Herr Giesberts, der in Wort und Schrift den katholischen Arbeitern glauben machen wollte, der Zoll würde „vom Auslande getragen“. Diese unsinnige Behauptung kehrt in den kerikalen Reden und Flugschriften immer wieder, allen jahrzehntelangen Erfahrungen zum Troß. Jetzt erklärt der überagrarisches „Triarier“ Giesberts, der Gemüse Zoll von 2,50 M. wirke verteuern, womit abermals eingestanden ist, daß den autoläubigen katholischen Arbeitern in der entscheidenden Zeit, als ihr energischer Protest gegen die Zollerhöhung vielleicht manche der ärgsten Föllnerausbreitungen verhindert hätte, ganze Säcke voll Sand in die Augen gestreut worden sind.

Die Mahnung der „Germania“: „Triarier vor die Front!“ hat der erste „Triarier“ Giesberts in einer Weise befolgt, die den Kostgängern des „bewährten Wirtschaftssystems“

schwer auf die Nerven fallen wird. Arg hat er in dem agrarischen Vorzellanladen gehaust, natürlich unbewußt dessen, was dabei herauskommen würde. Gerade diese Bewußtlosigkeit des ersten „Triariers“ macht seine Rede so wertvoll für alle Gegner der Verteuerungspolitik. Giesberts Rede ist eine unbezahlbare Fundgrube für unsere Agitatoren.

## Antinationale Verkehrsfeindlichkeit.

In Fortführung der zweiten Lesung des Schiffsahrtsabgabengesetzes im Reichstag kam wiederum die Verkehrsfeindlichkeit der Regierungspläne in wahrhaft klassischer Weise zum Ausdruck. Denn das ist gerade das Charakteristische, daß die Regierungsvertreter und ihre Sandlanger in den Parteien, die sich als die „Güter der nationalen Gesinnung“, als die „wahren Patrioten“ aufspielen, durch ihre kleinliche Wirtschaftsreaktion geradezu gegen die Einheit der Nation sich verdingen, indem sie die wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Landesteile gegen einander auspielen. Verkehrsanlagen, die im Interesse der gesamten Nation liegen, werden nicht zur Ausführung gebracht, um irgend einem minder wohlgefällig angesehenen Landesteil die Konkurrenz mit anderen zu erschweren.

Diese allgemeine Tendenz der borusischen Wirtschaftsreaktion tritt besonders auffällig in Erscheinung bei der Frage der Moselkanalisation, die einen Hauptstreitpunkt in der Freitagssdebatte im Reichstag bildet.

Wenn schon einmal auf Grund der geplanten Abgabenerhebung eine Regulierung der Stromstraßen des deutschen Reiches vorgenommen werden soll, dann ist es natürlich notwendig, daß alle schiffbar zu machenden Ströme dabei berücksichtigt werden müssen. Im allgemeinen erkennt das auch die Regierung an. Beim Schiffsahrtsgesetz des Rheins sind alle seine wichtigeren Nebenflüsse berücksichtigt, nur nicht die Mosel. Die Sozialdemokratie verlangt zwar, daß die Schiffbarmachung von Main und Neckar weiter stromauf in Angriff genommen wird, als die Regierung es geplant hat. Dabei handelt es sich immerhin aber nur um die Frage, ob die Neckaranalysierung bis Heilbronn oder bis Ohlingen, die Mainanalysierung bis Kischaffenburg oder bis Bamberg getrieben werden soll. Die Mosel ist jedoch in dem Gesetzentwurf völlig als Stiefkind behandelt worden.

Bei diesem Nebenfluß des Rheins wäre aber die Kanalisierung im wirtschaftlichen Gesamtinteresse der Nation auf das Dringendste erforderlich. Aus zwei Gründen: Erstens machen die gewaltigen Erzlager des Mittelgebirgs in Lothringen die Ermöglichung billiger Wasserfahrten nach dem übrigen Deutschland zu einer wirtschaftlichen Notwendigkeit. Dazu ist aber der Talweg der Mosel die gebotene Fahrstraße. Zweitens müßte gerade das angeblich bei unseren Patrioten so dringende Bedürfnis, die Elsaß-Lothringer durch Verschmelzung ihrer wirtschaftlichen Interessen mit denen des übrigen Deutschlands dem Reich unloslich zu verbinden, die Kanalisierung der Mosel von Metz bis Koblenz zu einer ernationalem Aufgabe machen. Um so mehr, da die Franzosen den Oberlauf der Mosel längst kanalisiert haben.

Dieser klaren Forderung des wirtschaftlichen und nationalen Gesamtinteresses leistet aber die preussische Regierung aus dem engherzigsten preussischen Provinzialinteresse Widerstand. Wie der preussische Minister v. Breitenbach schon bei früheren Gelegenheiten und auch jetzt im Reichstag wiederum darlegte, würde nämlich die Moselkanalisation dem aufblühenden lothringischen Industriegebiet in der Konkurrenz gegenüber dem älteren Ruhrgebiet zuante kommen. Um das zu hindern, widersetzt die preussische Regierung der Moselkanalisation; und da Preußen maßgebend ist im Reich, kann also das engherzige Winkelinteresse einiger preussischer Großindustriellen über ein allgemeines Nationalinteresse triumphieren.

Die Sozialdemokratie ist natürlich für das Nationalinteresse und gegen die preussische Winkelpolitik energisch eingetreten. Neben anderen Verbesserungsanträgen hatte sie auch gefordert, daß die Mosel von Koblenz bis Metz und im Zusammenhang damit die Saar von der Mündung in die Mosel bis Brebach kanalisiert werden solle. Die Genossen Böhle, Frank und Sildensbrand legten sich im Laufe der lebhaften Debatte energisch dafür ins Zeug. Sie fanden auch bei Vertretern der liberalen Parteien Unterstützung. Schließlich wurde indes der Antrag in namentlicher Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt. Wiederum stimmte geschlossen nur die Sozialdemokratie und mit ihr ein Teil der Liberalen für das Nationalinteresse.

Am Sonnabend geht die Beratung weiter.

## Zur Reichstagswahl.

„Die Front gegen rechts!“

Unter dieser Überschrift veröffentlicht das „Berliner Tageblatt“ Meinungsäußerungen „hervorragender und bekannter Persönlichkeiten“ über die beste Taktik bei den kommenden Reichstagswahlen. Den Reigen eröffnet eine Eggelsen, Geheimrat Professor Dr. Czerny-Heidelberg. Er fürchtet bei einem Siege des Zentrums und der Konservativen die Wefstigung der für uns in Deutsch-

land unentbehrlichen Toleranz und die Unterdrückung des freien Gedankens. Das sei der Grund, warum er als alter Lehrer das Wort ergreife, um seine Meinung über die beste Taktik des nächsten Wahlkampfes auszusprechen. Czerny hält es für notwendig, daß Nationalliberale und Fortschrittliche Volkspartei bei dem ersten Wahlgang Schulter an Schulter kämpfen; nur so würden die liberalen Kandidaten schon im ersten Wahlgange in vielen Wahlkreisen den Sieg erringen und noch zahlreiche in die Stichwahl gelangen. Ueber die Stichwahl führt er dann wörtlich aus:

Bei den Stichwahlen müssen unbedingt die freisinnigen Parteien mit den Sozialdemokraten zusammengehen, um die Herrschaft des schwarzblauen Blodes zu brechen. Wir Liberalen in Baden konnten bei der letzten Landtagswahl bekanntlich allein durch diese Taktik der ultramontan-konservativen Vereinigung die Majorität entreißen, und so muß es auch bei der nächsten Reichstagswahl sein.

Wenn durch ein solches Abkommen auch die Zahl der Sozialdemokraten im Reichstage wieder zunimmt, so wird das Unglück nicht allzu groß sein. Denn je größer die Partei wird, um so mehr wächst ihre Verantwortlichkeit, und schon aus Rücksicht für ihre Wähler muß sie die Staatsmaschine im Gang erhalten. Man sagt nicht so leicht den Ast ab, auf dem man sitzt. Hat man doch in Frankreich gesehen, daß der frühere Sozialdemokrat Briand bei dem Eisenbahnerstreik demiger Federlesens gemacht hat, als ein konservativer Minister hätte tun können. Er konnte seine Leute, wußte, wie man sie anzufassen hat und was er dem Staate schuldig war. Auch bei uns in Baden funktioniert die Staatsmaschine trotz der liberal-sozialdemokratischen Allianz ganz tadellos. Bei der Feuerbestattung und der eisch-lothringischen Verfassungsfrage haben die deutschen Sozialdemokraten dem gesunden Menschenverstande zum Siege verholfen. Also, bange machen gilt nicht!

Anknüpfend an diese Anekdote des Professor Czerny spricht sich der Stadtverordnetenvorsteher von Danzig, Justizrat Keruth, über die Wahltaktik aus, viel weniger bestimmt und zuversichtlich. Bei ihm kommt mehr der norddeutsche Nationalliberale zum Durchbruch. Er sagt:

Überdies ist zuzugeben, daß es vielen, auch entchiedenen Liberalen im Norden und Osten des Vaterlandes, die durch mancherlei sozialdemokratische Anfeindungen und Verleumdungen erbittert und verstimmt sind, nicht leicht sein mag, der von Herrn Prof. Czerny so warm befürworteten Stichwahlparole zu folgen. Wer aber die Prämisse anerkennt, daß vor allem die auf dem Gebiete der Kirche, der Schule, der Wirtschaft, und Steuerpolitik und endlich dem der allgemeinen, die Freiheit der Individualität, der Vereine und der Gemeinden betreffenden Staatsverwaltung zugeht sich immer mehr breitmachende Reaktion bekämpft werden muß. . . . der darf, — wenn er nicht ohnmächtig die Faust in der Tasche lassen will — auch vor der Anwendung des einzigen Mittels, das erstrebenswerthe Ziel zu erreichen, nicht zurückweichen. Aber allein zu schwach ist, eine seinem Hab und Gut drohende Gefahr abzuwenden, greift nach jeder hilfsbereiten Hand, ohne zu fragen, woher ihm die Hilfe kommt; das gilt allgemein als selbstverständlich. . . . Dabei muß immer wieder betont werden, daß es sich nicht um eine Unterstützung der Sozialdemokratie oder gar um eine Verbrüderung mit ihr handelt, sondern ausschließlich um den und ausweglosen Kampf gegen die Reaktion. In den Wahlkreisen, wo dieselbe nicht in Frage kommt, wird kein liberaler Mann daran denken, mit der Sozialdemokratie zu partiiieren. . . . Es ist auch nicht wahr, daß hierdurch die sogenannte sozialdemokratische Gefahr leichtfertiger und unverantwortlicher Weise von den Liberalen heraufbeschworen wird. . . . Ich selbst halte es für völlig ausgeschlossen, daß die Folge der obigen Taktik für die Reichstagswahlen nun auch eine liberal-sozialdemokratische Allianz im zukünftigen Reichstage selbst sein würde. . . . Gegen reaktionäre Wünsche im Reichstage würden sie (die Liberalen) allerdings mit den Sozialdemokraten eine Abwehrmaßnahme bilden, . . . dagegen würden die Liberalen da, wo es notwendig ist, die Sozialdemokratie im Reichstage nach wie vor bekämpfen, und nichts würde sie hindern, in nationalen Fragen und zum Schutze der geltenden Gesellschaftsordnung gegen die Sozialdemokratie mit den Konservativen oder dem Zentrum zusammenzugehen. Durch diese Situation würde gerade der Einfluß der Liberalen im Reichstage und damit auf die Gesetzgebung und die Staatsverwaltung wachsen und sich bald fühlbar machen. Ja, die Liberalen könnten, wenn nur erst der schwarzblaue Wed niedergerungen, die Macht der Reaktion gebrochen ist, leicht zu den ausschlaggebenden Parteien im Reichstage werden, wie es Jahrzehntlang das Zentrum gewesen ist.

#### Die liberale Einigung in der Rheinpfalz.

Endlich, nach langem Hin und Her, ist eine Einigung der liberalen Parteien in der Pfalz zustande gekommen. Die Fortschrittliche Volkspartei hatte von den sechs pfälzischen Reichstagswahlkreisen die Stellung eines Kandidaten aus ihren Reihen für den Wahlkreis Kaiserslautern-Niederrhein in Anspruch genommen und demgemäß den freisinnigen Professor Hummel zum Kandidaten erklärt. Mit dieser Kandidatur war die im Jahre 1906 des Wormser Federkönigs schwimmende liberale Parteileitung der Pfalz nicht einverstanden; es kam zum Abbruch der Einigungsverhandlungen und die Fortschrittliche drohten mit der Aufstellung von eigenen Kandidaten in sämtlichen sechs Wahlkreisen. Dieser Schreckfuß aus der fortschrittlichen Pistole half. Eine unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefundene Vertrauensmännerversammlung der nationalliberalen Partei des Wahlkreises Kaiserslautern nahm eine Resolution an, nach der der Vorschlag der Fortschrittlichen Volkspartei akzeptiert wird. Dieser Vorschlag geht dahin: Die nationalliberale Partei stellt im Wahlkreise Kaiserslautern keinen Kandidaten auf, sondern empfiehlt ihren Wählern, den fortschrittlichen Kandidaten zu unterstützen. Dagegen verpflichtet sich die Fortschrittliche Volkspartei, in allen übrigen Wahlkreisen der Pfalz ihren Wählern die Unterstützung der nationalliberalen Kandidaten zu empfehlen.

Mit diesem Beschluß sind die Chancen der von dem Zentrum und den Reichsmännern eifrig protegierten Sammelpolitik für die übrigen Wahlkreise auf den Nullpunkt gesunken.

#### Seine Doppeltandatur Posadowsky.

Die Meldung, Graf Posadowsky habe im Wahlkreise Bitterfeld-Delitzsch auch eine Kandidatur angenommen, ist unzutreffend. Die „Eilenburger Neuesten Nachrichten“, ein liberales Blatt, teilen mit, daß auf telephonischer Anfrage der gegenwärtige Vertreter des Kreises, Reichstagsabgeordneter Louis Bauermeister, erklärt habe, die Meldung entbehere jeder Begründung. Bauermeister ist von der Reichspartei und den Konservativen übereinstimmend schon vor längerer Zeit wieder aufgestellt worden. — Auch das „Delitzscher Abendblatt“, das konservative Leitblatt Bauermeisters, erklärt die Meldung, Graf Posadowsky sei als Reichstagskandidat für Delitzsch-Bitterfeld aufgestellt, für falsch.

#### Anten-Dertel als Reichstagskandidat in Schlesien.

Die für den Reichstagswahlkreis O. a. M. a. S. a. durch die Abgabe des bisherigen Abgeordneten Vernick freigebliebene Kandidatur ist jetzt dem Oberbürgermeister der „Deutschen Tages-

zeitung“, Dr. Dertel, übertragen worden. Er ist der gemeinsame Kandidat des Bundes der Landwirte und der Konservativen.

## Der Krieg.

Die italienische Flotte, die bald hier, bald da gesichtet sein soll, wird von der Regierung noch immer zurückgehalten, obwohl die Presse der italienischen Kriegstreiber immer entschiedener ihr Eingreifen verlangt. Inzwischen hat sich aber auch die Türkei gegen einen Angriff gerüstet und besonders den Hafen von Saloniki mit Artillerie und sonstigen Küstenverteidigungsmitteln versehen. Von der Repressivmaßregel, der Ausweisung aller Italiener aus der Türkei hat die türkische Regierung vorläufig noch abgesehen. Lange kann die gegenwärtige Spannung und Ungewißheit nicht mehr anhalten, denn irgend eine Lösung muß die italienische Regierung doch herbeiführen.

Auch auf dem tripolitanischen Kriegsschauplatz hat sich nichts geändert. Die Türken und Araber beunruhigen noch immer die Italiener in der Front und auf dem östlichen Flügel, und in ähnlicher Lage befinden sich auch die Italiener in den anderen von ihnen besetzten Küstenstädten.

Bemerkenswert ist, daß Oesterreich in Bosnien und Herzegowina größere Truppenmassen konzentriert. Offiziös wird das zwar als „Polizeivorfahrungen“ an der Grenze bezeichnet, in Wirklichkeit beweist es nur, daß man auch in Wien mit der Möglichkeit rechnet, die Balkanfrage könne durch eine Offensive Italiens gegen die Türkei in Europa die ganze Balkanfrage anrollen.

#### Vom tripolitanischen Kriegsschauplatz.

Konstantinopel, 17. November. (Meldung des Wiener I. I. Tel.-Korresp.-Bureaus.) Die in den letzten Tagen verbreiteten angeblichen Telegramme des Kriegsministeriums über Kämpfe in Tripolis, Benghasi und an anderen Orten sind völlig erfunden. Das Kriegsministerium erhält seit vielen Tagen keinen Bericht über irgendwelche Kämpfe.

Tripolis, 16. November. (Meldung der Agenzia Stefani.) Heute herrschte vollständige Ruhe. Es befähigt sich, daß die letzten Angriffe für den Feind sehr verlustreich gewesen sind. Bei dem Bombardement von Kinzara sind ungefähr 600 Araber getötet worden. (?) Gegen solche Eingeborene, die sich noch im Besitz von Waffen befinden, sind sehr strenge Maßnahmen angeordnet worden.

Tripolis, 17. November. (Meldung der Agenzia Stefani.) Das schlechte Wetter dauert am Lande wie auch auf dem Meere an, so daß die Kriegs- und Handelsschiffe die See verlassen und die hohe See aufsuchen mußten. Auf der Ostfront kam es zu einem Zusammenstoß, bei dem einige Schiffe geschwächt wurden. Die italienische Artillerie brachte eine Kamellarawane, die in der Wüste von Osten nach Westen zog, durch ihre Feuer in Unordnung. Die Patrouillen, die anbauend die Dase durchstreifen, entdecken an verschiedenen Stellen etwa zehntausend Patronen. Zahlreiche andere Patronen explodierten bei der Verbrennung eines großen Haufens Urnat. Die Arbeiten dauern fort, besonders zur Unterbringung der Truppen. — Die Kundschafter melden, haben sich bei Janzur ungefähr zweitausend Araber und hundert Türken mit zwei Kanonen angeammelt. Der Gesundheitszustand der feindlichen Streitkräfte soll schlecht sein; die Araber sollen immer mehr des Krieges müde sein. Deshalb hat das türkische Oberkommando eine Bekanntmachung erlassen, in der alle, welche die Türken verlassen, um ihre Arbeit wieder anzunehmen, mit Strafe bedroht werden. — Aus Goms liegen keine Neuigkeiten vor.

#### Ueberschwemmung in Tripolis.

Tripolis, 17. November. (Meldung der Agenzia Stefani.) Der seit drei Tagen anhaltende stürmende Regen ließ den Ueb. Medjanin anschwellen, der Fluß, der jetzt einen großen See bildet, schwemmte die von den Italienern aufgeworfenen Schanzgräben weg, und die Wassermassen bahnten sich einen Weg quer durch die Stadt bis zum Meer. Die Truppen waren genötigt zurückzugehen und die Postenlinie hinter Qumeliana aufzustellen.

#### Ein deutscher Verteidiger Italiens.

Die öffentliche Meinung in Deutschland ist im allgemeinen nicht gut auf Italien zu sprechen. Um so bemerkenswerter ist es daher, daß ein deutscher Schriftsteller auf den Plan tritt, der den imperialistischen Kollaps des Italiens nicht allein zu recht fertigen, sondern sogar zu glorifizieren sucht. Es ist das ein Herr Adolf Sommerfeld, der in einer soeben im Verlage Continent (Berlin) erschienenen Drohschüre „Der italienisch-türkische Krieg und seine Folgen“ das deutsche Volk beschwört, im Interesse der eigenen Weltmachtstellung dem lieben italienischen Dreißundbruder nicht wehe zu tun. Herr Sommerfeld hält sich zu seiner Rolle des getreuen Geads für berechtigt, weil er lange Zeit als Journalist in Italien gelebt und u. a. auch einiges über die Camorra in Neapel geschrieben hat. Nichtsdestoweniger erfreut sich der Herr eines höchst unkritischen Genüßes. Er nimmt alle losjähigen Angaben der italienischen Regierung über die Ursachen zum tripolitanischen Raubzuge als unumstößliche, unüberlegliche Wahrheit hin, berichtet von ungläublichen Brutalitäten der Türken gegen die Italiener in Tripolis, die Ich Mensch nachkontrollieren kann, und dergleichen mehr. Daß er das Märchen von der Notwendigkeit der tripolitanischen Sandwüste zur Ablenkung der italienischen Aufmerksamkeit kritisch nachbetet, versteht sich von selbst. Daß in Italien selbst drei Fünftel des Landes nach innerer Kolonisationsarbeit schreien, daß die Massen Auswanderung auf die elenden Verhältnisse im Lande selbst zurückzuführen sind, davon hat Herr Sommerfeld trotz seines langen Aufenthaltes in Italien nichts gemerkt. Natürlich denkt er auch gar nicht daran, daß die Millionen, die jetzt für die afrikanische Abenteuer verschleudert werden, in Italien besser und segensreicher angewendet werden könnten.

In einem Punkte hat der begeisterte Verteidiger des imperialistischen Italiens allerdings vollständig recht. Die Kulturvölker haben nicht die mindeste Ursache, sich über den italienischen Raubzug und die barbarische Kriegsführung stillos zu entrichten. Sie haben sich alle der gleichen Sünden schuldig gemacht.

Nebenbei singt dann Herr Sommerfeld ein Loblied auf den alten entthronten Türken Sultan Abdul Hamid. Es liehe dem Herrn zuviel Ehre an, wenn wir auf alle Einzelheiten seiner oberflächlichen Schrift ausführlicher eingehen wollten. Nur eine Stelle mag genügen, um der deutschen Arbeiterschaft zu zeigen, was Heißes Kind der Herr Sommerfeld ist. Er preist nämlich die — ach sehr unfreiwillige — Bedürfnislosigkeit des italienischen Arbeiters und leistet sich dabei eine ganz unerschämte Beschimpfung der deutschen Arbeiter. Er schreibt nämlich:

„Was uns die Konkurrenz auf dem Weltmarkt erschwert, trotz der enormen technischen Leistungsfähigkeit Deutschlands, sind die exorbitant hohen Ansprüche der Arbeiterschaft. Ein Glück für uns, daß wir als wichtigsten Konkurrenten auf dem Weltmarkt nur England haben, das an derselben Krankheit leidet.“

Bei uns wird der Arbeiter besser bezahlt als der kaufmännische oder wissenschaftliche Angestellte.

Durch diese hohen Löhne werden die Industrieprodukte verteuert. Deshalb aber beansprucht der deutsche Arbeiter einen so hohen Lohn? Sind unsere Lebensbedingungen denn wirklich so teuer? Ganz und gar nicht, im Gegenteil, wir leben, in bezug auf Steuerbelastung im Vergleich zum Auslande und besonders zu Italien, in einem irdischen Paradiese.

Nein, was die hohen Löhne unserer Arbeiter anbetrifft, so hängen die Forderungen der deutschen Arbeiterschaft keineswegs mit den Lebensbedingungen unseres Landes zusammen, wohl aber mit den höchsten Gewohnheiten des sogenannten „Proletariats“!

Was der deutsche „Proletarier“ zur Verteidigung seines Lebens Notdurft bedarf, ist enorm; er jagt Millionen von Mark — sind es nicht Milliarden? — durch Aehle und Acker. Der dritte Teil von dem, was der deutsche Arbeiter in seiner Trunksucht und Gefräßigkeit vergeudet, würde bei vernünftiger Ausnutzung der Speise- und Getränke genügen, seinen Körper gesund und kräftig zu erhalten.

Mit der Billigkeit der deutschen Produkte im Vergleich zu den italienischen ist es dank der deutschen Arbeiterschaft auch nichts. Ganz anders der italienische Arbeiter.

Er ist mit einem angemessenen Lohne zufrieden und er kommt mit jedem Betrags aus, da er seine Ansprüche nach seinem Verdienst regelt. Seine körperlichen Bedürfnisse sind aber schon von Natur aus gering, er hat nicht den ewigen Durst des Alkoholikers und kennt auch den Heißhunger des Gewohnheitsessers nicht. Der italienische Arbeiter begnügt sich mit zwei Mahlzeiten täglich, der deutsche Arbeiter bedarf deren fünf.“

So sieht es mit dem sozialen Verständnis dieses Herrn aus, das politische steht auf gleicher Höhe. Können wir den italienischen Kolonialräubern diesen germanischen Bundesbruder und Kampfgenossen!

## Die Revolution in China.

Quanschikai hat sich jetzt ein Ministerium gebildet, an dem der Chef aber nicht viel Freude haben wird. Ein einziger Mandshu gehört dem Kabinett an, die übrigen Mitglieder sind Anhänger oder zum Teil auch Führer der Reformpartei. Die radikalen Kreise der Revolutionäre scheinen aber auch nicht so ganz mit der Zusammensetzung des Ministeriums zufrieden zu sein. Allmählich gerät China auch in finanzielle Schwierigkeiten, und Quanschikai wird seiner ganzen Diplomatenkunst bedürfen, um die Forderungen der Mächte zu befriedigen.

#### Zahlungsschwierigkeiten.

Peking, 16. November. Die russisch-chinesische Bank in Schanghai hat den russischen Gesandten in Peking davon in Kenntnis gesetzt, daß der Taoai von Schanghai sich gestern für außerstande erklärt hat, die fälligen Zinsen für die russisch-französische Anleihe von 1895 im Betrag von 300 000 Taels zu bezahlen. Das chinesische auswärtige Amt glaubt, daß Quanschikai imstande sein werde, die notwendigen Anleihen abzuschließen, um die neue Regierung zu stützen und den Verbindlichkeiten gerecht zu werden.

#### Die Lage in Nanjing.

London, 17. November. Eine Depesche der „Times“ aus Schanghai berichtet: Die Stadt Nanjing ist vollständig isoliert. Man ist ohne jede Nachricht über das Schicksal der dort ansässigen Fremden. General Chang, der Führer der kaiserlichen Truppen, hat Poutzu mit 25 Geschützen besetzt, um dem Vordringen der Revolutionäre wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. Man betrachtet die Stadt Nanjing als den wichtigsten Punkt, von deren Fall das Schicksal des chinesischen Kaiserreiches abhängen wird. Sollte sich der Sieg an die Fahne der Revolutionäre heften, so ist jeder Versuch, ihre Pläne zu durchkreuzen, unmöglich geworden; sollte hingegen General Chang den Rebellen eine Niederlage bereiten, so darf man sich auf Ereignisse gefaßt machen, die eine vollständige Aenderung der Sachlage herbeiführen würden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. November 1911.

#### Zur Landtagswahl in Bayern.

In Bayern haben die Parteien bereits mit der Veröffentlichung ihrer Aufrufe zur Landtagswahl begonnen, die voraussichtlich noch vor den Reichstagswahlen stattfinden wird. Die Zentrumsfraktion preist in ihrem Aufruf ihre bisherige „erprobte Tatkraft“ und wendet sich zum Schluß mit folgenden bombastischen Worten an ihre Wähler:

Ihr habt zu entscheiden, ob auch in Zukunft im monarchischen Bayern der staatserkaltende Gedanke herrschen soll. In Eure Hand ist es gegeben, darüber zu befinden, ob auch ferner die Forderungen einer der Interessen aller Stände währenden Wirtschaftspolitik zum Segen des gesamten Volkes mit Erfolg vertreten werden sollen. An Euch ergeht die Frage, ob auch künftig die christliche Schule erhalten und die hohen Ideale einer christlichen Kultur im Bayernlande eine treue Pflege finden sollen.

Partei Freunde! Seit mehr als 40 Jahren hat das Zentrum unentwegt die Interessen des christlichen Volkes und den monarchischen Staatsgedanken hoch gehalten in schwerem Kampfe gegen die zerlegenden Bestrebungen des Liberalismus und der Sozialdemokratie. Das allgemeine Stimmrecht ruft jeden von Euch zur Entscheidung auf.

Wir vertrauen auf Euch, daß Ihr die Hoffnungen unserer vereinigten Gegner zu Schanden macht und daß Ihr in alter Bayerntreue, geschloffen und einig, auch diesmal wieder zum Siege verbleibt unserem bewährtem Zentrumprogramm: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht.“

Der von der bisherigen sozialdemokratischen Landtagsfraktion veröffentlichte Aufruf schließt zunächst in knappen Worten die Ursache der Landtagsauflösung und fährt dann fort:

Anstatt seine große Mehrheit durch ernste gesetzgeberische Vorschläge zur verfassungsmäßigen Erweiterung der Parlamentsrechte, zu einem wirklichen Kontrollrecht der Volksovertretung anzuwenden, bemüht sich das Zentrum, weiten Kreisen der Bevölkerung und insbesondere dem werktätigen Volke die verfassungsmäßigen Rechte zu verkümmern und an die Stelle geltender Gesetze die Willkür des bürokratischen Absolutismus zu setzen. Unter dem Deckmantel einer christlich-konservativen Umwehr des sogenannten Umsturzes verfolgte die Mehrheitspartei durch Drohungen in der Presse, durch Unterhaltung einer förmlichen Denunziations- und Spitzelorganisation das Ziel, alle nicht der Zentrumspolitik willfährigen Elemente im Staatsdienst und im ganzen öffentlichen Dienste zu vernichten. Die Regierung sollte das gehorhame Werkzeug der brutalsten Parteivillkür sein, sie sollte das durch seine Teuerung- und Volksbelastungspolitik bei den Massen verhaßt gewordene Zentrum mit allen Mitteln der Verleumdung stützen und unterstützen.

Und die Regierung zeigte sich willig. Sie gab den Eisenbahner-Erlaß heraus, sie verließ sich im Landtage bis zum Versuche einer Vereinbarung der Disziplinargesetze. . . .

Landtagswähler! In Eure Hände ist nun die Entscheidung über das weitere politische Schicksal Bayerns gelegt. An Euch ist es, zu bestimmen, ob das Gewaltregiment einer herrschsüchtigen, hochmütigen und personalengierigen Partei das Land weiter verwüsten, oder ob die Abgeordnetenkammer eine Zusammen-

fehung erhalten soll, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechtes wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Fortschritt gewährleisten.

### Das Marokko-Abkommen in der Kommission.

Bei Beginn der heutigen Sitzung stellte Abg. Wasser- mann folgende drei Fragen: 1. Hat Deutschland bei eventuellen Vereinbarungen zwischen Frankreich und Spanien über bestimmte Teile Marokkos kraft der Algeirasakte mitzureden, falls deutsche Interessen dabei berührt werden sollten? 2. Will sich die Regierung zu der Rede des französischen Ministerpräsidenten Caillaux äußern, aus der die Gefahr der Bildung einer schwarzen französischen Armee zu ersehen ist? 3. Könnte nicht die Kriegsverwaltung sich über diese Angelegenheiten gutachtlich äußern?

Abg. Ledebour stellte folgende Frage: Wird der Reichskanzler zur heutigen Sitzung erwartet? Wenn nicht, so ersuche ich, ihn sofort telephonisch herbeizurufen, da der Reichskanzler die Ansicht vertritt, daß die Chefs der nachgeordneten Reichsämter nur die Politik des Reichskanzlers zu vertreten haben. Infolge dessen muß doch der Kanzler bei dieser wichtigen Sitzung selbst zur Stelle sein.

Vorsitzender v. Camp erklärte, der Reichskanzler habe auch von der heutigen Sitzung Kenntnis erhalten, aber, wie gewöhnlich, einem zuständigen Ressortchef die Vertretung überlassen. Herr v. Kiderlen-Waechter werde sicherlich auch die Verantwortung übernehmen.

Abg. Ledebour stellte hierauf den Antrag, die Kommission wolle beschließen, daß der Reichskanzler sofort ersucht wird, in der Sitzung zu erscheinen. Dieser Antrag wird von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Die Kommission beschloß, daß die Reden des Herrn v. Kiderlen-Waechter über den Gang der Marokko-Verhandlungen streng vertraulich behandelt werden sollen. Gleichzeitig wurde beschlossen, ein Protokoll anzufertigen, das nur teilweise der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll.

### Junfer langsam voran!

Der neue Verfassungsvorschlag, den die mecklenburgische Regierung in ihrer großen Weisheit zusammengestampft hat, ist noch kursorfer, als die früheren von ihr dem Landtag vorgelegten seltsamen Verfassungsentwürfe. Fast scheint es, als hätten die Verfasser dieses eigenartigen Kunstprodukts die Verfassungsurkunden aller möglichen mittelalterlichen Ländchen und Kleinstaaten durchsücht, um aus allen das bizarre und albernste zusammenzuflicken.

Der Entwurf enthält nämlich folgende Hauptbestimmungen:

Der Landtag besteht für Mecklenburg-Schwerin aus 80 Abgeordneten, nämlich aus 20 Abgeordneten der Ritterschaft; 20 Abgeordneten der Landschaft und der beiden Seestädte; 18 Abgeordneten einzelner Berufsstände (4 Abgeordnete der Landwirtschaftskammer, 2 Abgeordnete der Handelskammer, 2 Abgeordnete der Handwerkskammer, 1 Abgeordnete der Landesuniversität, 1 Abgeordnete der Geistlichen der Landeskirche, 3 Abgeordnete der übrigen Berufsstände mit Hochschulbildung; 6 Abgeordnete des ländlichen Großgrundbesitzes; 10 Abgeordnete der Landgemeinden; 6 Abgeordnete der städtischen Bürgerschaften; 4 von dem Großherzog für Lebenszeit ernannten Abgeordneten. — Die zu wählenden Abgeordneten der Ritterschaft werden von den Mitgliedern der Ritterschaft des betreffenden Kreises gewählt. Von den Abgeordneten eines jeden Kreises sind zwei aus den Besitzern derjenigen ritterschaftlichen Güter zu wählen, welche zum Mannesstamm einer Familie gehören, die seit mindestens 100 Jahren in Mecklenburg ununterbrochen mit ritterschaftlichem Grundbesitz angefallen gewesen ist.

Die Abgeordneten der Landschaft und der Seestädte bestehen für Mecklenburg-Schwerin aus: 2 Abgeordnete der Stadt Rostock; je einem Abgeordneten der Städte Schwerin, Wismar, Parchim und Güstrow; 14 Abgeordnete der übrigen Landstädte. Die Abgeordneten der Städte Rostock, Schwerin, Wismar, Parchim und Güstrow werden für jede Stadt von deren Magistrat gewählt. Die Abgeordneten der übrigen Städte werden von der Landschaft nach Kreisen gewählt. Die Landschaft mecklenburgischen und wendischen Kreises wählt je 7 Abgeordnete.

Sternberg (Mecklenburg), 17. November. Das Plenum des Landtages beriet heute darüber, ob in eine Beratung der neuen Verfassungsentwürfe der Schweriner Regierung einzutreten sei. Nachdem die Landschaft unter sich beraten hatte, lehnte sie die Vorlage ab. Die Ritterschaft nahm die Vorlage im Prinzip an.

### Ostafrikanische Bahnbauten.

Dem Reichstag ist nunmehr die bereits angeforderte Vorlage über die Verlängerung der ostafrikanischen Zentralbahn von Tabora nach Ujiji zugegangen. Durch diese Vorlage soll die Reichsregierung ermächtigt werden, der ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft ein weiteres Darlehen zur Fortführung der Eisenbahn bis zum Tanganjasee sowohl im Interesse der Rentabilität der Bahn als auch zur Hebung des Verkehrs mit dem ostafrikanischen Hinterland notwendig sei. Auch wird behauptet, daß es höchste Zeit sei, durch den Ausbau der Bahn den Handel aus dem nichtdeutschen Zentralafrika nach der deutschen Koloniallinie hinzulenken, da sonst durch Bahnbauten im belgischen Kongogebiet der Handel nach Westen abgelenkt werden könne.

Diese Begründung enthält also das Zugeständnis, daß die bis jetzt gebaute und demnächst fertigzustellende Teilstrecke bis Tabora unrentabel ist. Erst durch den Ausbau bis zum Tanganjasee und die Hinzunahme des Handels aus dem belgischen Kongogebiet werde die Bahn rentabel gemacht werden können. Die Hoffnungen, die sich also an die bisherigen Bahnbauten geknüpft haben, sind demnach nicht in Erfüllung gegangen. Uebrigens erscheint uns auch die Furcht vor dem Wahnwahn in dem belgischen Kongogebiet recht unbegründet zu sein. Dort wird das Bahngesetz ja sicherlich auch dann ausgeübt werden, wenn die deutsch-ostafrikanische Zentralbahn bis zum Tanganjasee vollendet wird. Und wenn der Verkehr über Deutsch-Niobrara der billigeren und praktischeren sein würde, wäre es wirklich von keinem Belang, wenn die Verlängerung der Zentralbahn bis zum Tanganjasee statt schon jetzt erst in ein paar Jahren vorgenommen werden würde.

Der eigentliche Grund zur Fortsetzung des Bahnbauens scheint denn auch in den Unbequemlichkeiten zu liegen, die der Baugesellschaft aus einer Hinausschiebung des Verlängerungsbauens erwachsen würde. Die Baugesellschaft soll nämlich, falls die Verlängerungsbauten ausgeführt werden, einen Verlust von 1 1/2 Millionen Mark haben. Und dieses Verlussts oder richtiger ausgedrückt dieser Verminderung des Baugesellschafts wegen soll schon jetzt die Verlängerung der Linie bis zum Tanganjasee erfolgen! Wie sich dann die Rentabilität der mit so gewaltigen Kosten erbauten Bahn, für deren Hinzugarantien das Reich aufkommen hat, gestalten wird, weiß kein Mensch zu sagen. Aber das Profitinteresse kapitalistischer Gesellschaften erheischt nun einmal auch diesen Sprung ins Dunkle!

Die 42,2 Millionen für die Zentralbahn umfasse zudem noch nicht einmal den ganzen Betrag der für Deutsch-Ostafrika ge-

forderten Ausgaben. Es werden nämlich auch für die fogenannte Südmadagaskarobahn 1,8 Millionen für Um- und Ergänzungsbauten gefordert. Weiter soll die Linie Daresalam-Morogoro umgebaut werden, was gleichfalls 3,4 Millionen kosten soll. Kurz: das Reich soll Bahnbauten in Höhe von 50 Millionen bewilligen, ohne die geringste Garantie dafür zu haben, daß dies Kapital sich nur in bescheidenster Weise verginsen wird. Freilich, wenn man in der Kolonialpolitik A gesagt hat, wird schon dafür gesorgt, daß man auch weiter buchstabieren muß!

### Die Nutznießer der Jugendverbildung.

In den „Berliner Neuesten Nachrichten“ lesen wir: „Jung-Deutschland“. Für den Bund „Jung-Deutschland“ sind bereits namhafte Stiftungen gemacht worden. Die Bundesleitung war in der ersten Sitzung, in der auf die Gründung des Bundes folgenden Sitzung gemäß § 5 der Satzungen bereits folgende Persönlichkeiten, die sich mit einer Stiftung von mindestens 1000 Mark angemeldet hatten, zu „Stiftern“ des Bundes zu ernennen: Frau Millie von Hansmann und die Herren Krupp von Bohlen und Halbach zu Essen, Franz von Mendelssohn, Robert von Mendelssohn, Besandten Raschdan, Karl Kistenberg, Geh. Kommerzienrat Goldberger, Arthur von Gwinner, Kommerzienrat Georg Haberland, Generalkonsul Landau und Prof. Dr. Walter Simon zu Königsberg i. Pr.

An diesen Protektoren erkennt man deutlich genug den Charakter des „Jung-Deutschland“.

### Eine Verhöhnung der christlichen Arbeiter durch das Zentrum.

Als das Zentrum im Sommer 1909 entgegen seinen bei der Wahl 1907 gemachten Versprechungen, keine neuen indirekten Steuern zu bewilligen, durch die Reichsfinanzreform dem arbeitenden Volke eine neue Last von 865 Millionen Mark indirekter Steuern aufgeschliffen hatte, da erschien aus der M.-Glabbacher Rettungsanstalt jenes bekannte Flugblatt mit den drei Sätzen, worin Klipp und Klar „nachgewiesen“ wurde, daß die Sozialdemokratie das deutsche Volk in verwerflicher Weise betrüge, indem sie behauptet, daß die Lasten des Reiches fast ausschließlich auf die Schultern der breiten heillosen Masse gelegt seien. Das M.-Glabbacher Flugblatt „bewies“ das Gegenteil: die Vermittler tragen die Hauptlast der öffentlichen Aufwendungen in Reich, Staat und Gemeinde. Und in der Tat: die Rechnung stimmt. Der M.-Glabbacher hatte die Bevölkerung eingeteilt in „Besserbemittelte“ und „Minderbemittelte“. (Unbemittelte gibt es in herrlichen Deutschen Reich nach M.-Glabbacher Ansicht überhaupt nicht!) In den „Besserbemittelten“ zählte das Flugblatt diejenigen Leute, die ein Einkommen von mindestens 1800 M. im Jahre haben. Der also einen Tagelohn von 4,10 M. hatte, zählte mit Weichbrod, Rotschild und Krupp zu den „Besserbemittelten“ und diente dem M.-Glabbacher Schwarzfäusler als „Beispiel“, daß in Deutschland die Reichen und nicht, wie die „verlogenen“ Sozialdemokraten behaupten, die Armen den Hauptteil der öffentlichen Lasten aufbringen. Und darum war das Flugblatt überschrieben: „Die roten Falschmänner. Steuerlügen der Sozialdemokratie!“

Und jetzt, wo die Rot des Volkes infolge der allgemeinen Teuerung zum Himmel schreit, erscheint aus der M.-Glabbacher Fabrik ein ähnliches Machwerk, betitelt: „Wer ist schuld an der Teuerung?“ Der wesentliche Inhalt des Flugblattes liegt in dem Nachweis, daß die Fülle, weit davon entfernt, die Lebensmittel zu verteuern, gerade die Lebensmittel verbilligen, weil sie die heimische Landwirtschaft heben und die Produktion steigern. Man könnte demgegenüber die Sätze stellen, die — nicht etwa die „verlogenen“ Sozialdemokraten und die bösen Freihändler, sondern die Schorlemer, Reichensperger, Jäger und andere waschechte Ultramontanen über die Wirkung der Getreidezölle geschrieben haben. Aber wir wollen uns begnügen, hinzuweisen auf den zur selben Zeit wie das München-Glabbacher Flugblatt bekannt gewordenen Beschluß der christlichen Arbeiterführer, die jüngst in Köln versammelt waren, um zu der Teuerung Stellung zu nehmen. Sie forderten bei dieser Gelegenheit als Maßnahmen zur Linderung der Teuerung: Zufuhr ausländischen Fleisches, Aufhebung des Verbotes der Einfuhr von Wäpchenfleisch, Öffnung der Grenzen zur Erleichterung der Vieheinfuhr, Verbilligung der Einfuhr von Gemüse und solchen Kolonialartikeln, die als Ersatz für Gemüse gelten können, Rückvergütung des Zolles an diejenigen Händler und öffentlichen Anstalten, die es sich zur Aufgabe machen, ohne Gewinn die unteren Volksklassen mit Lebensmitteln zu versorgen.

Wir haben also das merkwürdige Schauspiel, daß die christlichen Arbeiter Forderungen stellen, von denen der Volksverein für das katholische Deutschland behauptet, daß sie auf die Preisgestaltung der Lebensmittel ohne Einfluß seien. Die Vorwürfe, die das Flugblatt aus M.-Glabbach gegen die Sozialdemokratie erhebt: „Schwindel“, „Lüge“, „Volkverhöhnung“ usw., sie treffen auch die christlichen Arbeiter, die sich von der Abwendung sozialpolitischer und sonstiger agrarischer Maßnahmen eine Verbilligung der Lebensmittel versprechen.

„Die Sozialdemokratie gehört an den Pranger!“ — heißt das Flugblatt. Denn sie hat nichts getan für die deutsche Lebensmittelerzeugung, nichts für die Erhaltung des deutschen Getreidebaues, nichts zur besseren Fleischversorgung der Bevölkerung. „Dafür dankt sie — so heißt es wörtlich — die Arbeitermassen auf minderwertiges gefrorenes Kulanfleisch.“ Eine famosere Wahrnehmung von Arbeiterinteressen!

Zur selben Zeit, wo die M.-Glabbacher Zentrums-Handlanger dies schreiben, fordern die christlichen Arbeiter in ihrem Kölner Beschluß „Maßnahmen, um die Zufuhr ausländischen Fleisches zu fördern und zwar durch Versuche mit der Einfuhr von Gefrierfleisch“.

Kann man sich eine ärgere Verhöhnung der christlichen Arbeiter denken, als sie hier durch die M.-Glabbacher Agitationszentrale des Zentrums, den Volksverein für das katholische Deutschland geschieht?

### Ausflüchte des Herrn Kopsch.

Zu dem Liebeswerben des Herrn Kopsch gegenüber dem Zentrum, das wir vor einigen Tagen feststellten, hat die „Freie Bl.“ einige Entschuldigungen gestammelt. Sie behauptet, daß der katholische Pfarrer, an den sich die interessanten Briefe des Herrn Kopsch richteten, ein liberaler Pfarrer gewesen sei, mit dem Herr Kopsch die innigste Freundschaft verbunden habe. Die Liebeserklärungen des freisinnigen Herrn Kopsch hätten also nicht einem Zentrumsgeistlichen, sondern einem Gesinnungs-Genossen gegolten.

Demgegenüber stellt nun die ultramontane Presse fest, daß der betreffende Pfarrer keineswegs ein liberaler Geistlicher und Gesinnungs-genosse des Herrn Kopsch gewesen sei, sondern ein Zentrums-angehöriger, der lediglich „nach der Bewohntheit schillerter Wäpchen in Niederösterreich“ den freisinnigen Kandidaten dem Konservativen als kleineres Übel vorgezogen habe. Diese Darstellung erscheint nach dem Wortlaut der Briefe von Kopsch auch völlig glaubhaft. Denn wenn Herr Kopsch wirklich ein so guter Freund des betreffenden Geistlichen gewesen wäre, so würde sich ja die immer wiederkehrende Anfrage „Darf ich?“, nämlich meinen Versuch machen, höchst sonderbar ausgenommen haben. Außerdem hat doch Herr Kopsch seinen angeblich liberalen Freund

auch dadurch für sich zu gewinnen versucht, daß er ihm versicherte, er, Herr Kopsch, sei keineswegs gleich dem Breslauer Freisinn ein Gegner des Zentrums, sondern gleich, Herrn Fischel jederzeit ein Freund des Zentrums gewesen!

Das freilich wollen wir zugeben, daß sich bei dem Weinungs-austausch zwischen Herrn Kopsch und dem Zentrumsgeistlichen die politischen Unterschiede derartig verwischt haben mögen, daß Herr Kopsch den Geistlichen ebenso sehr für einen Liberalen, wie jener Zentrumsgeistliche Herrn Kopsch für einen Freund der Zentrumsbestrebungen halten konnte. Das würde aber die Sache für Herrn Kopsch wahrhaftig nicht besser machen!

### Ruhnießer der neuen Fieberkämpfe.

Im Handelsteil der „Vossischen Bl.“ war dieser Tage in dem Bericht von der Börse folgendes zu lesen:

Die Aktien der „Vereinigten Chemischen Werke in Charlottenburg“ stiegen heute an der hiesigen Börse weiter. Stimulierend wirkte der bekannte Vortrag Professor Wasser-manns, dem man entnahm, daß das von der Gesellschaft hergestellte „Atogni“ sich bei der Bekämpfung der Salskrankheit bewährt habe. Man erwartet daher größere Bestellungen für das Kongogebiet.

Man sieht, das deutsche Volk hat alle Ursachen zufrieden zu sein, den „Herb der Schlafkrankheit“, wie es in der amtlichen Denkschrift so schön hieß, bekommen zu haben. Für die Aktionäre der chemischen Fabriken erfüllt sich in der Tat das Sprichwort: „Eigener Herd ist Goldes wert.“

### Das Dertelblatt denunziert.

In einer Zuschrift, die die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht, heißt es unter anderem:

Vor wenigen Tagen hat in der zweiten sächsischen Ständekammer die aus acht Mitgliedern bestehende freisinnige Volkspartei den Sozialdemokraten Fräßdorf an die Stelle des ersten Vizepräsidenten der Kammer berufen. Unter diesen acht freisinnigen befindet sich ein Landgerichtsrat, ein Bürgermeister und zwei Lehrer an Staatsseminaren. Wir haben uns hier lediglich mit den beiden letzteren zu beschäftigen. Wenn es möglich ist, daß die Widner der heranwachsenden Lehrerjugend ihre Stimme bei der Wahl zu dem höchsten Ehrenamt, das die Vertretung des Landes zu vergeben vermag, einem Anhänger der Partei geben, die Staat und Gesellschaft, Ehron und Ansehen zu befestigen anstrebt, so darf man sich nicht wundern, daß die Höflinge solcher Lehrer im Leben dann die gleiche Auffassung in ihrer Weise praktisch betätigen.“

Diesem bemerkt das Dertel-Blatt, nachdem es auf einen Erlaß des sächsischen Kultusministers vom Juni dieses Jahres hingewiesen hat:

Wenn das Kultusministerium sowohl der Meinung ist, daß der Lehrer alle Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie unbedingte von sich weisen müsse, so kann es keineswegs und keinesfalls damit einverstanden sein, daß ein Lehrer, der der Ständekammer angehört, einen Sozialdemokraten zum Vizepräsidenten wählt.“

Kann werden wieder einige sächsische Lehrer gemahregelt, wenn es nach Dertel geht.

### Frankreich.

#### Nach ein Lockspiel.

Paris, 15. November. (Eig. Ber.) Anlässlich der bevorstehenden Verhandlung über die Interpellation, die Genosse Lauche über die Tätigkeit der vom Ministerium angestellten Lockspiegel, wie die Affäre Meliöre enthielt, eingebracht hat, veröffentlichte der „revolutionäre Sicherheitsdienst“ in der letzten „Querré Social“ ein Communiqué. Es erklärt folgendes: Es sei dem „Sicherheitsdienst“ bekannt, daß Caillaux geneigt sei, einen zweiten Spindel preiszugeben — offenbar, um sich selbst reinzuwaschen, sowie um Clemenceau, dem Wäpchen, einen Posten zu spielen. Dem revolutionären Sicherheitsdienst sei die Person dieses zweiten Provokateurs bekannt, doch sei der direkte Beweis noch nicht in ihren Händen. Dagegen werde sie beweisen, daß das Spindelssystem auch unter Caillaux weiter dauere. — Die heutige „Bataille Syndicaliste“ bringt zu dieser Angelegenheit weitere Details bei. Danach soll Caillaux selbst dem Genossen Lauche seine Bereitschaft erklärt haben, den zweiten Provokateur öffentlich zu nennen. Die „Bataille Syndicaliste“ nennt den Namen, den der Minister Genosse Lauche mitgeteilt haben soll, selbst. Es ist Ricordeau, ein Führer der Pariser Erdarbeiter.

Die Rolle, die Ricordeau in den letzten Jahren gespielt hat, läßt sich nur durch die Vertrauensseligkeit erklären, die die Bauarbeiter dem manfinkten, renommierten Purtschen entgegengebracht haben. Ricordeau ist ein seltener Typus des Pariser Gassenjungen, ein leichtfertig zynischer Geselle, der frühzeitig für seine Streiche anarchistische Proben bei der Hand hatte. Er ist auch wegen eines gemeinen Diebstahls abgeurteilt — bei Gericht rühmte er sich allerdings seiner Tat, weil der Geschädigte ein Millionär sei. Wegen eines Streichelstiches wurde er dann auch zur Ausweisung aus Paris verurteilt. Er beachtete die Verfügung nicht, sondern ging sich noch darin, wochenlang in Begleitung von handfesten Erdarbeitern auf den Boulevards herumzuführen. Daß die Polizei, obwohl es bei diesen Demonstrationen manchen Tumult gab, auf Ricordeau selbst nie ihre Hand legte, hätte seinen Anhang längst über die Rolle dieses Menschen aufklären sollen. Auch die Tätigkeit, die er auf dem Gewerkschaftskongress in Toulouse einleitete, wo er durch den Skandal, den er an der Spitze der Pariser Erdarbeiterdelegation aufhob, jede vernünftige Verhandlung unmöglich machte, war anfallend genug. Vielleicht wird seine jetzige Entlarvung doch bewirken, daß die revolutionären Gewerkschaften Demagogen dieses Schlages künftig vorsichtiger entgogen kommen.

### Marokkofragen.

Paris, 17. November. In der gestrigen Sitzung des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten wies der frühere Minister Millerand darauf hin, daß Frankreich durch Artikel 5 des deutsch-französischen Abkommens verpflichtet sei, dafür zu sorgen, daß in Marokko kein Ausfuhrzoll auf Erze eingeführt werde. Millerand fragte, was wohl geschehen würde, wenn die Spanier in den von ihnen besetzten Oasen einen derartigen Zoll erheben würden. Würde Deutschland da nicht das Recht haben, von Frankreich die Zurückverstattung des Ausfuhrzolles zu verlangen? Das Mitglied des Ausschusses Wuyssen machte darauf aufmerksam, daß die Erklärung dieser und anderer Fragen ganz platonisch sei, da das Parlament nicht das Recht habe, an den einzelnen Urteilen etwas zu ändern. Die Kommission könne das Abkommen in seiner Gesamtheit nur entweder annehmen oder ablehnen.

Das Kriegsministerium bezieht die vom „Echo de Paris“ gedruckten Mitteilungen über die geplante militärische Organisation Marokkos als durchaus unrichtig und fügt hinzu, daß ein diesbezüglicher Plan gegenwärtig überhaupt noch gar nicht in Aussicht genommen werden könne.

# Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Ausperrung in der Berliner Metallindustrie!

Die gestrige außerordentliche Hauptversammlung des Verbandes Berliner Metallindustrieller hat im Interesse der seit sechs Wochen vom Streik betroffenen Gießereibetriebe einstimmig beschlossen, wegen der vom Metallarbeiterverband beantragten Sympathiestreiks, sowie wegen Mangels an Gieß am 30. November 1911 nach Schluß der Arbeitszeit 60 Proz. ihrer Arbeiterkraft zu entlassen.

### Eine unfähliche Albernheit

Leistet sich die „Berliner Morgenpost“ in ihrem gestrigen Feuilleton. Sie veröffentlicht dort eine „Novelle“: „Die Scheidung.“ Daß diese Arbeit nicht gerade ein literarisches Meisterprodukt ist, wollen wir hingehen lassen. In dieser Hinsicht hat sich die Redaktion selbst mit ihrem Respektpublikum abzufinden. Wenn sie glaubt, dieses mit dem Gebotenen geistig befriedigen zu können — uns geht das nichts an! Im Namen der organisierten, schwer um ihre Existenz und die selbstverständlichen Menschenrechte ringenden Arbeiterkraft aber müssen wir dagegen protestieren, daß die Redaktion eines Leides in Arbeiterkreisen weit verbreiteten Blattes einer für ihre Erzählung vergeblich nach einer glaubhaften Fabel suchenden „Dichterin“ die Möglichkeit gibt, sich durch eine Beschimpfung des modernen Proletariats aus der durch unzulängliche literarische Versuche selbst bereiteten Verlegenheit zu helfen.

Die Verfasserin der Novelle schildert uns ein Ehepaar, das im vorgezeichneten Alter nach langer Liebesdehne plötzlich an „unüberwindlicher Abneigung“ zu leiden beginnt. Wie nun die beiden komischen Akten verstehen? Da müssen die „Freienden und angetrunken umherstrolchenden Fabrikarbeiter“ helfen, deren boshafte, tückische Zerstörungslust sich wahllos gegen jeden Wohlhabenden richtet.“ (Seite 3 des Feuilletons, 2. Spalte unten.)

Sie gehören dann auch den Hühnerhof der Gnädigen. Und wie!

„Das war nur noch ein wüßtes Gewirr halbgeräumelter Bretter und Latten, war eine stumme Nordstätt, auf der blutbesiedelte Hühnerfedern büschelweise umherflatterten und in kleinen Blutsprachen schwammen, — wo die abgehackten und abgerissenen Köpfe von Dutzenden von Hühnern umhergestreut lagen, deren Leiber samt und sonders fehlten, — wo eine Anzahl kaum ausgeschlüpfter Küken aus roher Zerstörungslust ertürrt und dann zu Spott und Hohn in Reih und Glied vornehm gelegt war, daß die gebrochenen Augenlein gar schaurig den Herzgetreten war!“ (Seite 4, 1. Spalte oben.)

Aber auch das Rosenbeet ist der Zerstörungswut dieser Bande zum Opfer gefallen:

„... — da war jetzt wie auf einem entsehligen Schlachtfeld alles verwüßt, getödet, vernichtet — von scharfen Messern zerschnitten, von rohen Fäusten zertrümmert und zerbrochen, von schweren Stiefeln zerschrampt und in den Boden getreten.“ (Seite 4, 1. Spalte unten.)

— da waren sie über das Bitter geklettert, die wahnsinnigen Zerstörer, um, von Branntwein und giftigem Reib erhitzt, einem harmlosen Mann seine harmlose Freude zu morden bis aufs letzte! Kein Stämmchen, das nicht abgetrennt, kein Büschelchen, das nicht getreten war!“ (Seite 4, 2. Spalte oben.)

Eine Phantasie in der Darstellung Streikender also, die an Brutalität die eines Lebus übertrifft. Aber die „Dichterin“, die so ganz nebenher auch noch eine alte Köchin des Ehepaars als hochtorig und unwahrhaftig beschimpft, erreicht ihren Zweck. Die beiden Akten fallen sich in die Arme:

„Gustav — Deine Rosen . . .!“  
„Minchen — Deine Hühner . . .!“

Wir sind nun ganz gewiß nicht der Meinung, daß alle streikenden Arbeiter Engel sind, die nie und nimmer sich verleiten lassen, Handlungen zu begehen, die sie bei ruhiger Ueberlegung bebauern. Freilich, so herzlich albern, wie bei uns Terrorisimusmärchen erdichtet und in amtliche Denkschriften übernommen werden, geht es im wirklichen Leben nicht zu. Aber dieses wirkliche Leben bringt Konflikte des Menschen mit sich selbst und seiner Umgebung, mit dem Herkommen und dem Gesetz so furchtbarer Art, daß sie der Schilderung eines wirklichen Dichters würdig wären. Wilhelm Tell legte den Pfeil auf die Armbrust, um seinen Wehränger, der der Wehränger seines Volkes war, niederzuschießen. Gerhard Hauptmann schildert uns, wie die zur Vergewaltigung getriebenen Weber in die Befreiung ihres Ausbeutens eindringen. Wir können uns vorstellen, daß einmal ein Arbeiter in höchster feilscher Erregung seine Faust, ja eine Waffe gegen einen Wehränger oder gegen einen Verräter erhebt. Die gewerkchaftliche, die politische Schulung der Arbeiter sagt ihnen warnend: Tut's nicht! — Aber ein sinnloses Wüten gegen Eigentum von Unbeteiligten, ein wüßtes Morden um des Mordens willen haben ihre schlimmsten Feinde den organisierten Arbeitern bisher nicht vorzuzurufen vermocht. Dazu mußte erst die „Berliner Morgenpost“ herkommen!

Wenn man nicht zur Entschuldigung annehmen will, daß ein auf seinem Bureau „angetrunken umherstrolchender“ Redakteur das „boshafte, tückische“ Nachwerk in das Feuilleton der „Morgenpost“ gegeben hat, dann bleibt nur die eine Erklärung, daß die Redaktion dieses Blattes den Bestrebungen der modernen Arbeiterkraft so weitentfernt, so ohne jedes Verständnis gegenüber steht, daß sie unfähig ist, sich in das Gefühlleben derselben hineinzuversetzen. Das muß natürlich immer wieder zu Konflikten zwischen der Redaktionsführung und den Interessen jenes Teiles der Leserschaft führen, der dem Arbeiterstande angehört. Für denkende Arbeiter sollte damit ihre Stellungnahme gegeben sein: ein solches Blatt gehört nicht in ihr Haus. Wenn es aber Vergnügen macht, sich und seine Klassenangelegenheiten von dem Blatt beschimpfen zu lassen, so dessen Unterhaltung er mit seinem Abonnementgelde beiträgt, dem ist freilich nicht zu helfen. Der verdient die Kübel Rot, die dort über ihn ausgegossen werden!

### Zur Tarifbewegung in der Damenkonfektion.

Wie wir erfahren, hat am Donnerstag eine gemeinsame Sitzung der vereinigten Kommissionen der Zwischenmeister und Arbeitnehmer in der Damenkonfektion stattgefunden, um Stellung zu nehmen zu der ablehnenden Haltung der Konfektionäre gegenüber der Forderung auf tarifliche Regelung der Lohnverhältnisse. Die Sitzung kam einstimmig zu dem Beschluß, an der Tarifforderung festzuhalten und von den Konfektionären die bestimmte Erklärung zu verlangen, ob sie über die Tarifvorlage verhandeln wollen oder nicht. Die Antwort auf diese Frage wird bis spätestens Dienstag, mittags 12 Uhr erwartet. Verhalten die Konfektionäre sich ablehnend wie bisher, so sind die ganzen Verhandlungen als gescheitert anzusehen, denn mit irgendwelchen anderen Zugeständnissen als die tarifliche Regelung wird man sich auf Seiten der Zwischenmeister und Arbeitnehmer nicht zufrieden geben. Zum Mittwochvormittag ist eine allgemeine Versammlung für die Damenkonfektion einberufen, die dann über die weiteren Schritte zu beschließen hat.

Soweit wir die Sachlage beurteilen können, wird, wenn es zum Kampfe kommt, der Hauptangriff gegen das Unternehmertum darin bestehen, daß man die Anfertigung der Musterfächer verweigert. Die Zahl der in dieser Weise Streikenden würde dann sehr gering sein, desto größer aber wäre der Schaden der Unternehmer. Es ist jetzt die Zeit, wo die Vorarbeiten im Gange sind, die Reisenden auf die Tour zu schicken, um Geschäfte abzuschließen, und die Konfektionäre, die ihre Muster nicht fertig gestellt erhalten,

haben damit zu rechnen, daß ihnen für die kommende Saison das ganze Geschäft verdorben wird.

### Zur Zigarrenarbeiterbewegung in Groß-Berlin.

Mit welchen Mitteln man in gewissen Kreisen sich einer klaren Stellungnahme zur Zigarrenarbeiterbewegung entzieht, sowie den Ausschlag der grünen Bewilligungsplakate zu vermeiden sucht, zeigt der Umstand, daß hier und dort die Liste der Tariffirmen gewissermaßen als Ersatz des grünen Plakats vorgewiesen wird. Dergleichen Mandate sind lediglich auf Täuschung berechnet, der Versuch zu solcher muß als strengstens zurückgewiesen werden. Nur die grünen Plakate, die mit Alwin Schulze unterzeichnet sind, haben Geltung. Es sei dies nochmals aufs nachdrücklichste hiermit betont.

Arbeiter, Raucher! Beachtet die Veröffentlichungen im „Vorwärts“. Fragt nach den grünen Plakaten!  
Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Eine Versammlung für taubstumme Schuhmacher, Zwicker usw. findet am Sonntag, den 10. November, nachmittags 2 Uhr, bei Voelker, Weberstr. 17, statt. Die Kollegen und Parteigenossen werden gebeten, die taubstummen Schuhmacher auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Zentralverband der Schuhmacher.

Achtung, Friseurgehilfen! Für Verbandsmitglieder gesperrt: In Rixdorf: Sauerwald, Bärnstr. 1, Kaufsch, Walterstr. 30, Nichtenberg: Fuchs, Kreuzigerstr. 17, Charlottenburg: König, Helmholzstr. 28. Verband der Friseurgehilfen.

### Deutsches Reich.

#### „Positive Arbeit“ der Christen.

Die christlichen Organisationen spielen sich bei allen Gelegenheiten mit Vorliebe als diejenigen auf, die für die Arbeiter positive Arbeit leisten, und sie behaupten, daß im Gegenzug dazu die freien Gewerkschaften nur helfen, um „Sozialdemokraten zu züchten“. Wie solche positive Christenmätigkeit beschaffen ist, dafür hier einen neuen Beleg.

Der christliche Gärtnerverband hat jetzt seine Stellenvermittlung „ausgebaut“; er erläßt nämlich in gärtnerischen Fachblättern und in Tageszeitungen Inserate mit fingierten Stellenangeboten und schiffert diese, damit die Bewerber zunächst nicht wissen, daß sie sich mit ihrer Bewerbung an den christlichen Verband wenden. Auf der anderen Seite erbetet er von Gärtnergehilfen, die durch Inserate Stellung suchen, diejenigen Angebote, die diese Gärtnergehilfen abgelehnt haben. Auch gibt der christliche Verband Chiffre-Inserate auf, in denen Gehilfen ihre Arbeitskraft anbieten. Die auf diesen Wegen nun erreichten Angebote offener Stellen werden „vermittelt“. Die durch die ersten genannten Inserate angelockten stellenjuchenden Gehilfen erhalten zunächst eine Mitteilung, in der sie „aufgeklärt“ werden, wie segensreich der Verband für die Gehilfen wirkt, und in der gefagt wird, daß die Mitglieder selbstverständlich ein Vorzugsrecht genießen. Eine der erlangten „Stellen“, die wahrscheinlich verschiedenen Bewerbern mitgeteilt wird, und auf deren Qualität es nicht weiter ankommt, erhält auch der Bedachte gleich „zugewiesen“, dazu aber auch die dringliche Einladung, Mitglied des christlichen Verbandes zu werden. Der „christliche“ Charakter wird aber schämig verschwiegen; manchmal wird auch statt Verband Verein geschrieben, weil der Verband bei den Gärtnergehilfen schon allzu sehr in Mißkredit geraten ist. Verlangt wird Eintrittsgeld und für 3, 6, 12 Wochen Beiträge. Einer der Begünstigten wurde ersucht, sofort einzulösen: 50 Pf. Eintrittsgeld, 4,50 M. Beitrag, 10 Pf. Delegierten- und 10 Pf. Kartellbeitrag, zusammen 5,50 M. Und das, um an der zweifelhaften „Stellenvermittlung“ teilzuhaben, die nur in seltenen Fällen und dann ebenfalls nur solchen Erfolg haben kann, für den kaum jemand dankbar sein kann.

Die Arbeitslosigkeit im Gärtnerberuf ist jetzt sehr groß, sie wird im Winter noch größer; daher werden viele Stellenjuchenden aber ist es ganz und gar nicht um die damit zu erreichenden Geldmittel und den Mitgliedsbeitrag zu tun — heile sie nicht! Auf Vorkaufungen und Zurechtweisungen durch den freigebergschaftlichen Allgemeinen deutschen Gärtnerverein macht der christliche Verband in höchster „sittlicher“ Entschlossenheit und erklärt allen Christen, die Einrichtung sei eine gut gewerkchaftliche und dazu geschaffen, die Arbeitslosigkeit im Beruf zu mindern, man vollführe also damit eine wirklich positive Tätigkeit im Arbeiterinteresse. Eine waschecht christliche Logik oder vielmehr Entschuldigungslogik! Man sucht lediglich das unsaure Gewerbe des Mitgliedsverlangens durch die Leichtgläubigkeit Arbeitsloser pharisäerhaft zu verhüllen und ihm nach außen hin sogar den Anschein einer achtungs- und lobenswerten Sozialfahrts-einrichtung zu geben. — Das ist aber keine positive Arbeit, sondern positiver Schwindel, der hart mit den Strafparagrafen des Stellenvermittlungsgesetzes kollidiert.

### Kein Schadenersatz

#### wegen Ausübung des Koalitionsrechtes.

Hamburg, 17. November.

(Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Ein für die gewerkchaftliche Bewegung wichtiger, über mehrere Jahre sich ausdehnender Prozeß, der des Schlichtermeisters Kotsch in Hamburg gegen den Vorsitzenden der Ortsgruppe Hamburg des Feischerverbandes Max Fiedler und gegen die sozialdemokratische Buchdruckerei Auer u. Co. gelangte am Freitag in der Berufungsinstanz vor dem hanseatischen Oberlandesgericht zur Entscheidung. Kotsch weigerte sich feinerzeit, die Lohnforderungen seiner Gesellen zu erfüllen. Er strengte gegen Fiedler und gegen Auer u. Co., die in der Presse die Interessen der Schlichtergesellen vertrat, eine Entschuldigungsklage an und verlangte einen Schadenersatz von 5080 M. Das Landgericht gab der gegen den Schlichterverband gerichteten Klage dem Grunde nach statt und erließ auch eine auf Unterlassung des Annoncierens gerichtete einstweilige Verfügung. Das hanseatische Oberlandesgericht hob gestern das Urteil auf, wies den Kläger mit seiner Klage und Ansuchenberufung ab und verurteilte ihn, die sämtlichen Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

In der Spinnweberei „Valencienne“ in Dresden haben Donnerstag die Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich um 40 Mann. Zugang ist fernzuhalten.

### Ausland.

#### Die Niederlage der Streikenden von Elba.

Rom, den 12. November 1911. (Eig. Ber.)

Der große Streik in den Eisenbergwerken und Hochöfen von Elba hat am 8. d. M. mit einer Niederlage geendet. Nach 190 tagelangen Ausstand, der alle ihre Ersparnisse aufgezehrt hat und geradezu namenlose Opfer gefordert, haben die Streikenden, deren Zahl 2000 überstieg, die Arbeit fast bedingungslos wieder aufgenommen. Es ist dies eine der traurigsten Niederlagen, die die italienische Arbeiterbewegung im letzten Jahrzehnt aufzuweisen hat. Die Arbeiter haben sich tapfer, ja heldenmütig gehalten, und besondere Ehre gebührt den Bergleuten, die schon vor Monaten den Streik zu ihrem Vorteil belegen konnten, dies aber nicht getan haben, um nicht die Lage der Hochöfenarbeiter zu verschlechtern. Dem Truist lag wohl daran, die Arbeit in den Bergwerken wieder aufzunehmen, aber er hatte alles Interesse an einem weiteren Stillstand der Hochöfen. Um ihre Kampfgenossen nicht wehrlos dem Unternehmertum preiszugeben, haben die Bergarbeiter im Streik ausgehalten, leider ohne anderen Erfolg als den, mit den Gefährten die Niederlage zu teilen. Einige 300 der Streikenden dürften gemahregelt werden.

Nun diese große Bewegung zu Ende ist, mag es nicht unangebracht sein, ein Wort über ihre Inszenierung und Durchführung zu

sagen. Die Streikenden, die außerhalb der Konföderation der Arbeit standen, haben sich von den Syndikalisten beraten lassen. Das ist gewiß kein Einwand; aber es fragt sich nur, ob sie gut beraten waren. Und da will es uns doch scheinen, daß der Streik zu einer Zeit ausgebrochen ist, wo ihn die Unternehmer dringend wünschten. Der italienische Eisentrust, der vor weniger als einem Jahr gegründet wurde, wünschte eine zeitweilige Einstellung der Produktion und hatte Interesse an ihr, was ganz deutlich durch die Tatsache bewiesen ist, daß er während des Streiks zwei seiner Eisenwerke in Ligurien schließen ließ. Für die Hochöfen auf Elba und in Piombino wollte der Truist neue Formen der Verarbeitung einführen und vor allem neue Maschinen, die einen Teil des Personals entbehrlich machen sollten. Daher der Plan, einige 300 der ältesten Arbeiter zu entlassen. Der Streik hat nun dem Truist das Odium abgenommen, seine alten Arbeiter aufs Plaster zu werfen: er stellt sie einfach nicht wieder ein. Vieles spricht dafür, daß die Unternehmer den Streik gewünscht haben und, vielleicht mit einziger Ausnahme der letzten Streikwogen, Vorteil aus ihm gezogen. Die Arbeiter sollten aus diesem tieftraurigen Fall lernen, daß zum Streik nicht eine gute Sache und Opfermut genügen, sondern daß auch eine Kenntnis der Konjunktur und der Absicht des Unternehmertums unerlässlich ist.

Die Regierung hat sich natürlich in allem in den Dienst der Kapitalisten gestellt. Es scheint sogar, daß die Behörden ein Auge zugedrückt haben, als das berühmte Attentat gegen den Generaldirektor der Eisenwerke inszeniert wurde. Dieses war offenbar auf Stimmungsmache berechnet, war bestellte Arbeit und hat nur zu Verhaftungen geführt, die nicht aufrechterhalten werden konnten. Auch hat sich die Regierung ganz und gar parteiisch gezeigt, indem sie davon Abstand genommen hat, die Betriebskonzeption der Gesellschaft zu widerrufen, wozu sie nach dreimonatlicher Einstellung der Arbeiten in den staatlichen Bergwerken berechtigt war. Sie hat eben den Streik als höhere Gewalt gelten lassen! Die Behörden haben auch öffentliches Waffentragen der Streikbrecher und ähnliche Ungehelichkeiten ruhig gebuldet. Was wunder, daß die Arbeiter der doppelten Uebermacht der Regierung und der Kapitalisten erliegen mußten! Einer so kampftüchtigen und opferfähigen Schor wie die es ist, die nach als viermonatlichem Streik besiegt zur Arbeit zurückkehrt, wird es nicht an Gelegenheit fehlen, die heutige Scharte auszuweihen.

## Letzte Nachrichten.

### Die Landtagstischwahlen in Hessen.

Darmstadt, 17. November. Bei den heutigen Stichwahlen in Sieben siegte Urstadt (Fortschrittliche Volkspartei) über den Nationalliberalen, in Wilbel der Sozialdemokrat Busold über den Nationalliberalen, in Darmstadt Heinrich (Fortschrittliche Volkspartei) über den Sozialdemokraten.

Darmstadt, 17. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei den heutigen Stichwahlen sind fünf Nationalliberale, drei Mitglieder des Bauernbundes, zwei Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei und zwei Sozialdemokraten gewählt worden.

Wilbel, 17. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Landtagstischwahl im Wahlkreis Wilbel erhielt Reichstagsabgeordneter Busold (Soz.) 2448 und der Bauernbündler Will 2212 Stimmen. Busold ist somit mit einer Majorität von 236 Stimmen gewählt.

### Mahnahmen gegen die Teuerung.

Dresden, 17. November. (Pr. C.) In der Stadtkonventionenversammlung wurde eine Maisvorlage angenommen, nach der 3500 M. zur Vermehrung der kleinen Wohnungen in Dresden, 100 000 M. zur Linderung der Not dürftiger Familien, 50 000 M. zur Speisung armer Schulkinder und 75 000 M. Teuerungszulagen für kinderreiche Beamte, die nicht mehr als 2500 M. jährliches Einkommen haben, bewilligt werden.

### Das Kongoabkommen.

Paris, 17. November. (B. L. W.) Die Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten beriet heute über das Kongoabkommen. Sie beschloß, um genauere Auskunft über Artikel 1 zu bitten, um zu erfahren, welche Ortshaften französisch bleiben, sowie über die auf die Schifffahrt und den freien Durchzug bezüglichen Artikel. Eine lange Debatte entspann sich über die Frage der KonzeSSIONen. Die Kommission schien der Ansicht zu sein, daß die KonzeSSIONsgesellschaften in derselben Lage seien wie ein Mieter, dessen Hauswirt gewechelt habe. In bezug auf das Vorkaufrecht Frankreichs auf den belgischen Kongo verlangten Millerand, Andrieux und Chaillie Aufklärung darüber, was aus diesem Rechte werde. Die Kommission gab ihre Ansicht kund, daß in dem von dem Deputierten Long zu erscheidenden Kommissionsbericht die einmütige Auffassung der Kommission über die Wahrung der Rechte Belgiens und über die Notwendigkeit der Anrufung des Haager Schiedsgerichts zum Ausdruck kommen solle.

### Eine Interpellation über die äußere Politik.

Paris, 17. November. (B. L. W.) Der Deputierte Escudier hat eine Interpellation angekündigt über die Maßnahmen, welche die Regierung zur Sicherung der Stetigkeit der äußeren Politik zu ergreifen gedenke. Er beabsichtigt bei diesem Anlaß die Errichtung eines höheren Rats für auswärtige Angelegenheiten zu beantragen.

### Nachklänge zur Libériekatastrophe.

Paris, 17. November. (B. L. W.) General Mercier-Milon, der vom Kriegsminister mit der Untersuchung der beim Libériebegangnis der Opfer der Libériekatastrophe ausgedrohten Panik beauftragt war, hat vier Artilleristen und mehrere Infanteristen mit 8. bis 10 tägigem Arrest bestraft, weil sie während dieser Panik ihre Waffen im Stiche gelassen und hierdurch ihre Feigheit (!) an den Tag gesetzt hätten.

### Väterchen will neue Wordinstrumente.

Petersburg, 17. November. Der Finanzminister hat in der Reichsduma eine Gesetzentwurf betr. Bereitstellung von 10 500 000 Rubel aus dem freien Vorbestand zum Bau der Schwarzmeerflotte eingebracht.

### Ein drakonisches Urteil.

Reims, 17. November. Der Gefreite Deschamps, der angeklagt war, ein Maschinengewehr gestohlen und an Deutschland verkauft zu haben, wurde heute vom Schwurgericht zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

208. Sitzung vom Freitag, den 17. November, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstag: v. Breitenbach.

Die zweite Lesung des Gesetzes betreffend die Erhebung von Schifffahrtsabgaben

wird fortgesetzt.

Artikel II steht vor die Bildung von Strombauverbänden zur Aufbringung von Mitteln für die Verbesserung und Unterhaltung bestimmter natürlicher Wasserstraßen in den Gebieten des Rheins, der Mosel und der Elbe.

Eine Reihe Anträge verlangen die Kanalisierung der Bahn resp. der Mosel und Saar.

Ein Antrag auf Kanalisierung aller dieser Flüsse liegt auch von sozialdemokratischer Seite vor. Außerdem beantragen die Sozialdemokraten die Kanalisierung des Mains nicht zwischen Kischau, sondern zwischen Bamberg und Offenbach und des Neckars nicht von Heilbronn, sondern von Ehlingen bis zum Rhein.

Abg. Dr. Wiese (L.) erklärt, daß die sächsischen Konservativen auch gegen Art. II der Vorlage stimmen werden.

Abg. Böhe (Soz.):

Die Mosel- und Saarkanalisation ist von sehr großer wirtschaftlicher Bedeutung. Sie ist ein rentables Unternehmen, das nach sachverständigem Urteil Ueberschüsse abwerfen würde. Bisher ist nur ein Teil der Mosel und Saar von Frankreich kanalisiert worden. Preußen hat seine Verpflichtungen, die es in dieser Richtung 1871 übernommen hat, bisher nicht erfüllt. Deutschland sollte sich auf diese Weise den französisch-lothringischen Erzmarkt zunutze machen. Die preussische Regierung lehnt nun die Moselkanalisierung ab mit Rücksicht auf die niederrheinisch-westfälische Industrie und die zu erwartende Verminderung der Eisenbahneinnahmen. Diese Stellungnahme des Verkehrsministers hat mit Recht in Elsaß-Lothringen das größte Aufsehen erregt. Man versteht dort nicht, wie ein Minister der die Gesamtinteressen wahrnehmen soll, sich auf einen solchen einseitigen Standpunkt stellen kann. Man sagt, es bedürfe nur einer Verständigung zwischen Preußen und Elsaß-Lothringen, aber bei der Haltung der preussischen Regierung wird noch viel Wasser die Mosel herunterlaufen, ehe eine solche Verständigung zustande kommen wird. Bei dieser Gelegenheit spreche ich mein Bedauern aus, daß heute wie auch in den letzten Tagen der Kommissionberatungen nach Zustandekommen der Verfassungsvorlage für Elsaß-Lothringen kein Vertreter Elsaß-Lothringens im Bundesrat anwesend ist. Die drei Stimmen, die Elsaß-Lothringen jetzt im Bundesrat hat, könnten sehr wohl ausschlaggebend dafür werden, ob die Vorlage überhaupt noch zustande kommt. Die preussischen Konservativen vertreten im Landtage auch in diesem Falle nur ihre einseitigen Interessen, nicht die der Gesamtheit, aber der Reichstag als Vertreter der Gesamtinteressen Deutschlands würde ein Nulrecht begehen, wenn er die Mosel- und Saarkanalisation aus dem Bauprogramm herauslassen würde. Es würde das als schwere Zurücksetzung von Elsaß-Lothringen empfunden werden. Aus all diesen Gründen bitte ich Sie dringend, unseren Anträgen zuzustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wassermann (natl.): Auch wir wünschen die Aufnahme der Mosel- und Saarkanalisation in das Bauprogramm. Manche meiner Freunde haben seinerzeit nur für den Mittelstandsländ gestimmt in der sicheren Erwartung der bevorstehenden Mosel- und Saarkanalisation, der die Regierung damals freundschaftlich gegenüberstand. Die Forderung der Saarkanalisation ist eine alte Forderung; nicht etwa jetzt erst aufgetaucht, wie Dr. Hahn zu behaupten schien. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Sommer (Sp.) begründet seinen Antrag, die Saaregulation im weiteren Umfange in das Gesetz aufzunehmen mit dem Hinweis auf die aufblühende Industrie Raumburgs, Weizensfelds und des Hinterlandes dieser Städte.

Minister v. Breitenbach wendet sich gegen die Anträge. Die Gemeinbeziehung der Kanalisierung noch weiterer Nebenflüsse in die Vorlage würde die ganzen finanziellen Grundlagen umstürzen, auf denen sie beruht. Besonders gilt dies von dem weitgehenden aller dieser Anträge, dem Antrag Elberfeld und Geseff, der noch dazu von der einzigen Partei ausgeht, die ge-

schlossen gegen die Vorlage stimmt. — Redner bekämpft in längeren Ausführungen die Aufnahme der Moselkanalisierung in die Vorlage, erklärt aber gleichzeitig, daß die Aufnahme, auch wenn sie erfolgen sollte, keine bindende Verpflichtung für die preussische Regierung in sich schließen würde. Die Regierung kann ihre Hand nicht dazu bieten, die sich langsam vollziehende Verschlebung des industriellen Zentrums vom Niederrhein nach Lothringen zu beschleunigen. Gegen die Bahnregulation sprechen keine wirtschaftspolitischen, dagegen finanzpolitische Erwägungen. Es ist kaum auf eine Verzinsung zu hoffen. Immerhin ist die preussische Regierung zu wohlwollender Prüfung bereit.

Württembergischer Minister v. Bischof: An sich sind die vorgeschlagenen Projekte ja alle sehr schön. Ich könnte auch noch verschiedene sehr empfehlenswerte Projekte in Vorschlag bringen. (Heiterkeit.) Aber wir dürfen nicht den finanziellen Boden unter den Füßen verlieren und daher die Vorlage nicht weiter belasten.

Bayrischer Bevollmächtigter Dr. Grafmann: Der Wunsch nach weiteren Kanalisierungen, wie sie die Sozialdemokraten beantragen, war auch bei uns sehr lebhaft, aber wir mühten uns davon abzuwenden, daß es nicht angeht den Vogen zu überspannen. Bei Durchführung der Erweiterungsanträge der Sozialdemokraten würden die finanziellen Grundlagen des Gesetzes erschüttert und seine Ausführung unmöglich gemacht.

Abg. Behrens (Wirtsch. Sp.): Nach den Erklärungen vom Ministerium ziehe ich den Antrag auf Kanalisierung der Bahn zurück. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Höffel (Sp.) tritt für die Mosel- und Saarkanalisation ein.

Abg. Am Jahnhoff (Z.): Die Annahme der Anträge auf Kanalisierung der Mosel und Saar würde das, was die Antragsteller wollen, nicht erreichen. Die betreffenden Staaten wären dadurch noch nicht verpflichtet, die Kanalisierung auch durchzuführen. Denn es heißt im § 5 ausdrücklich: „Eine Verpflichtung der Staaten zur Aufhebung von Mitteln für die Verbesserung und Unterhaltung von Wasserstraßen wird durch dies Gesetz nicht begründet.“ Glauben Sie, daß Preußen sich eher zu der Kanalisierung entschließen wird in der Zwangsgasse der in diesem Gesetze vorgesehenen Strombauvereine? Wenn Preußen die Kanalisierung mit Elsaß-Lothringen allein macht, hat diese viel größere Chancen. Wo sollten auch die Freunde dieser Moselkanalisierung diesen Antrag des Herrn Wassermann, der nichts als ein ausgeblasenes Ei ist (Heiterkeit), ablehnen.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Ich möchte nachsehen, daß der Abg. Am Jahnhoff nicht etwa ein Freund, sondern einer der schärfsten Gegner der Moselkanalisierung ist. Das ging aus seinen Ausführungen nicht klar hervor. (Sehr richtig! links.) Er hat mit der großen Offenheit, die ich bei ihm schätze, die aber andere vielleicht nicht an ihm schätzen werden (Heiterkeit), uns klar gemacht, was eigentlich zu halten ist von den Verprechungen der Vorlage, daß die Regierungen weder eine moralische, noch eine rechtliche Verpflichtung zur Ausführung auch der obligatorischen Projekte in dieser Vorlage übernehmen. Das bitte ich namentlich meine süddeutschen Freunde zu beachten, die den Grundgedanken der Abgabefreiheit preisgegeben haben, obwohl sie sahen, daß ihnen dafür gar nichts gegeben wird. Herr Abg. Am Jahnhoff hat Herrn Wassermann mit Recht ein ausgeblasenes Ei an den Kopf geworfen. (Heiterkeit.) Vor kurzem hat Herr Behrens in aller Stille den Antrag zurückgezogen, den der Zentrumsabgeordnete Dahlem und einige andere Herren zugunsten der Bahn gestellt hatten, und zwar, wie er sagte, im Hinblick auf die neuerlichen Zusagen vom Ministerium. Herr Dahlem hat in der Kommission mit unübertriebenem Eifer für seine Bahn gekämpft, er hat sogar eine Thronrede kurz nach 1866 beigebracht, in der die Ausführung der Bahn-Kanalisierung in nicht mißzuverstehender Worten in Aussicht gestellt war. Es beweist nun eine rührende Vertrauensseligkeit, wenn er jetzt solchen Glauben setzt auf das, was ihm irgend ein Minister in irgend einer Verschwiegenheit versprochen hat. (Zuruf des Abg. Behrens: In der heutigen Rede!) Herr Dahlem hat sich aber schon vor der heutigen Sitzung beurlauben lassen. Entweder hat er also schon vorher Verprechungen bekommen, oder die Begründung der Zurückziehung des Antrages durch Herrn Behrens war nicht richtig.

Wenn nun wirklich die Aufnahme des Projekts in das Gesetz zu nichts verpflichtet, so ist es um so unverständlicher, warum die

preussische Regierung sich so gegen diese Aufnahme sträubt (Zuruf: Um falschen Illusionen vorzubeugen). Nun, die Regierung hat schon so viel Illusionen verschuldet, wie die Württembergische bald erleben werden, daß es auf eine mehr auch nicht ankommt. Jedenfalls ist unverständlich, wie man das wichtigste deutsche Kanalisationsprojekt ausnehmen kann, wenn man überhaupt die Absicht hat, einen großzügigen Wasserwirtschaftsplan aufzustellen. Die rheinisch-westfälischen Großindustriellen, auf die man hier Rücksicht nimmt, hätten vor kurzem am liebsten einen Krieg gegen Frankreich angefangen, weil wir uns in Marokko ein neues Erzlager sichern müßten. Nun, durch diese Kanalisierung würden die großen lothringischen Erzlager für Deutschland erschlossen.

Besonders geschädigt durch die Vorlage werden die kleinen Schiffer zum Beispiel am Neckar. Sie verlieren durch die Kanalisierung vollständig ihre Existenz. Ich möchte daher anregen, ob man sie nicht in der Weise entschädigen kann, daß man ihnen ihre Schiffe im Werte von 1500 bis 3000 Mark — es kommen etwa 100 in Betracht — abkauft. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Minister betonte, daß wir die weitestgehenden Anträge auf Ausbau der Wasserstraßen gestellt haben. Das haben wir aber nicht getan, wie er andeutete, aus Feindschaft gegen den Entwurf, sondern aus ehrlicher Freundschaft für die Verkehrs- und Entwicklung. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Breitenbach: Obligatorische Projekte sind solche, über die die Regierungen sich nach der technischen und wirtschaftlichen Seite verständigt haben und deren Ausführung erfolgen muß. Nicht obligatorisch sind solche, hinsichtlich deren eine Verständigung nicht vorliegt. Ich verstehe nicht, wie an diesem klaren Sachverhalt ein Zweifel entstehen konnte.

Abg. Defer (Sp.) widerspricht der Auffassung des Ministers; gewiß ist nur die Befreiung der Abgabefreiheit, dagegen sind die obligatorischen Projekte eben nicht obligatorisch. Das geht klar aus dem § 5 hervor, der ausdrücklich sagt, eine Verpflichtung der Staaten zur Aufhebung von Mitteln zur Unterhaltung von Wasserstraßen wird durch dieses Gesetz nicht begründet. — Die Saarkanalisation wird durch dieses Gesetz keineswegs garantiert, Baden und Hessen brauchen sie ebenso wenig bei Bestehen des Gesetzes auszuführen, wie ohne das Bestehen des Gesetzes, und wenn sie diese Kanalisation ausführen wollen, brauchen sie dazu das Gesetz nicht. — Der württembergische Minister v. Bischof hat hier und der bayerische Bevollmächtigte hat in der Kommission die bundesfreundliche Haltung Preußens hervorgehoben; ich unterstreiche das mit Rücksicht auf zukünftige Verkehrspläne, die nur realisierbar sein werden bei einem bundesfreundlichen Verhalten aller Beteiligten. (Zustimmung links.) Man spricht von „nationalen Rücksichten“, die es erfordern sollen, das Ruhrrevier auf seiner jetzigen bewundernswerten Höhe zu erhalten. Aber es ist wirklich nicht national, zu gunsten eines Gebietes, das sich schon der glänzendsten Verkehrsverhältnisse erfreut, die Entwicklung anderer Gebiete zu hemmen. (Sehr wahr! links.) Die Moselkanalisierung bedeutet die engere Verbindung Lothringens mit dem deutschen Mutterlande, bedeutet Verstärkung der wirtschaftlichen Bande, die Luxemburg mit Deutschland verknüpfen. So sprechen die allerbedeutendsten wirtschaftspolitischen und namentlich auch nationalen Erwägungen für die Aufnahme der Moselkanalisierung in dies Gesetz. (Beifall links.)

Ministerialdirektor Peters polemisiert gegen die Ausführungen der Abgg. Sommer, Frank und Defer. Bald wird hier behauptet, daß die Konventionen die Abgaben zu tragen haben, bald, daß es die Schifffahrt ist, die sie trägt. Einer aber kann sie doch nur tragen. — Redner bestreitet in seinen weiteren Ausführungen u. a., daß das Ruhrrevier gegenüber dem Mosellande so sehr verkehrspolitisch begünstigt sei, wie der Abg. Defer behauptet habe.

Abg. Schmid-Konstanz (natl.): Wenn nicht die Kanalisierung des Oberrheins vorgenommen wird, so werden die Schifffahrtsabgaben zu einer besonders schweren Schädigung der oberrheinischen Industrie führen. Namentlich wird auch der blühende Handel mit der Schweiz schwer gefährdet werden. Für Konstanz, das über 800 Kilometer vom Meere entfernt liegt, bedeutet die Erhebung der Abgaben nach Tonnenkilometern auch in der jetzigen gemilderten Form eine besonders schwere Belastung. Umso mehr müssen wir als Äquivalent die Kanalisierung des Oberrheins verlangen. (Bravo! links.)

Abg. Schmid-Konstanz (natl.): Wenn nicht die Kanalisierung des Oberrheins vorgenommen wird, so werden die Schifffahrtsabgaben zu einer besonders schweren Schädigung der oberrheinischen Industrie führen. Namentlich wird auch der blühende Handel mit der Schweiz schwer gefährdet werden. Für Konstanz, das über 800 Kilometer vom Meere entfernt liegt, bedeutet die Erhebung der Abgaben nach Tonnenkilometern auch in der jetzigen gemilderten Form eine besonders schwere Belastung. Umso mehr müssen wir als Äquivalent die Kanalisierung des Oberrheins verlangen. (Bravo! links.)

Abg. Schmid-Konstanz (natl.): Wenn nicht die Kanalisierung des Oberrheins vorgenommen wird, so werden die Schifffahrtsabgaben zu einer besonders schweren Schädigung der oberrheinischen Industrie führen. Namentlich wird auch der blühende Handel mit der Schweiz schwer gefährdet werden. Für Konstanz, das über 800 Kilometer vom Meere entfernt liegt, bedeutet die Erhebung der Abgaben nach Tonnenkilometern auch in der jetzigen gemilderten Form eine besonders schwere Belastung. Umso mehr müssen wir als Äquivalent die Kanalisierung des Oberrheins verlangen. (Bravo! links.)

Abg. Schmid-Konstanz (natl.): Wenn nicht die Kanalisierung des Oberrheins vorgenommen wird, so werden die Schifffahrtsabgaben zu einer besonders schweren Schädigung der oberrheinischen Industrie führen. Namentlich wird auch der blühende Handel mit der Schweiz schwer gefährdet werden. Für Konstanz, das über 800 Kilometer vom Meere entfernt liegt, bedeutet die Erhebung der Abgaben nach Tonnenkilometern auch in der jetzigen gemilderten Form eine besonders schwere Belastung. Umso mehr müssen wir als Äquivalent die Kanalisierung des Oberrheins verlangen. (Bravo! links.)

Kleines feuilleton.

Das deutsche Requiem von Brahms im Berliner Volkschor. Am Abend vor dem Vuhstag wird der Berliner Volkschor das deutsche Requiem von Joh. Brahms singen. Da vermutlich wieder Tausende der Berliner Arbeiterschaft der Aufführung beiwohnen werden, so ist es nicht überflüssig, vorher zur Orientierung für diese einiges über dies deutsche Requiem hier zu sagen.

Requiem ist Totenmesse. Totenmessen sind eigentlich römisch-katholischen Ursprungs, die noch heute in katholischen Kirchen gehalten zu werden pflegen. Die größten musikalischen Genies, Beethoven und Bach, haben solche Totenmessen von unvergänglichem musikalischen Werte geschrieben. Sie werden die Menschen noch ergreifen, wenn es längst keine katholische Kirche mehr geben wird.

Das gleiche gilt nun auch von dem Brahms'schen Requiem. Nur daß es ins Deutsch-Evangelische überfetzt ist. Es atmet die gleiche religiöse Innigkeit und Ernsthaftigkeit wie die katholischen Messen. Sein Text ist eine Zusammenfassung von Sprüchen aus dem Neuen Testament.

Katalisch weiß die Zeitung des Berliner Volkschores, daß die Mehrzahl der Berliner Arbeiterschaft, auch die Mehrzahl der Hörer dieser Aufführung, längst mit der religiös-kirchlichen Heberlieferung und ihrem Glaubensinhalt gebrochen hat. Wenn sie es wagt, ihr diese musikalische Schöpfung darzubieten, so geschieht das nicht aus religiösen, sondern ästhetisch-musikalischen Gründen. Die Berliner Arbeiterschaft ist heute reich genug, um den religiösen Gedankengang von dem künstlerischen Gehalt des Stückes scheiden zu können. Auch ein Heide kann sich von ganzem Herzen an der Schönheit der Sirtinischen Madonna geradezu berauschen. Das gleiche ist bei diesem Musikwerk der Fall, das unbestritten eine der erhabensten Tonschöpfungen neuerer Meister ist. Wer also das deutsche Requiem hören will, soll sich an seine Musik, nicht an die Bibel sprache halten, um die sich diese Musik wie ein wunderbares Blätter- und Blütenwerk um ein Folgsphaler herumrankt.

Was aus am Kongo erwartet. Nach einer ununterbrochenen Tätigkeit von 34 langen Jahren im Kongogebiete und am Tschadsee ist der bisherige Bischof von Französisch-Kongo, Angouard, soeben in Paris eingetroffen. Er ist zweifellos einer der gründlichsten Kenner des Kongogebietes, und damit gewinnen die Kenntnisse, die er einem Mitarbeiter des „L'Asiatique“ gemacht hat, auch für uns besondere Bedeutung. Wenn wirklich der deutsch-französische Vertrag in seinem Endergelände einen Austausch Marokkos gegen die gediehene Kongogebiete darstellt, so jögere ich nicht, zu sagen, daß der Abschied für uns ein ungezeichnetes Geschäft bedeutet. Deutschland erhält zwar an der Grenze von Spanisch-Guinea in der Bai von Domba einen trefflichen natürlichen Hafen, aber wir behalten Libreville. So weit wäre alles gut, wenn nicht gerade der Landstreifen von der Bai von Domba bis zum Ubangi jenes Gebiet des Kongo wäre, das am wenigsten passiviert ist. Die Wege sind äußerst gefährlich, und ich glaube nicht, daß die Deutschen dort die

erträumte Eisenbahn gar zu schnell bauen werden. . . In dem französischen Gebiete haben die Deutschen drei Zippel erhalten, drei „Zippeln“, die ihnen Zugang zum Ubangi gewähren. Aber diese Kombination wird beiden Teilen Nachteile und eine peinliche Entscheidung bereiten. Jeder der Deutschland abgetretenen Zippel hat am Ufer eine Breite von 10 Kilometer. Das ist so viel wie gar nichts, denn das armseligste Schiff kann diesen Gebietsstreifen passieren, ohne anzulanden, und damit bleiben wir Herren der Schifffahrt. Die Deutschen aber werden bald bemerken, daß die 20 Kilometer Ubangifluß, die wir ihnen abgetreten haben, fast das ganze Jahr über überflutet sind und infolgedessen für den Handelsverkehr nicht zu gebrauchen sind. Doch sie werden uns keine Vorwürfe machen können, denn der Teil des berühmten Entenschnabels, den sie uns abgetreten haben, bietet uns nur verpestete Sumpfe. Dafür haben wir uns rebanziert, indem wir ihnen am Ubangi Sumpf- und Moorgebiete abtraten. Jeder hat bei diesem Handel versucht, den anderen zu blaffen, den Nachbarn zu überlisten.

Auf die Frage über die Bodenbeschaffenheit und die Bevölkerung der Deutschland abgetretenen Länderkreise antwortet der Bischof: „Die Deutschen werden steile, zerklüftete Berge und undurchdringliche Wälder vorfinden. Sie erhalten als Untertanen Kanakobanen, denn trotz aller Bemühungen unserer Missionen ist es nicht gelungen, die Menschenstrenge zu unterdrücken. Die Kongobevölkerung teilt sich in drei soziale Klassen: Fürsten, freie Männer und Sklaven. Für die Klasse, der das Neugeborene angehört, ist der Stand der Mutter entscheidend. Es herrscht eine Art Mutterrecht, das Kind einer Fürstin ist Fürst, das Kind einer freien Frau frei, und das Kind einer Sklavin Sklave. Nur die Sklaven arbeiten, und sie sind es auch, die oft von den Fürsten und freien Männern aufgefressen werden. „Sprechendes Fleisch“ ist der meistgesuchte Vorrat.“

Theater.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Ferdinand Bonn ist wieder hier! Etwas Positiveres liegt in diesem Namen; zweifellos, wer mag. Andere versuchen sich doch auch in verschiedenen Saiten; aber die wenigsten dürfen von sich behaupten, sie verdienen zu reiten — weil sie die Steigbügel verlieren. Nun, Don Ferdinand ist manchmal, wenn er als Mime, gelegentlicher Theaterleiter, Gastspielunternehmer, Violinist, Dichter usw. Parforce reit, heruntergeglitten, doch immer wieder in den Sattel gekommen. Es ist nämlich gar nicht so leicht, die Öffentlichkeit für sein liebenswertes „Ich“ zu interessieren. Bonn hat es doch fertig gebracht, seinem ehemaligen Meister Ernst Hoffart, mit dem er augenblicklich ein gerichtliches Gastspiel entwirrt hat, den Reflektierwind aus den Segeln zu nehmen. Theaterblut rollt zweifellos in seinen Adern — und eine gewisse Eigenart, Heldentypen zu spielen. Seine Routine ist ja von ziemlich altem Herkommen; dennoch geistreich — trotz aller Kennerlichkeit. Als Jitrus-Richard der Dritte ging er von uns. Als Lear kam er nun wieder. Wahrhaftig: „Jeder soll ein König“ — freilich wieder nach altem Zuschnitt. Shakespears wollte unser Herz er-

schüttern durch einen König, der aus gewaltigem Seelenschmerz wahnsinnig wird. Bonn betont — ein zugkräftiges Mittel veräucherlicher Mimikunst! — den Wahnsinn als solchen. Dann kann er die stärksten Register ziehen, von denen nicht immer zu sagen ist, daß sie erschütternde Wirkungen im Gefolge haben. Gleichwohl, Bonn wandelt sicher auf Stelzen — und reißt die Masse mit. Wollte man dagegen erfahren, was christliche Kunstleistung sei, so genüge diesmal auf Rudolf Lettinger hinzuweisen. Auch eine Karrenrolle kann zirkusmäßig verpaßt werden. Lettinger jedoch gab sie voll Nahrung — sein Herz war dabei. Sonst läßt sich nicht viel des Tröstlichen sagen — am wenigsten von Lear's Töchtern. e. k.

Notizen.

Theaterchronik. Im Charlottenburger Schiller-Theater findet am Dienstag, den 21. November, nachmittags 3 Uhr, eine Aufführung des „Röthens von Heilbronn“ statt. — Das Neue Volks-Theater (Neue freie Volkshöhle) bringt am 22. November (Vuhstag) das nachgelassene Werk Tolstois: „Die lebende Leiche“ zur Aufführung. Die Vorstellung ist nur Mitgliedern zugänglich.

In dem Verlage des „Pan“ tritt eine Veränderung ein. Alfred Kerr scheidet aus und überläßt Herrn Paul Cassirer allein die Zeitschrift. Wie es heißt, aus Meinungsverschiedenheiten.

Hans Gyns Roman „Die Verführten“, der zuerst in unserem Feuilleton erschien, wurde vor einigen Monaten in der Buchausgabe konfiguriert. Verlag und Verfasser, die gleichzeitig wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften unter Anklage gestellt wurden, sind nun vom Landgericht III außer Verfolgung gesetzt. In der Begründung wird das u. a. damit motiviert: „Bei der Art des Mißbrauchs konnte die Darstellung der geschlechtlichen Beziehungen zwischen Mann und Weib, und zwar außer der Ehe, nicht ausgeschlossen werden. In der Tat enthält der Roman auch zahlreiche Stellen, die der realistischen Beschreibung von Liebesjungen gewidmet sind. Es ist aber nicht anzuerkennen, daß diese Szenen aus dem Rahmen der ernsten Gesamttennung herausfallen und geeignet waren, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Beziehung zu verletzen.“

Sehr richtig! Das gerichtliche Gutachten stimmt da mit der Ansicht der Vormärtsleser überein, die (von einigen Exemplaren abgesehen) derselben Ansicht waren. — Das Buch ist freilich damit noch nicht freigegeben und die Leser, die es sich anschaffen wollen, müssen sich vorläufig noch gedulden.

Die Lebenserinnerungen von Karl Schurz (1. Teil, bis zum Jahre 1852) erscheinen im Verlage von Georg Reimer in Berlin als ungekürzte Volksausgabe. Preis geheftet 2,50 M., in Leinen 3 M.

Die Orchideenausstellung, die alljährlich von der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft veranstaltet wird, wurde am Freitag im Abgeordnetenhaus eröffnet. Sie ist von Gärtnern und Privaten reichhaltig besetzt. Als besonderer Trid ist ein Stüchchen Urwald inszeniert, in dem die seltsamen exotischen Blüten fast künstlich wirken.

Abg. Dr. Zehner (S.) bezeichnet die Ausführungen des Vorredners als eine Waise. Bei der Wahlwahl in Konstanz sind die Wähler in der fürchterlichsten Weise angelogen worden. (Zurufe links: Nur das Zentrum liegt nie! Stürmische Heiterkeit.) Herr Schmid, der sich in seinen Auftritten als „wahren Volksmann“ bezeichnet, sollte beim nächsten Mal dafür sorgen, daß die Statistik nicht wieder so mißhandelt und daß das Volk nicht wieder in dieser Weise angelogen wird. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum. Zurufe links.)

Abg. Dr. Raumann (W.): Wenn das Zentrum für die Verbreitung objektiver statistischer Kenntnisse sorgen will, wird es sich wirklich einmal Dank verdienen. (Heiterkeit und sehr gut! links.) — Es ist mehrfach auf die abweichende Stellung hingewiesen worden, die die württembergischen Mitglieder unserer Partei in dieser Frage einnehmen. Man darf aber nicht vergessen, daß es sich bei dieser Frage nicht sowohl um Meinungs- als vielmehr um Interessensfragen handelt. Ich verweise durchaus den Standpunkt von Mainz und Mannheim; aber wir können auch verlangen, daß der Standpunkt der Anlieger des Neckars gewürdigt wird. Gewiß hätten wir die Vorteile, die die Vorlage bringt, gern ohne die Schiffsabgaben gehabt; aber die Nachteile der Abgaben erscheinen uns nicht groß genug, um darum die Vorteile abzulehnen. Die von Dr. Frank angeschnittene Entschädigungsfrage ist jetzt noch nicht spruchreif. Sie kann erst nach Vollenbung der Regulierung geregelt werden und wird dann Sache der betreffenden Einzelkammer sein.

Abg. Hildenbrand (S.):

Herr Dr. Zehner sollte seine Mahnung zur Wahrhaftigkeit an die eigene Partei richten. In dem Wahlkreise Konstanz hat das Zentrum soviel gelogen, wie in allen anderen 396 Wahlkreisen Deutschlands nicht gelogen worden ist. (Lebhafte Zustimmung links, Zurufe im Zentrum.)

Die Rede des Abg. Raumann war verständlich vom Standpunkt eines Abgeordneten von Heilbronn. Wir unsererseits können in dieser Vorlage nicht genügende Garantien gegen Preußens Bundesfreundschaft (Heiterkeit) erblicken. Daß Preußen sich mit aller Macht dagegen wehrt, die Moselkanalisierung in das Geleit aufzunehmen, bestärkt uns in unserem Mißtrauen. (Sehr wahr! links.) Wir lassen uns durch keine partikularen Vorteile in unserer grundsätzlichen Ablehnung der Schiffsabgaben wandeln machen, was uns natürlich nicht hindert, an der Verbesserung der Vorlage mitzuarbeiten und so viele Äquivalente für die Schiffsabgaben herauszuschlagen, als möglich ist.

Wir haben seinerzeit die Abgaben für die Weiserkanalisierung bewilligt, aber das Opfer, das hier von uns verlangt wird, können wir nicht bringen. Zum allermindesten müssen wir für Württemberg verlangen, daß die Kanalisierung des Neckar bis Sölingen kein Phantom bleibt, sondern unter die Strecken aufgenommen wird, die gebaut werden müssen. Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Die Anträge Albrecht (Soz.) betr. die Main-, Neckar- und Rahn-Kanalisation werden abgelehnt.

Die Abstimmung über die Anträge Albrecht (Soz.) und Saaxmann (natl.) auf Einfügung der Mosel- und Saar-Kanalisation ist eine namentliche. Sie ergibt die Ablehnung der Anträge mit 188 gegen 106 Stimmen bei vier Enthaltungen.

§ 7 handelt von den Strombeiträgen.

Abg. Sachse (Soz.)

Begründet einen Antrag, wonach nicht nur Handel, Industrie, Landwirtschaft, die Hafenstädte und die Organisationen der Schiffsahrt-treibenden in den Strombeiträgen vertreten sein sollen, sondern auch das Gewerbe, und daß auch ferner die Strombeiträge bei den Entscheidungen der Verwaltungsausschüsse nicht nur mit beratender, sondern in jedem Falle mit beschließender Stimme mitzuwirken haben. — Unter Industrie wird im allgemeinen nur die Großindustrie verstanden, wir wollen aber, daß auch das Gewerbe und insbesondere auch die Arbeiter in den Strombeiträgen vertreten sind. In der Kommission ist die Frage an die Regierung gerichtet worden, wie der Strombeitrag nach ihrer Ansicht zusammengesetzt werden soll und es ist uns versprochen, daß bei der zweiten Lesung eine Uebersicht darüber dem Plenum vorgelegt werden solle. Das ist bisher aber nicht geschehen. Große Arbeiterkategorien wie die Hafenarbeiter, Transportarbeiter, Vergarbeiter haben ein lebhaftes Interesse daran, in den Strombeiträgen vertreten zu sein, ebenso wie in den Landesbahnen. Es ist z. B. tief zu beklagen, daß wir im Ruhrgebiet stets im Vergleich über ungeheuren Wagenmangel zu klagen haben, wodurch

Reisekosten

notwendig werden. Infolge dieses Wagenmangels konnten im September und Oktober eine Million Tonnen Kohlen weniger gefördert werden, was einen Produktionsverlust von 12 Millionen und einen Lohnverlust von 5-6 Millionen bedeutet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie sehr sich die Arbeiter für diese Dinge interessieren, beweist, daß sich der Arbeiterausschuß einer Feste mit einem Protest gegen diesen Wagenmangel an den Eisenbahnminister gewandt hat. Wir bitten Sie also, dafür zu sorgen, daß auch die Arbeiter Gelegenheit erhalten, in den Strombeiträgen ihre Interessen wahrzunehmen und daß den Strombeiträgen eine größere Reichweite gegeben wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Peters wendet sich (im Zusammenhang auf der Tribüne unverständlich) gegen die sozialdemokratischen Anträge, er bestreitet, daß ein Versprechen abgegeben sei, die geplante Zusammenfassung der Strombeiträge dem Reichstage bekannt zu geben.

Abg. Sachse (Soz.)

hält seine gegenteilige Behauptung unter Hinweis auf den Kommissionsbericht aufrecht. Hätte man das Arbeitsamtergesetz zuhause gebracht, so würde man Organisationen haben, aus denen man Arbeiter in die Strombeiträge nehmen könnte. Wie in Württemberg in den Landesbahnen Arbeiter sitzen, sollten sie auch Zutritt zu den Strombeiträgen haben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge wird § 7 in der Fassung der Kommission angenommen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr. (Klein-Akten, Fortsetzung der Schiffsabgaben, Hausarbeitsgesetz.) Schluß 6 1/4 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Versicherungsgezet für Angestellte.

(Abendigung vom Donnerstag, den 16. November.)

Der Kommission wurde eine Anzahl Anträge unterbreitet, die von den bürgerlichen Parteien mit der Regierung vereinbart waren. Die Anträge zeigen, daß die Kritik unserer Parteigenossen nicht ohne Erfolg gewesen ist, denn die Angestellten erhalten einen größeren Einfluß auf die Verwaltung.

Der § 101 der Vorlage, der ein Direktorium der Reichsversicherungsanstalt aus Beamten zusammensetzen will, wird wie folgt geändert: Das Direktorium besteht aus einem Präsidenten und der erforderlichen Anzahl von beamteten Mitgliedern sowie aus je zwei Vertretern der versicherten Angestellten und ihrer Arbeitgeber. Im Absatz 2 wird hinzugefügt: Bei der Besetzung sind auch nicht-beamtete Mitglieder aus, daß die Beamten in der Mehrzahl sind. Bis zur Wahl der nicht-beamteten Mitglieder ist das Direktorium auch ohne diese beschlußfähig.

Unsere Genossen beantragten, im Absatz 2 den nicht-beamteten Mitgliedern die Majorität zu sichern. Der Antrag wird abgelehnt.

Die Geschäftsordnung für das Direktorium soll nach Anhören des Verwaltungsrates vom Reichsanwalt erlassen werden. Ueber die Anstellung der Beamten wird in § 102 folgende Aenderung vorgenommen: Präsident und Mitglieder des Direktoriums sowie die höheren etatsmäßigen Beamten werden auf den Vorschlag des Bundesrats vom Kaiser auf Lebenszeit ernannt. Soweit die Ernennung von Mitgliedern und höheren etatsmäßigen Beamten nach Bildung des Verwaltungsrates erfolgt, ist derselbe vorher zu hören.

Abg. Potthoff beantragt, daß auch bei der Ernennung des Präsidenten und der Mitglieder des Direktoriums der Verwaltungsrat gehört wird. Der Antrag wird abgelehnt, dafür stimmt die Volkspartei und die Sozialdemokratie.

Der Verwaltungsrat besteht aus dem Präsidenten des Direktoriums und je zwölf Beisitzern der Angestellten und der Prinzipale. Diese Einrichtung bleibt unverändert. Die nicht-beamteten Mitglieder des Direktoriums wählt der Verwaltungsrat auf sechs Jahre. Ferner soll die Dienstordnung für die Beamten von dem Direktorium mit Zustimmung des Verwaltungsrates erlassen werden.

Von unseren Parteigenossen wurde zu § 108 beantragt, daß der Verwaltungsrat bei der Anlage des Vermögens und bei der Veräußerung und Erwerbung von Grundstücken mitzuwirken soll. Der Antrag findet von keiner bürgerlichen Partei Unterstützung. Die übrigen Paragraphen werden ohne erhebliche Aenderungen angenommen. Damit ist die Arbeit der Kommission beendet.

## Aus der Partei.

### Kommunalwahlfrage.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Spremberg (Nauff) eroberten unsere Genossen drei neue Mandate, so daß jetzt sechs sozialdemokratische Vertreter im Stadtparlament sitzen. Der Stimmengewinn der Sozialdemokratie ist sehr beträchtlich.

In Guben wurden die vier sozialdemokratischen Kandidaten mit 2067 bis 2085 Stimmen gewählt; die Bürgerlichen brachten es nur auf 1895 bis 1891 Stimmen. Die sozialdemokratische Fraktion im Stadtparlament ist jetzt 7 Mann stark.

Bei den am Mittwoch und Donnerstag in Wald bei Solingen stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen behaupteten unsere Genossen die vier zu verteidigenden Sitze der dritten Abteilung und gewannen noch ein Mandat der zweiten Abteilung. Von 24 Mandaten haben die Sozialdemokraten nunmehr 10 in ihrem Besitz, nämlich 8 der dritten und 2 der zweiten Abteilung.

In Remscheid eroberten unsere Genossen nach zweitägigem Kampfe 3 weitere Mandate der dritten Abteilung. Auf die sozialdemokratischen Kandidaten entfielen je 4390 Stimmen, auf den bürgerlichen Kandidaten 2453 Stimmen. Damit wächst die Zahl der Sozialdemokraten in der Stadtverordnetenversammlung von 7 auf 10, so daß die der dritten Klasse zuzurechnenden Mandate sich nunmehr sämtlich in sozialdemokratischem Besitz befinden.

In Grambauer bei Dortmund siegten unsere Genossen zum ersten Male über die vereinigten gegnerischen Parteien und eroberten drei Mandate.

In Bügendorf bei Dortmund siegten unsere Genossen mit 478 Stimmen über unsere vereinigten Gegner, die 365 Stimmen erhielten.

In Oertraden siegten unsere Genossen in der zweiten und dritten Abteilung.

Weiter eroberten wir neue Mandate in Südkamen und Oertraden.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Jech eroberten die Sozialdemokraten in der dritten Abteilung zu ihren sechs Sitzen noch vier hinzu, so daß sie jetzt die ganze dritte Abteilung inne haben. Das Stimmenverhältnis ist: 1788 gegen 861. Bei der Wahl vor vier Jahren gelang es mit knapper Mehrheit, sozialdemokratische Vertreter durchzubringen.

### Friedensdemonstrationen in Finnland.

Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns: Auf Grund des Rundschreibens des Internationalen Sozialistischen Bureaus hat unsere Partei im ganzen Lande Protestversammlungen gegen den Krieg veranstaltet. Diese Versammlungen, die nicht nur in den Städten, sondern auch in fast allen Landorten, wo Arbeiterorganisationen vorhanden sind, stattfanden, waren sehr zahlreich besucht und weckten das lebhafteste Interesse der Bevölkerung. In allen Protestversammlungen wurde eine gleichlautende Resolution angenommen, die die allgemeinen Ursachen der kolonialen Expansion der modernen Staaten und der jetzt herausbrechenden akuten Kriegsgefahr darlegt.

In den Ortschaften, wo keine besonderen Protestversammlungen gegen die Klassenjustizurteile des Hofgerichtes zu Abo stattgefunden hatten, wurden die Protestversammlungen gegen den Krieg auch zu einem wichtigen Protest gegen die Klassenjustiz in Finnland benutzt.

### Die römische Parteisektion für die Parteidisziplin.

Rom, 14. November. (Fig. Ver.) Dieser Tage hat die römische Parteisektion den Rechenschaftsbericht der Delegierten zum Parteitag von Modena entgegengenommen. Es gelangte darauf eine Tagesordnung zur Annahme, in der erklärt wird, daß die Parteipolitik nur durch den Bruch mit dem Ministerialismus verbietet worden sei; weiter wird konstatiert, daß die Diskussionen von Modena die Entartung eines Teils der Sozialisten zum bürgerlichen Radikalismus dargelegt haben und schließlich wird betont, daß die Sektion entschlossen sei, jede Uebertretung der Parteidisziplin von Seiten ihrer Mitglieder durch sofortigen Ausschluß zu ahnden. Diese Resolution richtet sich vor allem gegen mögliche „Grottauren“ der Genossen Bissolati, Bonomi und Padrecca, die sämtlich in Rom organisiert sind.

Der Gemeindefortschritt von Milwaukee im Bilde. Eine nachahmende Methode der Aufführung wenden unsere Genossen in Milwaukee an durch Veranstaltung einer Reihe von Vorträgen mit Lichtbildern, in denen durch aktuelle Abbildungen, Karten und statistische Darstellungen die Leistungen der sozialdemokratischen Gemeindefortschritt dargestellt werden. Ueber 200 Bilder, darunter ein Teil in Farben, werden die Vorträge erläutern.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Drei Privatklagen wegen Beleidigung durch die Presse führten den verantwortlichen Redakteur der „Mülhauser Volkszeitung“, Genossen Gustav Hammer, am Dienstag vor das Schöffengericht in Mülhausen i. E. Da eine Sache wurde unter Anordnung der gerichtlichen Vorführung des Privatklägers verhandelt; die andere hatte wegen Anwendung des Ausdrucks „getränkte Leberwurst“ auf eine bürgerliche Gemeindegilde in Gimmigen, die diesbezüglich zum Nachlief, die Verurteilung zu 10 M. Geldstrafe zur Folge, und die dritte Sache endigte nach mehrstündiger Verhandlung wegen Beleidigung der Firma Martini u. Galland in Wischweiler durch drei Artikel, in welchen die Fabrikanten bei dieser Firma kritisiert waren, mit der Verurteilung des angeklagten Redakteurs zu 300 M. Geldstrafe (der Vertreter der Privatkläger hatte sogar einen Monat Gefängnis beantragt). Die Beleidigung hatte sich hier auf die von dieser Firma erbauten Arbeiterwohnungen erstreckt, die von einem geladenen Sachverständigen als elende Baracken gekennzeichnet wurden, während der von den Privatklägern geladene Fabrikinspektor deren Ehre glänzend rettete.

### Eine verpuffte Staatsaktion.

Bei einem Streik der Holzarbeiter der Firma Blüthner in Leipzig (Pianofortefabrik) waren die organisierten Tischler Barthel und Teufelberger stehengeblieben, hatten also Streikbruch begangen. Da sie auch im Sozialdemokratischen Verein organisiert waren, schloß sie der Leipziger Bezirksvorstand auf Antrag der betreffenden Ortsvereine aus der Partei aus. Zu der Verhandlung — dem Ausschlußverfahren — waren sie trotz der Aufforderung nicht erschienen. Anstatt nun, wie es das Organisationsstatut vorschreibt, gegen das Urteil Berufung einzulegen, gingen sie — wahrscheinlich nicht aus eigenem Antriebe — zur Staatsanwaltschaft und stellten gegen den Leipziger Bezirksvorstand Strafantrag wegen gemeinschaftlich verübter — Beleidigung! — Schon einige Tage darauf — die Justiz kann unter Umständen sehr schnell arbeiten — erhielten die Genossen Lipsitz, Rühner, Orbel, Seger und Parteisekretär Schröder eine Vorladung vor den Oberamtsrichter Trietschler, der die „Missetäter“ zu Protokoll vernahm. Dabei hatte es die Justiz so eilig gehabt, daß sie sich nicht einmal die Zeit genommen hatte, das den Akten beiliegende Organisationsstatut zu lesen, und nun sehr verwundert war, als ihr die Beschuldigten nachwiesen, daß sie nach dem Statut nur ihre Pflicht getan hätten. Jetzt erhielt nun der Bezirksvorstand ein Schreiben der Beschlußkammer des Leipziger Landgerichts, wonach die Einleitung des Hauptverfahrens abgelehnt werde und die entstandenen Kosten die Staatskasse übernehmen. In dem Beschlusse heißt es:

„Durch ihren Eintritt in einen Ortsverein des Sozialdemokratischen Vereins für den 13. sächsischen Wahlkreis sind die Angezeigter Barthel und Teufelberger Mitglieder der sozialdemokratischen Partei geworden. Damit haben sie sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekant und sich dem Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und dem Statut des Sozialdemokratischen Vereins für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis unterworfen (zu vergl. Mitgliedsbuch Barthels S. 13 fg., 23 fg. im Umschlage Bl. 2).“

Nach § 23 Abs. 1 des Organisationsstatuts kann zur Partei nicht gehören, wer sich einer groben Verletzung gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlösen Handlung schuldig macht, und der Vorstand des Ortsvereins ist nach § 6 Abs. 3 des Vereinsstatuts verpflichtet, gegen Mitglieder, die gegen den § 23 des Organisationsstatuts verstoßen, in einer Mitgliederversammlung das in den §§ 23-26 des Organisationsstatuts geordnete Ausschlußverfahren zu beantragen. . . .

Die Angezeigter waren bis zu ihrer Ausschließung Mitglieder der erwähnten Sozialdemokratischen Vereine. Ob sie sich mit ihrem Beitritt hinsichtlich der Beurteilung ihres Verhaltens innerhalb der Partei bedingungslos dem Ehrenkodex der sozialdemokratischen Partei unterworfen, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls hielten aber die Angezeigten sich für berechtigt und verpflichtet, auf den an sie gerichteten Antrag darüber zu beschließen, ob sich die Handlungsweise der Angezeigter als eine ehrlöse im Sinne der Partei darstellt. Die Angezeigten kamen auch — das wird ihnen nicht zu widerlegen sein — zumal im Hinblick auf das ablehnende Verhalten der Angezeigter, sich zu verteidigen, zu der Ueberzeugung, daß diese wegen ihrer Handlungsweise nicht mehr würdig seien, der sozialdemokratischen Partei anzugehören, weil in den Augen der Parteigenossen ihr Verhalten als ehrlös angesehen werden müsse, und daß dementsprechend der Ausschluß der Angezeigter aus dem angegebenen Grunde zu erfolgen habe (vergl. § 6 des Statuts).

Mehr aber, als daß sich nach ihrem Dazuführen auf Grund der ihnen gegebenen Darstellung die Handlung der Angezeigter als eine eines Parteigenossen unwürdige erweise, haben die Angezeigten nicht befunden wollen, insbesondere nicht, daß auch außerhalb der Partei stehende derselben Meinung sein müßten oder gar, daß die Angezeigter ehrlöse Männer seien.

Es wird daher den Angezeigten nicht nachzuweisen sein, daß sie mit dem Bewußtsein der Ehrenkränkung und ihrer Rechtswidrigkeit handelten. Es wird vielmehr davon auszugehen sein, daß sie ein — mindestens vermeintliches — Recht den Vereinsgenossen gegenüber wahrnehmen wollten.

Da weder aus der Form der Äußerung, noch aus den Umständen, unter welchen sie geschah, das Vorhandensein einer Beleidigung hervorgeht, so ist die Äußerung der Angezeigten nach § 193 des Strafgesetzbuchs nicht strafbar. Wollten die Angezeigter sich dem Urteil des Bezirksvorstandes entziehen, so müßten sie vorher aus dem Sozialdemokratischen Verein austreten.“

## Jugendbewegung.

### Die Polizei auf dem Kriegspfade.

Die Polizei in Dichtenberg bei Berlin will im Kampfe gegen die Arbeiterjugend unbedingt Vorbeeren ertingen. In diesem Sommer wurde eine ganze Zeitlang das Jugendheim von Gestalten der bekannten Art bewacht, die, um ihre Neugierde zu befriedigen, zum Gelächter der nicht geahnten Beobachter das Ohr von Zeit zu Zeit an die offenen Fenster legten, um hier dann wenigstens etwas zu ergattern.

Nach nicht allzu langer Zeit bekam dann ein Jugendlicher eine Vorladung nach dem Polizeirevier. Dort wurde er beschuldigt, abends, allerdings vor 10 Uhr, gefungen zu haben. Den größten Spektakel nahmen die Fragen ein, was im Jugendheim geschehe. Ebenso wurden Angaben über die ausgelegten Bücher gewünscht, alles Fragen, die mit dem sogenannten „Straßelicht“ in keinem Zusammenhang standen.

Am Dienstag, den 7. d. M., war im Lokal von Videnhagen eine unpolitische Versammlung einberufen, in welcher Herr Goernle über: „Die Geschichte des Mittelalters“ sprechen sollte. Lange vor Beginn der Versammlung hatten sich uniformierte Schulleute auf dem Hof des Lokals, zwischen, unter und in Steinwagen einquartiert und erwarteten den „Feind“. Die Jugend war aber schlauer und suchte sich ein anderes Lokal. Nur 6 Versammlungsbesucher blieben in dem ersten Lokal, um die verdutzten Gesichter der Beamten beim Betreten des leeren Saales anzusehen. Nach langem Suchen entdeckte die Polizei endlich die Versammlung an dem anderen Orte, aber hier hatte die Dichtenberger Polizei nichts zu sagen und mußte unverrichteter Sache wieder abziehen.

Wrt Tage später fand wieder eine Versammlung statt, die sehr stark besucht war. Die Polizei hatte stundenlang mehrere Lokale beobachtet und fand endlich das richtige. Aber zu spät. Denn als die Jugendlichen den Saal betreten, war der Vortrag zu Ende und die zahlreichsten Kaufleute weifoll. Die Beamten, diesmal waren es solche der Berliner Polizei, erklärten, dem Vortrage beiwohnen zu wollen. Unter dem Gelächter der Jugendlichen mußten sie aber erfahren, daß die Versammlung schon zu Ende war. Die Beamten, die eine schriftliche Verfügung nicht vorlegen konnten, erklärten, daß die Königl. Regierung den Vortrag verbiete. Eine Aufforderung, die schriftliche Verfügung vorzulegen, wurde mit den Worten abgelehnt: „Meine Uniform bürgt Ihnen doch dafür.“ Schließlich wurden die Personalien von vier jungen Leuten festgestellt, wobei es nicht ohne wörtliche und tätliche Mißhandlungen abging.

Wenn die Behörden meinen, mit solchen Mitteln junge Leute für die staatliche Jugendpflege zu gewinnen, so irren sie sich gewaltig. Derartige polizeiliche Drangsalierungen treiben die arbeitende Jugend erst recht der proletarischen Jugendbewegung zu.

## Aus Industrie und Handel.

### Ausfuhrprämie.

Wie zu erwarten war, hat mit der Verbesserung der Schiffsabgabeverhältnisse die Ausfuhr von Getreide kräftig zugenommen. In der Zeit vom 1. August bis 30. Oktober d. J. ist besonders die Ausfuhr von Roggen stark gesteigert worden. Der außerordentlich große Ausfuhrüberschuß des Vorjahres wird nun wieder erreicht. Die Ausfuhr von Roggen stellt sich für die angegebene kurze Zeit auf 148788 Tonnen Roggen und auf 74824 Tonnen Roggen.

und Weizenmehl. Rechnet man mit circa 80 Prozent Ausbeute bei der Mehlmahlung, dann bedingt der Gesamt-Ausfuhrüberschuss eine Ausfuhrprämie von rund 1200 000 M. Während das Volk nach Brot schreit, kann Kartoffeln erhalten, gibt man den Exporteuren in 2/3, Ronaten aus der Reichskasse 1 1/2 Millionen Mark Prämien, damit — deutsches Getreide im Auslande billig verkauft werden kann und der Inlandspreis sich auf die Höhe von Weltmarktpreis plus Zoll hinaushebt. Das gehört zu unserem bewährten Wirtschaftssystem.

**Dividende in Zeiten der Not.** Die Zuckerraffinerie in Rortheim, Aktien-Gesellschaft in Rortheim (Südharz), wird für das letzte Geschäftsjahr voraussichtlich eine Dividende von etwa 60—70 Proz. verteilen. Die Rückgewinnung war, so ergibt sich aus dem Geschäftsbericht, in dem Bezirk Rortheim so gut, daß bei den hohen Rohzuckerpreisen ein außerordentlich günstiges Geschäftsergebnis erzielt wurde. Der erste Rohzucker erbrachte pro Zentner rund neun Mark, der zweite Abschluß 16 bis 17 Mark. Auch mit den sonstigen Ernteergebnissen ist man im Bezirk Rortheim sehr zufrieden.

Eine Dividende von 60—70 Prozent fällt den Aktionären in den Schöpfung und noch das diese Gesellschaft nicht genug, sondern versucht die Lebensmittelpreise weiter zu steigern. Die rechtlosen und ausgebeuteten Landarbeiter werden sich dies merken und den „Garten“ bei Gelegenheit heimzahlen.

### Der Verbrauch von Seefischen.

Der Fisch erlangt in der Volksernährung eine immer größer werdende Bedeutung. Die Fisch- und Seefische sind in ihrer großen Menge allerdings viel zu teuer, um für die Volksernährung in großem Umfang in Betracht zu kommen. Es ist deshalb bei den hohen Fleischpreisen das Augenmerk darauf gerichtet worden, Seefische in guter Beschaffenheit zu mäßigen Preisen möglichst weit ins Binnenland hineinzuführen. Durch eine Reihe technischer Einrichtungen ist dieser Vertrieb sehr gefördert worden. So wurden in den Häfen Fischhallen errichtet, die Förderung der Fische durch schnell fahrende Büge in besonderen Wagen angeordnet usw.

In Berlin kamen 1886 auf den Kopf der Bevölkerung 10 Pfd. an verzehrtem Fisch, gegenwärtig 94 Pfd. In Magdeburg, Köln, Stettin werden zwischen 80 und 86 Pfd. verzehrt. Im Auslande wird der Fisch in noch größeren Mengen konsumiert. In London wurden 1886 auf den Kopf der Bevölkerung 87 Pfd. Fisch verzehrt, eine ebenso große Menge wie Rindfleisch. Gegenwärtig ist der Verbrauch auf 170 Pfd. angewachsen, erheblich mehr wie der an Rindfleisch. In Paris rechnet man einen Verbrauch an Seefischen von 168 Pfd. pro Kopf und Jahr.

### Kapitalistischer Widerspruch.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist reich an Widersprüchen. Als markantester scheidet sich folgender hervor: Die Produktionsmöglichkeiten wachsen ins Riesenhafte, trotzdem sind die Millionen Menschen in der Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse sehr eng beschränkt. Ein großer Teil des Produktionsapparates liegt ständig brach, dabei fehlt es an Verkehrsmitteln, Wohnungen, Bekleidung, Drogenmitteln usw. Eine präzise Statistik über alle nutzbaren Produktionskräfte und Produktionsmöglichkeiten sowie über den Grad der Ausnutzung derselben fehlt uns noch, wir können nur an Beispielen aus einzelnen Industrien ein Bild von den Verhältnissen skizzieren.

Das Rhein-Weist-Kohlenfeld nimmt nie die ganze Leistungsfähigkeit der Gruben in Anspruch. Von der Gesamtbeteiligung wurden in der Zeit von 1904 bis 1909 tatsächlich nur zwischen 73,5 bis 89,4 Proz. gefördert. Selbst im Hochkonjunkturjahre 1907 blieb die wirkliche Förderung noch um 10 Proz. hinter der angelegten Leistungsfähigkeit zurück.

Noch größer ist die Differenz zwischen Erzeugung und Leistungsmöglichkeit bei Stahlgießereien. Im Jahre 1909 war die letztere um 84,76 Proz. größer als die erstere. Der Stahlwerksverband, der die gesamte deutsche Stahlproduktion umfaßt, hat in den Jahren 1904/05 bis 1909/10 über 22 Proz. weniger verhandelt als wie die Beteiligung der angeschlossenen Werke ergibt.

In der Zementindustrie sieht es ähnlich aus. Die Produktion der Werke blieb um circa 60 Prozent hinter der Leistungsmöglichkeit zurück. In der Ziegelfabrikation wird eine solche Ausnutzung der Leistungsmöglichkeit nicht einmal erzielt.

Weitere Angaben liegen aus der Baumwollverarbeitung vor. Nach einer Mitteilung der Internationalen Spinnervereinigung sind jetzt und schon seit längerer Zeit 15—25 Prozent aller Spinneln außer Betrieb.

Vergleichen Verhältnisse bestehen in vielen Industrien. Es wäre demnach möglich, viel mehr Bedürfnisse zu befriedigen als im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsweise geschieht. Die volle Ausnutzung aller Produktionsmöglichkeiten gestattet nur die sozialistische Wirtschaftsordnung, in der nicht mehr aus Gewinnrückflüssen Waren produziert werden, sondern aus gleichem Motiv die Produktionsmittel und Arbeitskräfte unbenuzt bleiben. Die Befriedigung der Bedürfnisse ist der einzige Zweck einer sozialistischen Wirtschaftsordnung. Sie bildet daher nicht die Anarchie der Arbeitslosigkeit und des Massenelends.

### Rapide Entwicklung der amerikanischen Industrie.

Der größte Agrarstaat der Erde ist mit Riesenschritten dabei, sich zum größten Industriestaat zu entwickeln. Nach einer soeben vom amerikanischen statistischen Amt veröffentlichten Statistik betrug im Jahre 1909 der Wert der Industrieprodukte dieses Landes 20 672 Millionen Dollar, das bedeutet gegenüber dem Jahre 1904 eine Steigerung von 40 Proz.! Hier sind die wesentlichsten Merkmale der Statistik:

	1909	Prozentjah der Zunahme gegenüber 1904
Zahl der Fabriken	288 491	24 Proz.
Kapital	18 428 270 000 Doll.	45 „
Wert d. verbrauchten Materials	12 141 291 000	43 „
Gehälter und Löhne	4 365 813 000	37 „
Wert der Produkte	20 672 052 000	40 „
Zahl d. Beamten u. Kommiss.	790 267	52 „
Zahl der Arbeiter	6 615 046	21 „

Der durchschnittliche Reingehalt betrug 12 Proz. Dieser niedrige Gehalt ist in sich Grund genug auf der einen Seite den Lohnurschlag auf 518 Doll. pro Jahr im Jahre 1909 zu halten, einen für amerikanische Verhältnisse außerordentlich niedrigem Lohne, während auf der anderen Seite die Verbraucher der Industrieprodukte mit hohen Preisen geprellt werden.

Im Einklang mit dieser industriellen Entwicklung steht die Bevölkerungsveränderung der Vereinigten Staaten. 46 Proz. der Gesamtbevölkerung leben in Städten, im Jahre 1900 waren es nur 40 1/2 Proz. Seit dem Jahre 1900 hat sich die städtische Bevölkerung um 85 Proz., die ländliche dagegen nur um 11 Proz. vermehrt. Hält diese Entwicklung weiter an, und es liegen vorläufig keine Anzeichen für eine Abkehr derselben vor, dann werden im Jahre 1920 mehr als die Hälfte der Menschen in Städten wohnen! D. h. die Vereinigten Staaten von Nordamerika werden ihren Nahrungsmittelbedarf nach Europa weiter wesentlich vermindert haben, in vielen Artikeln wird er ganz verschwinden sein.

## Soziales.

### Seilbrücke.

Unter den Unfallsursachen im Bergbau spielen die Seilbrücke immer noch eine bedeutungsvolle Rolle. Mit der Entwicklung des Bergbaues, den heutigen Riesenerfordernissen auf einzelnen Schächten, sind naturgemäß auch die Ansprüche an das bei dem Betriebe erforderliche Material eminent gewachsen. Leider aber bleibt die Fürsorge für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter vielfach hinter der möglichen Unfallverhütung zurück. So könnten die Unfälle durch Seilbruch auf ein fast verschwindendes Minimum reduziert werden, wenn nur die qualitativ besten Konstruktionen verwendet

würden. Nach einer Erhebung für das Jahr 1910 kamen von den ermittelten Seilbrüchen nur 1,41 Prozent auf Seile, die aus Gußstahlbrüchen hergestellt waren. Da allein im Ruhrrevier jährlich circa 800 neue Seile aufgelegt werden, ist die Frage des verminderten Materialums von großer Bedeutung. Die günstigen Resultate mit Gußstahlbrüchen müßte die Bergbehörde veranlassen, minderwertige Seile nicht mehr zu gestatten. Man ist sonst mit Polizei-Verordnungen, die nur mit Schlägen empfunden werden, sehr leicht bei der Hand, dort aber, wo es sich um Leben und Gesundheit vieler Menschen handelt, zeigen die Behörden oft eine auffällige Zurückhaltung; wenn dabei kapitalistische Interessen mitsprechen.

### 25 Jahre Kopenhagener Genossenschaftsbäckerei.

Am 11. November konnte die Bäckerei der Kopenhagener Arbeiter-Gesellschaft ihr 25jähriges Bestehen feiern. Sie wurde im Jahre 1886, als die Bäckereimeister durch Ringbildung das Brot unerschämter verteuert hatten, mit einem Kapital von 10 000 Kronen gegründet. 4000 Kronen hatte die Parteizeitung „Sozialdemokraten“ übernommen, der Rest war größtenteils mit Anteiilscheinen zu 10 Kronen aufgebracht worden. Zuerst wurde eine Bäckerei für jährlich 1040 Kronen gemietet, die sich sehr bald als völlig unzureichend erwies. Schon im nächsten Jahre wurde eine Baugrund für 11 000 Kronen erworben und eine neue Bäckerei, die einen Wert von 94 000 Kronen darstellte, errichtet. „Sozialdemokraten“ war wieder mit 10 000 Kronen beteiligt. 6 Jahre später baute man eine Dampfmühle. Produktion und Grundbesitz wurden immer mehr erweitert. Heute beträgt die Bodenfläche 1/2 Hektar. Im letzten Geschäftsjahr wurden 31 000 Tonnen (zu 139 Liter) Roggen und 9000 Tonnen Weizen zu 2 680 000 Broten verarbeitet. Beschäftigt werden 50 Personen, den Transport besorgen 30 Pferde und 10 Wagen. Während ihres Bestehens lieferte die Bäckerei 45 116 000 Brote für 11 680 000 Kronen (18 140 000 M.).

Als die Bäckerei gegründet wurde, war es mit dem Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Kopenhagener Bäckergesellen sehr traurig bestellt. Die Arbeitszeit ging bis zu 14 Stunden, und das Kost- und Logisystem war allgemein. Dabei war das Brot im Verhältnis zu den Mehlpreisen außerordentlich teuer. Grobes Roggenmehl kostete 5,35 Kronen der Zentner, das achtpfündige Roggenbrot aber 55—58 Dore. Jetzt, wo der Mehlpreis auf 7 Kronen gestiegen ist, kostet das Brot nicht 74, sondern nur 58—61 Dore. Das danken die Brotkäufer der Konkurrenz der Genossenschaftsbäckerei. Dabei führte diese sofort den Neinstundentag ein, und die tägliche Arbeitszeit im Dreischichtensystem beträgt 7 1/2 Stunden. Die Löhne sind um 2—3 Kronen höher als in den anderen Brotfabriken, wobei zu bedenken ist, daß infolge der Bewilligungen der Genossenschaft auch jene zu größerem Entgegenkommen den Forderungen der Gehältern gegenüber genötigt worden sind.

Eine Gründung der Genossenschaftsbäckerei ist auch die Arbeiter-Fleischversorgung, die zu möglichst billigen Preisen bestes Fleisch liefert und dadurch wieder die Privatunternehmer an Preis- und Treiberien hindert. Ferner ist die sehr kapitalträchtige Bäckerei auch an der sich kräftig entwickelnden Arbeiter-Bräuerei „Sjernen“ mit 100 000 Kronen beteiligt.

### Das Reichsversicherungsamt gegen das Kammergericht.

Am 2. März 1911 wurde tat in der Grube der Bergmann Josef Klein in Bergkamen aufgefunden. Er hatte während seiner letzten Arbeit den Transport gefüllter Kohlenwagen vom Arbeitsort zur Förderstelle zu bringen. Der Transport dieser 18 Zentner schweren Wagen geschah so, daß Klein den Wagen an einem über die Schulter und Brust gelegten Riemen zog, während zwei Mitarbeiter den Wagen schoben. Der Transport war schwer, da das Weis auf der 60 Meter langen Strecke mehrere Steigungen zu überwinden hatte, außerdem aber auch der Wagen an die vorstehenden Befestigungsnägel der Schienen stieß und über diese Widerhände jeweils mit einem festen Fuß hinweggeschafft werden mußte. Die vernommenen Mitarbeiter bekundeten bei ihrer eidlichen Vernehmung, daß der Verstorbene zuletzt etwa eine Viertelstunde vor seinem Tode den letzten Wagen gezogen hatte. Ueber-einstimmend sind sie der Meinung, daß er sich sehr habe anstrengen müssen. Die Sektion der Leiche stellte fest, daß der Verstorbene an starker Herzverminderung und an einer eherdormatischen Erweiterung der Hauptschlagader gelitten hatte. Auch war die Zweigipfelschuppe des Herzens unklar. Der sezierende Arzt war der Meinung, daß bei diesen organischen Fehlern des Verstorbenen eine übermäßige Anstrengung leicht zu Tode führen konnte, und zwar um so leichter, wenn die Herzgegend noch einem Druck durch einen Riemen beim Ziehen ausgesetzt war. Er hielt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit den Tod als eine Folge der schweren Arbeit des Wagenziehens. Sie habe die Körperkräfte außergewöhnlich angestrengt und durch diese außergewöhnliche Anstrengung den Tod herbeigeführt. Der Arzt hatte den Verstorbenen wiederholt in Behandlung gehabt; dieser hat niemals über das Herz geklagt, noch war dem Arzt sonst ein Herzfehler bei ihm aufgefallen. Als Abonnetter eines der bekannten Familienzeitschriften war der Kläger bei einer Berliner Firma gegen Unfall zu 1200 M. versichert. Da die Versicherungsbedingungen — wie immer — viele Voraussetzungen für den Anspruch der Erben des Verstorbenen enthielten und diese nach Meinung der Firma nicht erfüllt waren, weigerte sich die Firma, die Unfallentschädigung an die Witwe auszugeben. Diese erhob Klage beim zuständigen Landgericht. Sie wurde sowohl von diesem, wie auf erhobene Berufung vom Kammergericht abgewiesen. Das letztere entschied am 18. Januar 1910, daß bei dem ärztlichen Obduktionsbefunde zwar mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit nach dem Gutachten des sezierenden Arztes anzunehmen sei, daß durch die schwere Arbeit des Wagenziehens die Körperkräfte des Erblassers außergewöhnlich angestrengt seien, und daß durch diese außergewöhnliche Anstrengung dessen Tod herbeigeführt sei. Der Entschädigungsanspruch sei aber um deswillen nicht begründet, weil nach den Versicherungsbedingungen jene Unfälle nicht entschädigungspflichtig seien, welche durch vorhandene innere Leiden, z. B. Herzleiden, zu ernstlichen Folgen führten. Der vom Verstorbenen erlittene Unfall sei von der Versicherungspflicht ausgeschlossen.

Die Klägerin erhob nun Ansprüche an die zuständige Knappschaftsversicherungsanstalt. Auf Grund eines Gutachtens des bekannten Professor Böbber in Vordum wurde der Anspruch abgewiesen. In diesem Gutachten wurde zum Ausdruck gebracht, daß Klein lediglich an einem inneren Leiden gestorben sei. Auch das Schiedsgericht wies den Anspruch zurück. Der von diesem gehörte Arzt, ein Dr. Tegelner in Dortmund, sagte, Klein sei an einem Herzleiden gestorben. Ob in der letzten Schicht, in der er starb, eine innere Betriebsunfall gleich zu achtende Ueberanstrengung auf seinen Körper eingewirkt habe, sei nicht erwiesen, daß eine solche den Eintritt des Todes wesentlich beschleunigt habe, sei nicht wahrscheinlich. Am nun eingeleiteten Rekursverfahren äußerte sich der Berliner Univeritätsprofessor Dr. R. dahin, daß mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der Tod des Klein infolge Ueberanstrengung beim Wagenziehen auf Grund der durch das Herz- und Gefäßleiden bedingten körperlichen Disposition erfolgt sei, der Tod also mit dem Unfall in ursächlichem Zusammenhang stehe. Das Reichsversicherungsamt hörte nun noch als Übergasther, den als überaus strengen Beurteiler solcher Fragen bekannten Professor Dr. Sch. in Bonn. Er kam zu dem Ergebnis, daß zwar nicht eine an Gewißheit grenzende Wahrscheinlichkeit, wohl aber eine etwas überwiegende Wahrscheinlichkeit für die Annahme einer Beschleunigung des Todes durch die fragliche Arbeitsleistung anzuerkannt werden müsse.

Am 10. November wies das Reichsversicherungsamt den Rekurs trotzdem zurück. Es meinte, die genügende Wahrscheinlichkeit für den Zusammenhang sei doch nicht gegeben. Es muß hierbei noch gesagt werden, daß erst im Rekursverfahren die eidlichen Vernehmungen der Mitarbeiter des Verstorbenen über die anstrengende schwere Arbeit vorlagen. Dem Schiedsgericht hatten sie noch nicht vorgelegen, wohl aber ähnliche Aussagen dem Kammergericht.

Das Urteil spricht für sich selbst. Es zeigt, wie überaus strenge Ansprüche heute im Reichsversicherungsamt gefordert werden, um die Verschlimmerung eines Leidens als durch Unfall geschähen

anzuerkennen. Was den Formaljuristen des Kammergerichts genügt, um mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit den Zusammenhang anzuerkennen, das genügt den Richtern des sozialen Rechts noch nicht, um diesen Zusammenhang anzuerkennen.

Es ist interessant, darauf hinzuweisen, was im Laufe d. J. zwei frühere Senatsvorsitzende des Reichsversicherungsamtes über die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes gesagt haben. Der frühere Senatsvorsitzende Dr. Friedensburg meint, daß selbst bei den juristisch geschulten Beamten des Reichsversicherungsamtes sich die Ansicht festgesetzt habe, daß in Rentenverurteilungen eine ganz besonders geartete Ueberzeugung (eine viel mildere Beurteilung) zur Bewilligung einer Rente genüge, und zur Entziehung erforderlich sei. Er wendet sich gegen eine Auslösung des Reichsversicherungsamtes, daß die Urteile des Reichsversicherungsamtes „der Absicht des Gesetzgebers entsprechend erfüllt sein müßten von jenem Geiste des Wohlwollens gegen die Fürsorgebedürftigen und Fürsorgeberechtigten, den man sich seither längst gehöhnt hat als sozialpolitischen Empfinden zu bezeichnen“. Er meint, daß juristische Gedanken und Gründe im Reichsversicherungsamt überhaupt unbeliebt seien, und die feinste Rechtsausführung unterliege glatt vor dem Einwurf, sie sei nicht sozial und sei allenfalls gut genug, vor dem Wohlwollen eingeebete Entscheidung nach außen zu rechtfertigen. Der frühere Senatsvorsitzende Dr. Weimann meint, daß der Ziviljurist sich vollkommen innerlich umstellen müsse, um an der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes teilnehmen zu können. Daß diese Richter den Anschluß an die Eigenart der Behandlung der Sache im Reichsversicherungsamt zu vollziehen vermöchten, ohne sich selbst und ihre richterlichen Ueberzeugungen aufzugeben, sei ein Beweis für die der sozialen Rechtsprechung innewohnende Kraft und Wahrheit. Beim Reichsversicherungsamt sei eine Rechtsprechung entstanden, die sich der Arbeitsmethode des römischen Prätors, des englischen Richters näherte, die unter Umständen die Verhältnisse geradezu mehr oder minder zurechtbiege, um zu praktisch brauchbaren und zugleich juristisch formulierbaren Ergebnissen zu gelangen.

Mit dieser Auffassung zweier früherer Senatsvorsitzenden vergleiche man dieses Urteil des Reichsversicherungsamtes. Ach, es werden die Dinge nicht zusammengehoben, um zugunsten der Hinterbliebenen zu entscheiden. Die juristischen Gedanken sind nicht dazu da, um eine vom Wohlwollen eingeebete Entscheidung nach außen zu rechtfertigen, nein, die strenge formalrechtliche Beurteilung des heutigen Zivilrechts genügt noch nicht einmal, um einen Zusammenhang im gegebenen Falle anzunehmen zu können.

Dieselbe Sache unterliegt der Beurteilung des preussischen Kammergerichts und des Reichsversicherungsamtes! Die streng logische nüchterne Beurteilung durch den Zivilrichter genügt, um den Zusammenhang anzuerkennen, die angeblich vom sozialen Geist und Empfinden getragene Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes weist diese Beurteilung als viel zu milde weit von sich. Das nur auf das Parteibringen sich aufbauende Zivilrecht ist milder wie die der Erforschung der materiellen Werte dienende Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes. Und da schreibt die Unternehmepresse, daß diese Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes noch viel zu sozial sei!

## Aus der Frauenbewegung.

### Frauenleiden und Geistesstörung.

Rom, 11. November. (Sig. Ver.) Seit mehreren Jahren bemüht sich der ordentliche Professor der Frauenheilkunde in Genua, Dr. R. R. Bossi, in medizinischen und Laienkreisen einer neuen Auffassung über die Ursachen eines Teiles der Geistesstörungen beim weiblichen Geschlecht Aufnahme zu verschaffen. Bossi, der übrigens Parteigenosse ist und bereits als sozialistischer Abgeordneter im Parlament war, ist durch seine Praxis zur Ueberzeugung gekommen, daß viele Erscheinungen nervöser und psychischer Störungen bei Frauen auf krankhafte Veränderungen des Genitalapparates zurückzuführen sind. Es ist ihm wiederholt gelungen, durch geringfügige Eingriffe Frauen gesund ihrer Familie wiederzugeben, die jahrelang in Irrenanstalten waren. Er fordert deshalb bei allen Änderungen des psychischen Verhaltens, namentlich bei Melancholie und Selbstmordneigung, die Zuziehung eines Frauenarztes, die er auch in vielen Fällen weiblicher Teilnahms für geboten hält. Dieser Forderung hat zum ersten Male ein italienisches Gericht in dem Prozeß der Gräfin Tarnowska Rechnung getragen, und hier wurde Bossi selbst als Sachverständiger zugezogen. Es ergab sich eine ziemlich geringfügige Anomalie, durch deren Behandlung Bossi die schweren psychischen Symptome dieser Frau heute so gut wie ganz beseitigt haben will. Bossi praktische Erfolge haben ihn veranlaßt, in seiner Eigenschaft als sozialistischer Provinzialrat von Genua die gynäkologische Untersuchung aller weiblichen Irren vor der Internierung in die Provinzialirrenanstalt zu verlangen. Nach seiner Schätzung beruhen etwa 30 Proz. der Erkrankungen, die zur Internierung führen, auf Störungen des weiblichen Geschlechtsapparates. Dabei handelt es sich in der Mehrzahl der Fälle um geringfügige Störungen, die durch einen kleinen Eingriff behoben werden können, die aber bei längerer Zeitdauer zu dauernder geistiger Annäherung führen, und dies um so sicherer, wenn die Patientin in beständigem Kontakt mit Geisteskranken bleibt. Bossi Anschauung, die auch unlängst in Paris bei einer Tagung der Gesellschaft der Frauenärzte und Geburtshelfer allgemeines Interesse erregt und Zustimmung fand, geht also dahin, daß bei jeder nervösen oder geistigen Störung, die bei Frauen in den Jahren ihrer Geschlechtsaktivität eintritt, möglichst schnell ein Frauenarzt zuzuziehen sei.

### Veranstaltungen — Versammlungen.

Bruchmühle und Umgegend. Am Sonntag, den 19. November, nachmittags 4 Uhr, Ruhners Festsäle, Bruchmühle: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die Stellung der Frau zu den nächsten Reichstagswahlen. Referentin: Frau Agnes Jahrenwald.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 16. 11.		am 15. 11.	
	am	15. 11.	am	15. 11.
Remel, Tübb	97	+7	97	+10
Bregel, Inherburg	-47	-1	94	+4
Reigel, Thom	-18	0	94	0
Oder, Rathow	86	-2	86	0
„ Krossen	90	0	86	+3
„ Frankfurt	88	-3	86	+5
„ Wabbe, Schrum	-24	0	86	-1
„ Landsberg	-42	+1	86	0
„ Rega, Nordamm	-22	+6	86	116
„ Eibe, Deltmerg	-84	0	86	94
„ Dresden	-214	+3	86	20
„ Barch	4	0	86	86
„ Magdeburg	15	+4	86	-

) + bedeutet Hoch, - Fall. - \*) Unterpegel.

### Wetterungsbericht vom 17. November 1911.

Stationen	Wetter			Stationen	Wetter		
	Barometer	Wind	Wolken		Barometer	Wind	Wolken
Frankfurt	753	SW	4	Regen	10	0	0
Darmstadt	751	SW	3	Regen	10	1	0
Berlin	753	SW	2	bedeckt	11	1	0
Frankfurt	754	SW	0	bedeckt	11	1	0
München	761	SW	1	bed. bd.	2	0	0
Wien	763	SW	1	bed.	2	0	0

Wetterprognose für Sonnabend, den 18. November 1911. Zunächst zeitweise anlassend, etwas kühler bei frischen nördlichen Winden; später wieder zunehmende Erdrückung, Trübung und Regen. Berliner Wetterbureau.

**Puma-Stiefel**  
für Damen und Herren ..... **10<sup>50</sup> M.**  
Alleinverkauf für Berlin

Soweit Vorrat

# A. Jandorf & Co

Belle-Alliancestrasse Gr. Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

## Billige Lebensmittel

Frisches Fleisch, Obst, Kartoffeln von der Zusage ausgeschlossen.

### Wurstwaren

Cervelat- o. Salamiwurst Pfund **1.25**  
Schinkenwurst ..... Pfund **1.25**  
Thüringer Knoblauchwurst Pfund **1.25**  
Teewurst ..... Pfund **1.10**  
Leberwurst ff. .... Pfund **95 Pf.**  
Jagdwurst ..... Pfund **95 Pf.**  
Rotwurst I ..... Pfund **78 Pf.**  
Landleberwurst ..... Pfund **70 Pf.**  
Zwiebelleber- od. Rotwurst Pfund **48 Pf.**  
Schinkenspeck ..... Pfund **1.00**  
Husschinken ..... Pfund **1.20**  
Gänsebrust ..... Pfund **1.45**

### Käse

Schweizer-Käse ..... Pfund **85 Pf.**  
Tilsiter-Käse ..... Pfund **50, 78 Pf.**  
Limburger Käse ..... Pfund **55 Pf.**  
Romatour-Käse ..... Stück **32 Pf.**  
Gambert ..... Stück **25 Pf.**  
Neuchâtelier ..... Stück **27 Pf.**

### Frisches Fleisch

Hammelkeule im Ganzen Pfund **65 Pf.** Schweinekoteletts .... Pfund **68 Pf.**  
Dicke Rippe .... Pfund **60 Pf.** Rücken fett Pfund **58 Pf.** Linsen Pfund **65 Pf.**  
Dünnung ..... Pfund **55 Pf.** Schmorfleisch Pfund **80 Pf.**  
Schinken im Ganzen Pfund **65 Pf.** Gulasch ..... Pfund **65 Pf.**

Fettgänse ..... Pfund **63, 68 Pf.**  
Bratgänse ..... Pfund **58, 63 Pf.**  
Kassler ..... Pfund **63 Pf.**  
Suppenhühner ..... **1.25, 2.00**  
Kaninchen gestreift ..... **60, 80 Pf.**  
Rehblätter ..... **1.25, 1.75**

### Kolonialwaren

Kaffee ..... Pfund **1.20, 1.40**  
Kakao ..... Pfund **65, 95 Pf.**  
Haushaltsschokolade ..... Pfund **68 Pf.**  
Victoria-Erbisen ..... Pfund **21 Pf.**  
Erbisen (geschält) ..... Pfund **25 Pf.**  
Erbisen (halbe) ..... Pfund **22 Pf.**  
Erbisen (grüne) ..... Pfund **22 Pf.**  
Bohnen (weisse) ..... Pfund **22 Pf.**  
Linsen ..... Pfund **20, 25, 30 Pf.**  
Reis ..... Pfund **19, 24, 30 Pf.**  
Pflaumen (getrocknet) Pfund **38, 48 Pf.**  
Ringäpfel ..... Pfund **63 Pf.**

### Obst

Amerikaner Aepfel Pfund **18, 25 Pf.**  
Essäpfel ..... Pfund **15 Pf.**  
Kochäpfel ..... Pfund **13 Pf.**  
Essbirnen ..... Pfund **20 Pf.**  
Kochbirnen ..... Pfund **15 Pf.**  
Zitronen ..... Dutzend **10, 25, 35 Pf.**

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Ein grosser  
Posten

## Damen-Taschentücher

weisser Fond mit farbiger Kante und Hohlraum . . . . . Stück

Serie I Serie II Serie III

**10 15 20 Pf.**



*Josef Juno*  
**Junos**  
Ligaretten  
10 Stück 20 Pf.

stehen  
nach wie vor, auf  
der höchsten Stufe  
der  
Vollkommenheit!

## Central-Leihhaus nur allein Jägerstr. 71

Ecke Kanonierstraße

Abt. I: Hochelegante Monatsgarderoben, teils in prima Seide, zu sehr mässigen Preisen.

Elegante Monatsgarderoben, welche in vornehmen Werkstätten nach Maß hergestellt sind, werden als Gelegenheitskäufe zu billigsten Preisen zum Verkauf gestellt, und ist die Auswahl gerade in diesen wenig gebrauchten Maßgarderoben jetzt eine sehr große, da bei dem Saisonwechsel ein starkes Lager vorhanden.

Winter-Paletots und Ulster teils in wenig gebrauchte Monatspaletots **9, 10, 12, 15, 20, 25.**  
guter Seide Maßgarderoben: für M.

Eleg. Herren-Jackett- und Rock-Anzüge gebrauchte Monatsanzüge **9, 10, 12, 15, 20, 25.**  
Maß-Anzüge: für M.

Abt. II: Täglicher Verkauf von neuen eleganten, modernen Anzügen u. Paletots in engl. Mustern u. Fassons zu billigsten Preisen; Kammgarnanzüge, Hochzeits- sowie Jünglings- u. Knaben-Anzüge. Tausende eleganter Herrengarderoben sind zum Verkauf gestellt, auch selbst für die korpulentesten Herren passend, alles äußerst preiswert.

Knabenanzüge und Paletots von 4 M. an. Jünglingsanzüge und Paletots. Schuhwaren und Teppiche sehr billig.

Gelegenheitskäufe in hocheleganten Geh- und Reisepelzen. Winterjoppen, teils in Pelz gefüttert.

Auch Sonntags geöffnet von 7-10 und 12-2 Uhr.

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter Deutschlands

dingen bei der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend ein:

Zubehörschule 7. Fabrikpersonal der Firma Quergens 10. Verband der Steinseher, Filiale Groß-Berlin 500. Verband der Stufarbeiter, Filiale Berlin 500. Personal der Buchdruckerei Rosenkranz u. Co. 13.90. Verbandskollegen bei H. Wendt Verlag 7. Personal der Buchdruckerei D. Heidenfeld 10. Verband der Schmiede, Ortsverwaltung Berlin 100. Verband der Gutmacher, Filiale Berlin 100. Buchdrucker bei M. Reitembell 8.25. Liste 2599 Verbandsmitglieder des „Vorwärts“ (Zeitung) 100. Bezirkerversammlung d. Bäder 4.50. Verband der Zimmerer, Filiale Berlin 100. Lokalfiliale der Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeuillier 300. Stadterhebung 1.85. Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter a. Konto auf Listen 300. Unterhaltungsfonds der Glasarbeiter in Stralau 50. Verband d. Bäcker und Konditoren, Verwaltung Berlin a. Konto auf Listen 200. U. R. 5. Buchdruckerei Stankiewicz 5. Flachdruckmaschinenmeister des „Vorwärts“ 10. Mitglieder des Schneiberbundes 20. Liste 1338 durch Rämte 4. Verband der Böttger, Ortsverwaltung Berlin 100. In Summa 2855.50.

Gelber, welcher per Post eingesandt werden, sind an A. Körsten, SO. 18, Engelauer 15 I, zu senden. Alle Sammlungen sind sofort auf unserem Bureau, Engelauer 15 I, Zimmer 23, in den Wochentagen vormittags von 9-12 1/2 Uhr und nachmittags von 4-7 1/2 Uhr oder in den Bureaus ihrer Gewerkschaft abzuliefern.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend.

Der russische Raubzug gegen Persien.

Früher als man es hätte erwarten können, ist auf die Erklärung des Botschafters des Ministeriums des Auswärtigen, Staatsrat Keratow, die die russischen Absichten in Persien klar legte, der räuberische Ueberfall auf Nordpersien gefolgt. Der russische Gesandte in Teheran hat der Regierung ein Ultimatum überreicht; der persische Regent und die Minister haben abgelehnt; und während eine neue Regierung gebildet wird, rücken die russischen Truppen, die schon längst in Transkaukasien auf der Lauer gestanden, in Persien ein. Das Reutersche Telegramm, welches von den russischen Truppenbewegungen Mitteilung macht, spricht davon, daß die russische Regierung ein Bataillon nach Täbris senden werde, um die dortigen Truppen auf die Stärke zu bringen, die sie vor einigen Monaten gehabt hatten. Nun steht aber diese Truppenverstärkung, wie auch die Entsendung von russischen Kosakenabteilungen nach Astrabad und anderen Orten, mit dem plötzlich ausgebrochenen russisch-persischen Konflikt in keinem Zusammenhang, denn schon vor Ausbruch des Konfliktes, der der russischen Regierung den erwünschten Anlaß zu einem Ultimatum gegeben, hat der russische Botschafter des Ministeriums des Auswärtigen in der „Nowoje Wremja“ klipp und klar von diesen Truppenverstärkungen gesprochen. Diese Tatsache wirft ein bezeichnendes Licht auf den ganzen Konflikt, der nun zu einer Okkupation Nordpersiens durch die Russen zu führen droht. Der amerikanische Finanzbeirat der persischen Regierung, Morgan Shuster, hat nach dieser Lage in der „Times“ klargestellt, wie die russische Regierung durch Proklamierung eines besonderen „Schutzrechtes“ nicht nur über alle russischen Untertanen, sondern auch über persische Reaktionen und Vertreter sich Hoheitsrechte in Persien angeeignet hat. Dieses Vorgehen der Jarentregierung hat den jüngsten Konflikt zwischen dem russischen Generalkonsul und der Teheraner Regierung heraufbeschworen. Morgan Shuster hatte die Beschlagnahme des Hauses und des Landgutes des Prinzen Schua es Saltaneh, eines Bruders des früheren Schahs, der sich des Landesverrates schuldig gemacht hatte, verfügt. Dem widersetzte sich aber der russische Generalkonsul, der, um angebliche russische Interessen zu schützen, die Festungen des persischen Landesverrätters besetzt hatte. Es kam nun zu einem Konflikt zwischen den Gendarmen und den Beamten des russischen Konsulats, der die persische Regierung veranlaßte, um die Abberufung dieser Beamten nachzusuchen. Nach der russischen offiziellen Erklärung sollen die russischen Konsulatsbeamten von den persischen Gendarmen bedroht und beleidigt worden sein. In Wirklichkeit ist aber das gerade Gegenteil der Fall gewesen. Der Vertreter des russischen Generalkonsulats Petrow erschien mit einem Trupp Kosaken und verhinderte die angeordnete Beschlagnahme des Hauses von Schua es Saltaneh. Am folgenden Tage wiederholte sich dasselbe bei der Beschlagnahme des Landgutes des Prinzen, wobei die persischen Gendarmen vom Dragoman Petrow entwaffnet und nach dem russischen Konsulat in Teheran geschafft wurden.

Es ist vollkommen begreiflich, daß die persische Regierung das unerschämte Verlangen des Gesandten nach Genehmigung verweigerte und eine gemeinsame Untersuchung des Zwischenfalls forderte. Daß die russische Regierung auf diese minimale Forderung nicht eingegangen ist und statt dessen ein Ultimatum gestellt hat, beweist am deutlichsten, daß sie nur nach einem Vorwande gesucht hat, um ihre Truppen in Persien einmarschieren zu lassen. Die russische Regierungspresse ist über dieses Vorgehen natürlich hoch erfreut. Die „Nowoje Wremja“ verlangt, daß die russisch-persischen Beziehungen doch endlich mit der „Spitze des Schwertes“ durchlaufen werden sollen, und sämtliche Blätter der „patriotischen“ Parteien hegen mit Feuereifer zu einem Kriege gegen Persien.

Abberufung des russischen Gesandten.

Petersburg, 17. November. Der russische Gesandte in Teheran telegraphierte seiner Regierung, daß keine Aussicht vorhanden sei, daß das russische Ultimatum beantwortet werde, da angeblich in Teheran keine Regierung mehr bestände. Die russische Regierung beschloß daraufhin die Abberufung des Gesandten in Persien. Der Kriegsminister verfügte sofort die Mobilmachung der Truppen an der persischen Grenze und befahl einem Regiment Infanterie, einem Regiment Kavallerie und einer Abteilung Artillerie, zusammen 40 000 Mann, sofort nach Karwin abzumarschieren. Rußland studiert augenblicklich die Möglichkeit von Unterhandlungen mit dem ehemaligen Schah, dessen Rückkehr wahrscheinlich wird, wenn die gegenwärtigen Zustände in Persien andauern.

Auch die Engländer marschieren.

Buxfir, 17. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Eine weitere Abteilung indischer Kavallerie in der Stärke von zwei Eskadrons ist gestern von hier nach Schiras abgerückt.

Sozialistische Wahlerfolge in Großbritannien.

London, 10. November 1911.

Bei den englischen Gemeinderatswahlen haben die Arbeiterkandidaten am 1. November sehr gut abgeschnitten. Leider ist eine genaue Feststellung des Gesamtergebnisses auch heute noch nicht möglich. Der „Labour Leader“, der eine vorläufige Aufstellung gemacht hat, konstatiert, daß die Arbeiterpartei 65 Sitze gewonnen und neun verloren hat. Es wäre somit ein Gewinn von 56 Sitzen für ganz England zu verzeichnen. Wie viele von diesen Gewinnen sozialistische Siege darstellen, läßt sich schwer ermitteln, da die verschiedensten Organisationen Kandidaten aufgestellt haben. Jedenfalls sind aber mehr als die Hälfte der neuen Arbeitervertreter als Sozialisten zu bezeichnen.

Ganz überraschend waren die Erfolge in Liverpool, wo es den Arbeitern gelang, von 14 Kandidaten 6 durchzubringen. Sechs Siege in Liverpool! Der Liverpooler Kampf, muß dies als eine ganz außerordentliche Leistung anerkennen. Die Stadt ist die Brunnstätte der Reaktion. Im Parlament wird sie von acht Konservativen und einem irischen Nationalisten vertreten. Um sich ein Bild von diesem Zustande zu machen, stelle man sich vor, Hamburg sei eine konservative anstatt eine sozialdemokratische Hochburg. Das Geheimnis der reaktionären Macht beruht auf der Verhegung, die systematisch betrieben wird. Die protestantischen Arbeiter werden auf die katholischen und diese wiederum auf die protestantischen gehegt. Aber der letzte Streik hat den Arbeitern die Augen geöffnet. Da kämpften protestantische und katholische, liberale und konservative Arbeitgeber geschlossen gegen die Streikenden. Der Stadttrat stand ganz auf der Seite der Kapitalisten. Seine Schuld war es, daß Militär herbeigerufen wurde, er war es der die Straßenbahnarbeiter entließ und den Kapitalisten auf alle mögliche Weise in die Hände spielte. Die Liverpooler Arbeiter haben das nicht vergessen.

Der Genosse Finigan schreibt in „Justice“ über den Wahlkampf:

„Die Wichtigkeit, in dieser Lage zu handeln, zwang selbst Tom Mann die politische Aktion und die Notwendigkeit, einen entschiedenen Kampf gegen die Reaktionen zu unternehmen, anzuerkennen. Vierzehn Kandidaten wurden aufgestellt, die alle ein Manifest unterzeichneten, das in klarer und unerbittlicher Weise das Prinzip des Klassenkampfes betonte. Die Arbeiter waren allgemein offenbar eines Sinnes, denn alle Kandidaten wurden an der Wahlurne in wunderbarer Weise unterstützt und sechs wurden mit entschiedenem Mehrheiten gewählt. Die herrschenden Klassen hatten eine solche Furcht, daß sie jeden Strupel fahnen ließen, um nur die Arbeiter zu besiegen. Die Liberalen gingen mit den Konservativen zusammen und veröffentlichten gemeinsam einen Aufruf, in dem sie alle Bürger ohne Unterschied der Meinungen und politischen Ueberzeugung aufforderten, zusammenzuhaltten, um die Sozialisten und Arbeiterkandidaten mit ihren Lehren vom Generalstreik und Klassenkampf hinwegzufegen. Aber alle Lügen, Beschimpfungen, Geld und Einfluß, der Hund Weelzebub mit Weelzebub vermochten nicht, die schrecklichen Erinnerungen der Streiktage auszulöschen. Damals haben die Arbeiter den Wert der wirtschaftlichen Solidarität, und wenn die Gewählten sich als treu bewähren und die verantwortlichen Gewerkschaften sie wirksam kontrollieren, worauf wir uns mit Sicherheit verlassen können, dann werden die Arbeiter den Wert der politischen Solidarität sehen und es wird nicht länger heißen, daß, wenn die ganze Welt dem Sozialismus gehört, Liverpool auf dem Buckel noch hineingetragen werden muß.“

Die Wahl in Liverpool war mehr als eine Gemeinderatswahl. Sie war eine politische Demonstration der Arbeiterpartei und ist von guter Vorbedeutung für die Zukunft.

Der Abschluß der Nationalratswahlen.

Zürich, 18. November. (Fig. Ver.)

Die am Sonntag stattgefundenen letzten Stichwahlen haben unserer Partei noch zwei Mandate gebracht, indem in Bern der Genosse Gustav Müller, städtischer Finanzdirektor (Magistratsmitglied) und in Genf Genosse Sigg, Adjunkt des schweizerischen Arbeitersekretariats, gewählt wurden. Die beiden gewählten Genossen standen auf den bürgerlichen Listen; Müller erhielt 14 229 Stimmen gegen 10 962 und 10 946, mit denen gleichzeitig zwei konservative gewählt wurden, und gegen 7790 und 8175 Stimmen, die auf unsere beiden Kampfkandidaten Moor und Schneider fielen. In den 11 000 Stimmen der Konservativen drückt sich die Stärke der beiden bürgerlichen Parteien, der Freisinnigen und Konservativen, aus, wovon aber die große Mehrzahl auf die erstere und die kleine Minderzahl auf die Konservativen entfällt. In den 8000 Stimmen kommt die Stärke der sozialdemokratischen Partei zum Ausdruck, die von allen drei Parteien die stärkste ist, von den 7 Vertretern des Berner Wahlkreises im Nationalrat aber nur einen hat, während die freisinnige Partei 4 und die Konservativen 2 besitzet. Unsere Partei hat eine erfreuliche Stärke erreicht, aber sie ist gegenüber den vereinigten bürgerlichen noch zu schwach und so konnten diese neuerdings ihre alte Vergewaltigungspolitik betätigen.

Auf Sigg in Genf fielen 8082, auf den gleichzeitig mit ihm gewählten katholisch-konservativen Ody 7805 Stimmen, auf die zwei unterlegenen liberal-konservativen 6122 und 6212 Stimmen. Wie viele sozialdemokratische Stimmen in den 8000 Stimmen Siggs enthalten sind, ist schwer zu sagen, vielleicht 3000.

In Baden bei Zürich ist der sozialdemokratische Kandidat Arbeitersekretär Müri leider, wie befristet werden mußte, unterlegen und zwar mit 5291 gegen 7031 Stimmen, mit denen sein freisinniger Gegenkandidat siegte.

Es sind nun insgesamt 15 Sozialdemokraten gegen 6 bisherige in den Nationalrat gewählt. Sie bilden jetzt von den 150 Mitgliedern insgesamt 7,9 Proz. gegen 3,5 Proz. der bisherigen 167 Mitglieder. Die sozialdemokratische Vertretung hat also eine absolute Vermehrung um 150 Proz. und eine relative, im Verhältnis zur Gesamtmitgliedszahl des Nationalrats um rund 100 Proz. erfahren. Bestände der gesetzlichen Proporz, so würde unsere Partei, die bei der Hauptwahl vom 29. Oktober ungefähr ein Viertel der abgegebenen 400 000 Stimmen erhielt, genau dreimal so viel, also 45 Vertreter im Nationalrat haben. Das wissen auch die herrschenden Freisinnigen und darum bekämpfen sie mit allen Mitteln die Einführung des gesetzlichen Proporz, obwohl ihnen auch dann noch auf lange Zeit hinaus die Stellung der Mehrheitspartei gesichert wäre.

Die Fraktionsverhältnisse im Nationalrat haben folgende Verhältnisse erfahren:

Table with 4 columns: Party, Jetzt, Bisher, Gewinn + Verlust -

Die Freisinnigen sind eine bürgerlich-kapitalistische Weltanschauungspartei, der sich jeder bürgerliche Politiker mit oder ohne Grundhänge anschließen kann, wenn er nur unter allen Umständen für die Kapitalisteninteressen eintritt und die Sozialdemokratie bekämpft. Darin sind eigentlich alle 174 bürgerlichen Nationalräte ohne Unterschied der rein formellen Parteiliste einig, so daß die Vertretung der Arbeiterinteressen auf die 15 Sozialdemokraten beschränkt bleibt, die gegenüber den 174 Kapitalistenvertretern nur eine kleine Minderheit bilden.

Erdbeben in Süd- und Mitteldeutschland.

Am Donnerstagabend zwischen 10 1/2 und 11 Uhr ist in ganz Süd- und Mitteldeutschland ein sehr heftiges Erdbeben verspürt worden. Die Ausläufer des Bebens, dessen Herd im Alpengebiet zu liegen scheint, wurden bis hinauf nach Dresden, Leipzig und Magdeburg bemerkt. In östlicher Richtung strahlte das Erdbeben bis Wien, im Süden bis Mailand und im Westen bis Ostfrankreich aus. Ueber das Beben, das nach den Aufzeichnungen der Erdbebenkarte eines der stärksten der letzten Jahre ist, liegen folgende Meldungen vor:

Süddeutschland.

Konstanz, 18. November. Heute Abend um 10 Uhr 25 Minuten zeigte sich am westlichen Himmel ein starker, blitzähnlicher Feuerstrahl. Man verspürte ein starkes, wellenartiges, mehrfach von Norden sich bewegendes Erdbeben, durch das Kamine zum Einsturz gebracht wurden, Häusermauern barsten und viele Gebäude, darunter das Postgebäude, stark beschädigt wurden. Der Bevölkerung hat sich große Aufregung bemächtigt.

Konstanz, 17. November. Infolge des gestrigen Erdbebens sind große Steine sowie eine vier Meter hohe Kreuzblume vom Turm des Münsters auf die Straße gefallen. Ebenso stürzte die fünf Meter hohe Kolossalfigur der Germania, die auf dem Gebäude der Oberpostdirektion steht, auf das Straßengpflaster und zersprang in kleine Stücke. Ein Dienstmädchen wurde aus dem ersten Stock herausgeschleudert und erheblich verletzt. Zahlreiche Dächer sind abgedeckt worden. Auch in Billingen fiel ein Teil des Kirchturms auf die Straße.

Stuttgart, 17. November. In Württemberg ist das gestrige Erdbeben besonders stark ausgetreten. Von überall her laufen Nachrichten ein, daß Schornsteine von den Dächern fielen, daß in den oberen Stockwerken der Häuser Risse entstanden, daß Möbel durcheinandergeworfen wurden und Uhren stehen blieben. Die Bevölkerung fürzte überall erschreckt ins Freie. In Ebingen scharten sich etwa 500 Mann um ein Feuer, das auf dem freien Felde angezündet wurde. Mehrfach schlugen die Kirchenglocken an. Der Bahndamm zwischen Lautlingen und Ebingen ist gerissen. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten. In Lautlingen entstand infolge des Erdbebens in einem Elektrizitätswerk durch Kurzschluß Feuer. Das Werk selbst sowie ein dazu gehöriges Wohnhaus und eine benachbarte Mühle wurden vollständig eingestürzt. In Laufen a. d. Enz schlugte in einem Gasthaus eine Decke ein. Auch sonst werden Giebelstürze gemeldet. Personen sind nach den bisherigen Nachrichten nirgends zu Schaden gekommen.

Hechingen, 17. November. Das Erdbeben hat dem Stammschloß des Kaisers, der Burg Hohenzollern überl mitgespielt. Die Befestigungskompanie mußte ihre dort gelegene Kaserne verlassen und die Nacht auf dem Egerzierplatze im Freien verbringen. Die Figuren am Schloß wurden schwer beschädigt, die Türme zeigen große Risse.

Rottweil, 16. November. Heute Abend 10 Uhr 25 Minuten wurde hier ein sehr starker Erdstoß wahrgenommen. Die Erschütterung war so heftig, daß verschiedene Gegenstände in den Zimmern herunterfielen. Am Schwarzen Tor stürzte ein Kamin ein. Bei verschiedenen Häusern fielen von den Dächern Ziegel herab. Auch wurden Risse an den Wänden festgestellt. Die Einwohnerschaft fürzte entsetzt auf die Straße, in der Befürchtung, das Erdbeben könne sich wiederholen. Verschiedene Leute wollen einen starken Blitz und einen heftigen Luftdruck wahrgenommen haben.

Karlruhe i. B., 17. November. Gestern Abend 5 Minuten vor 11 Uhr wurde die Stadt durch ein heftiges Erdbeben, das 12 bis 14 Sekunden dauerte, erschüttert. Das Beben war so stark, daß die Häuser in ihren Grundfesten erzitterten. Im Hoftheater brach eine Bank aus. Die Aufführung des „Rosenkavalier“ mußte abgebrochen werden. Die Telephonleitungen sind gestört.

München, 18. November. Die Erdbebenstation der königlichen Sternwarte teilt mit: Um 10 Uhr 25 Minuten 50 Sekunden war in München ein sehr starkes Erdbeben zu verzeichnen. Der Seismograph reagierte darauf derart, daß er herausfiel und wieder hineingerichtet werden mußte. In den einzelnen Lokalitäten und Wohnungen war das Beben stark zu verspüren.

Mühlhausen (Elsass), 16. November. Heute Abend gegen 10 Uhr 25 Minuten wurden hier zwei Erdstöße von außergewöhnlicher Heftigkeit verspürt, die sich von Westen nach Osten bewegten. Ueberall liefen die Leute vor Schreck auf die Straßen, in denen vielfach Trümmer von herabgefallenen Schornsteinen und Ziegeln lagen. In den oberen Stockwerken vieler Wohnungen wies die Wände starke Sprünge auf. Von einem Seitenturm der reformierten Stephanskirche ist ein zentnerschwerer Steinblock heruntergestürzt. Soweit bis jetzt bekannt ist, sind Personen nicht zu Schaden gekommen. Im Stadttheater mußte die Vorstellung abgebrochen werden, da die Besucher vor Schreck davonsiefen.

Mitteldeutschland.

Frankfurt a. M., 18. November. Heute Abend 10 Uhr 25 Minuten wurde hier ein kurzer starker Erdstoß wahrgenommen. Verschiedene Häuser haben große Risse erhalten. Die Bewohner eilten bestürzt, teils nur notdürftig bekleidet, auf die Straße. Die Feuerwehr und Rettungswache mußten vielfach in Tätigkeit treten, doch sind ernstere Unfälle nicht vorgekommen. Auch aus Mainz und Straßburg laufen Mel-

lungen über Erdstöße ein. An verschiedenen Orten sind die Fernsprechtellungen gestört.

**Reibelsberg, 17. November.** Infolge des gestrigen Erdbebens, das sieben Sekunden dauerte, fiel der Seismograph der Sternwarte auf dem Königsstuhl um. Er blieb nach seiner Wiederaufrichtung etwa dreißig Minuten in Tätigkeit. In der Nacht wurden noch weitere sieben Stöße verspürt. An vielen Orten wurde ein kometenartiger Feuerstreif am Himmel bemerkt.

**Erfurt, 17. November.** Aus ganz Thüringen gehen Meldungen über das gestern abend bemerkte Erdbeben ein. Das Seismographische Institut in Jena stellt die Entfernung des Herdes auf 100 Kilometer fest.

Auch in Magdeburg wurde gestern abend ein leichter Erdstoß verspürt.

**Leipzig, 17. November.** Das gestrige Erdbeben wurde auch hier wahrgenommen, doch scheint es keinen Schaden angerichtet zu haben. Ebenso wurde in Plauen i. V. gestern abend 10 1/2 Uhr ein Beben von 1 1/2 Minuten Dauer verspürt, das die Richtung von West nach Ost hatte und von dumpfen Rollen begleitet war.

### Das Beben im Ausland.

**Wien, 16. November.** Um 10 1/2 Uhr nachts wurde in der ganzen Stadt ein 1/2 Minuten andauerndes Erdbeben verspürt, welches die Richtung von West nach Ost zu nehmen schien und von mehreren kurzen Schwankungen begleitet war.

**Bern, 17. November.** In der ganzen Schweiz ist gestern abend das Erdbeben etwa zehn Sekunden lang in der Richtung von West nach Ost verspürt worden. In den Theatern zu Bern und Zürich brach eine Panik aus, die Besucher stürzten, Fensterscheiben einschlugen, auf die Straße; mehrere Personen wurden ohnmächtig.

**Milano, 18. November.** Hier wurde heute abend 10 Uhr 30 Minuten eine Erdschütterung von einigen Sekunden Dauer verspürt, die auch in Lecco, Varese und anderen nahegelegenen Ortschaften wahrgenommen wurde.

**Paris, 17. November.** Gestern um 9 Uhr 30 Minuten abends nach hiesiger Zeitrechnung wurden in Lunéville, Langres, Vesoul, Epinal, Vesort und Pontarlier Erdstöße verspürt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

### Die Ursachen des Bebens.

Ueber den Charakter der umfangreichen Erdschütterung macht in der Presse Professor Dr. Wüchsell von der geologischen Landesanstalt folgende interessante Mitteilungen: Soweit sich aus den bisher vorliegenden Nachrichten über das gestrige Erdbeben ergeben läßt, hat die Erdbewegung ihren Sitz im Alpengebiet. Es dürfte sich vermutlich um eine der unterirdischen Erdschütterungen handeln, die in den Alpenländern häufig beobachtet werden, und die mit der Gebirgsbildung in Zusammenhang stehen. Von den Alpen aus haben sich dann die Erdschütterungen wellenförmig fortgepflanzt, und zwar den Linien entlang, die wir hauptsächlich tektonische Linien nennen. Eine solche Linie zieht sich zum Beispiel das Rheintal entlang, eine andere geht von Wien zum Semmering durch ein Gebiet, das sich durch viele warme Quellen auszeichnet, eine dritte tektonische Linie geht von Wiener Neustadt nach Böhmen. Im übrigen haben wir in Deutschland mehrere Gebiete, die sehr oft von Erdbeben heimgesucht werden. Das lebhafteste Schüttergebiet ist das Vogelland. Dort wurden in den Jahren 1876 bis 1907 nicht weniger als 98 größere Erdbeben verzeichnet. Im Jahre 1900 fand ein Erdbeben statt, das an fünfzig Tagen hintereinander wahrgenommen wurde, im Jahre 1901 trat ein Erdbebenschwarm ein, der 53 Tage währte, und im Jahre 1903 wurden an 93 verschiedenen Tagen Erdbeben registriert. Andere größere Erdbebengebiete befinden sich im Niederbayerischen bei Rastatt in der Pfalz, im Böhmisches Oberland, in der Raingegend und zwischen Schwarzwald und Oberrhein. Für Berlin und seine nähere Umgebung scheint keine Gefahr zu bestehen, wenigstens ist noch niemals ein Erdbeben in der hiesigen Gegend wahrgenommen worden. Es hängt dies damit zusammen, daß die geologischen Verhältnisse, die zur Entstehung eines Erdbebens notwendig sind, für Berlin ebenso wie für ganz Norddeutschland und weiterhin für die russische Tiefebene nicht vorhanden sind. Grundbedingung für die Bildung von Beben ist immer das Vorhandensein von größeren Gebirgskomplexen mit kompliziertem geologischen Aufbau. Namentlich die Gegenden sind gefährdet, in denen junge Kettengebirge gegen ihre Umgebung, besonders gegen das Meer, abbrechen, zum Beispiel Dalmatien, Griechenland und Südrussland. In diesen Gegenden pflegen die Erdbewegungen meist viel heftiger aufzutreten als in unseren Gegenden, in denen die Erdschütterungen gewöhnlich nur sehr leichter Natur sind, und nur wenig Materialschaden anrichten.

## Statistik der Heilstättenbehandlung Lungenkranker in Charlottenburg.

Charlottenburg gehört zu denjenigen Gemeinden, die seit Jahren erhebliche Mittel für die Heilstättenbehandlung Lungenkranker auswerfen. Allein im Staatsjahr 1910 sind für die Tuberkulosebehandlung 188 460 M. ausgegeben, in dieser Summe sind aber die Ausgaben für die Krankenhausbehandlungen Tuberkulöser, für die Waldschulen, die Ferienkolonien, Heilzuhause, Geldunterstützungen, Unterstützungen mit Nahrungs- und Stärkungsmitteln noch nicht enthalten. Allein auf die Heilstättenbehandlung der Lungenkranken entfallen 68 000 M. Um nun zu erfahren, welchen Erfolg die Heilstättenbehandlungen erzielt haben, hat der leitende Arzt der Heilstättenverwaltung für Lungenkranke Dr. Becker genaue Untersuchungen veranlaßt. Die von ihm aufgenommenen und bearbeiteten Statistik bezieht sich auf sämtliche Heilstättenbehandlungen von Charlottenburger Einwohnern, welche zur Kenntnis der Fürsorgebehörde gelangt sind. Es sind also nicht nur die Fälle darin enthalten, welche auf Kosten der Stadt verhandelt worden sind, sondern auch diejenigen, welche auf eigene Kosten oder auf Kosten anderer Verordnen, z. B. der Eisenbahn und Post, der Landesversicherungsanstalt Berlin usw. überwiehen wurden. Auch eine Anzahl von Fällen, welche früher nicht in Charlottenburg wohnten, damals eine Heilstättenkur durchmachten und später nach Charlottenburg zogen, ist in der Statistik enthalten. Allerdings gibt es eine große Anzahl von Fällen, über welche entweder von der Entlassung an oder in späterer Zeit nichts mehr ermittelt werden konnte. Es liegt dies an der enormen Fluktuation der großstädtischen Bevölkerung. Dieser Mangel der Statistik ist leider nicht zu vermeiden. Es ergibt sich daraus, daß man sich bei der Betrachtung der Zahlen stets vor Augen halten muß, daß die wahren Ergebnisse für vollen und teilweisen Erfolg, für Erfolglosigkeit und Todesfälle tatsächlich höhere sind.

Im einzelnen lehrt die Statistik, daß von 185 Erwachsenen, und zwar 128 des ersten, 54 des zweiten, 3 des dritten Stadiums, nach einem Jahre 97 voll erwerbsfähig waren, bei 58 war die Erwerbsfähigkeit wenig, bei 8 stark herabgesetzt, 2 waren erwerbsunfähig, 9 waren gestorben, bei 11 war der Zustand unbekannt. Wichtiger ist natürlich die Frage, wie der Zustand der Patienten längere Jahre nach der Entlassung aus der Heilstätte war. Hier ergibt sich nun, daß nach 9 Jahren von 72 Erwachsenen, und zwar

58 des ersten, 10 des zweiten, 9 des dritten Stadiums 38 voll erwerbsfähig waren, 7 hatten geringe, 2 eine starke Herabsetzung der Erwerbsfähigkeit, einer war erwerbsunfähig, 11 waren gestorben und bei 26 war das Resultat unbekannt. Von 23 Kindern war nach 8 Jahren bei 10 nicht mehr auf den Lungen zu finden, 1 befand sich im ersten Stadium, 1 war gestorben, bei 11 war der Zustand unbekannt.

Während in der Statistik des Reichsversicherungsamtes und in der Statistik einer Reihe von Heilstätten der Prozentsatz der nach der Entlassung voll erwerbsfähigen Personen verhältnismäßig hoch ist und in den nächsten Jahren ein stetiger Abfall der Erwerbsfähigkeit konstatiert wird, ist in Charlottenburg die volle Erwerbsfähigkeit nicht ganz so hoch, dagegen bleibt sie während 5 Jahre ungefähr gleich, ja nach 5 Jahren ist sie sogar noch etwas höher. Dieser Unterschied ist darin begründet, daß in der Charlottenburger Statistik als voller Erfolg nur die Fälle gerechnet sind, welche nach der Entlassung sofort wieder ohne Schaden dem alten Beruf nachgehen konnten. Alle diejenigen, bei welchen es nicht angebracht erschien, daß sie wieder ihren Beruf aufnahmen, oder die zunächst noch eine Nachkur in einer Erholungsstätte machten, wurden der zweiten Rubrik, wenig herabgesetzte Erwerbsfähigkeit, zugeteilt. Von diesen Personen wurde später ein Teil wieder voll erwerbsfähig. Wenn man nun berücksichtigt, daß bei der Entlassung außer den 59 Proz. voll Erwerbsfähiger noch 30 Proz. eine wenig herabgesetzte Erwerbsfähigkeit hatten, und daß nach 5 Jahren außer den 60 Proz. voll Erwerbsfähigen fast 30 Proz. eine wenig herabgesetzte Erwerbsfähigkeit hatten, so kann man die Erfolge als außerordentlich günstig bezeichnen. Wie geben Herrn Dr. Becker durchaus recht, wenn er meint, daß es keinem Zweifel unterliegen kann, daß durch eine intensive Fürsorge für die aus den Heilstätten Entlassenen einer Abnahme der Erwerbsfähigkeit sehr häufig vorgebeugt werden kann. Wenn man diese Personen stets im Auge behält und sie während sie arbeiten, regelmäßig untersucht, so kann durch eine rechtzeitige Verordnung einer neuen Heilstättenbehandlung, eines Aufenthalts in einer Erholungsstätte oder auch nur durch zeitweise Schonung eine drohende Verschlimmerung vermieden werden.

Nach besser als bei den Erwachsenen sind die Ergebnisse bei den Kindern. Die Zahl der Kinder, bei denen nach der Behandlung nicht mehr nachzuweisen war, betrug von 63 Proz. bei der Entlassung auf 88 Proz. nach 8 Jahren. Allerdings darf man nicht vergessen, daß in Charlottenburg fast ausschließlich Kinder mit ganz beginnenden Erscheinungen den Heilstätten überwiesen werden. Kinder, bei denen bereits eine deutliche Dämpfung und ausgedehnte Veränderung des Atemgeräusches vorhanden ist, oder bei denen gar Bazillen im Auswurf auftreten, sind nach den Erfahrungen von Dr. Becker meist verloren. Er hält deshalb den Grundfah der frühzeitigen Diagnose und der frühzeitigen Behandlung der Tuberkulose bei Kindern noch für wichtiger als bei Erwachsenen. Jedenfalls geht aus der Statistik der Rubrik der Heilstätten einwandfrei hervor, durch die Heilstättenbehandlung können die Tuberkulösen in vielen Fällen dauernd gesund und voll erwerbsfähig gemacht werden. Andere werden wenigstens gebessert und für längere oder kürzere Zeit voll oder teilweise erwerbsfähig. Es ist aber notwendig, daß die aus den Heilstätten Entlassenen dauernd in ärztlicher Aufsicht bleiben, damit nötigenfalls rechtzeitig wieder etwas für sie geschieht. Ganz treffend bezeichnet Dr. Becker diese Überwachung als eine Aufgabe der Fürsorgestellen. Wir möchten hinzufügen, daß der Wert der Fürsorgestellen noch vergrößert würde, wenn Hand in Hand mit der Überwachung der Kranken eine Kontrolle ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse, vor allem ihrer Wohnungen, einherginge und wenn da, wo es nötig ist, die Kranken aus ungesunden Wohnungen entfernt und in einen ihren Zustand verschlimmernden Beschäftigung entzogen würden. Innerhalb der heutigen Wirtschaftsordnung wird sich das freilich schwer erreichen lassen.

## Verfammlungen.

### Lohnbewegung der Lithographen und Steindrucker.

In einer am Mittwoch, den 15. d. M., abgehaltenen Ausgespartenversammlung, nebenbei bemerkt, der bestbesuchten in der ganzen Bewegung, gab Kollege Tschack wieder einen Bericht über die allgemeine Lage. Der Widerstand der Unternehmer ist in diesem bereits fünf Wochen anhaltenden Kampfe (in einigen Städten schon einige Wochen mehr) ganz beträchtlich gehärtet worden durch den Tarifabschluß der Buchdrucker mit einer 68stündigen wöchentlichen Arbeitszeit. Heute werden unsere Forderungen von dem Schlichter nicht mehr als unmöglich betrachtet, heute verweigert man eine Verlängerung der Arbeitszeit aus Solidarität den anderen Berufsgruppen gegenüber. Von diesem Gesichtspunkt aus ist auch das Gebahren des ständigen mit unwahren Behauptungen operierenden Schlichterorgans zu betrachten. Auf Grund unserer statistischen Feststellungen über den Umfang der Bewegung im Verhältnis zu unserer Mitgliederzahl, glaube ich, daß der Schlichter die Forderung unserer Mitglieder vorwerfen zu können, indem er behauptet, daß doch auch bei uns die Kapazitäten und Lithographen organisiert seien. In Wirklichkeit weiß aber der Schriftleiter des „Steindruckerbundes“ genau, daß die Lithographen überhaupt nicht bei uns organisiert waren und die Kapazitäten vor einem Jahre aus unserem Verbands ausgetreten sind. Auf derselben Höhe steht auch die Behauptung, daß eine Gauleiterkonferenz mit den Buchdruckern stattgefunden habe, bei der wir uns eine glatte Abfuhr geholt hätten. Wie gedruckt, so gelogen! Eine Gauleiterkonferenz hat wohl stattgefunden, aber mit dem Hilfsarbeiterverband, und hier wurde der Beschluß gefaßt, diese Bewegung bis zum endgültigen Abschluß gemeinsam durchzuführen. Eine Anleihe bei den Buchdruckern haben wir schon aus dem einfachen Grunde nicht nötig, weil wir bei Beginn des Kampfes über einen Fonds von circa 1 200 000 M. verfügten und der Kampf uns nur rund 80 000 M. pro Woche kostete. Weiter kündigte der Schlichter neue Heberzählungen an. Diese Heberzählungen seien möglich genug aus. Außer einer kleinen Ausperrung in Dresden und bei der Firma Selmar Bayer, Berlin, und hier kommen auch nur 38 Kollegen in Betracht, können wohl nur einige erbärmliche schriftliche Briefchen von Schlichterfirmen an ihre Kundschäfte oder an Kollegen, die zum Unfall bewegen werden sollten, überreichen. Das Unterbringen von Streikarbeit will ebenfalls nicht so recht gelingen, und daß man wohl ohne Heberzählung sagen, daß der Kampf jetzt seinen Kulminationspunkt erreicht hat und bei dem für die Weisheit immer noch gleich günstigen Stand in der nächsten Zeit seinen Abschluß in unserem Sinne finden wird. Daran wird auch der neueste Trick des Schlichterorgans, die neue Hilfskasse, nichts ändern. Unsere Entschlüsse, über die 6000-Mark-Affäre zwischen Gelben und Schlichterorganen scheint letzteren daran zu liegen, die Mitglieder zu sein, daß sie vorgehen, ihre Weisheiten in Zukunft lieber durch die Mitgliedschaft in einer neuen neutralen Kasse an sich zu fesseln, als sie den Gelben zuzuführen. Die Unterfütterungsjahre der Düsseldorf-Versicherungsbank sind den unsrigen in Bezug auf die Höhe derselben nachgeahmt. Jedoch sind die Weisheiten daran hoch, daß sich jeder vernünftig denkende Kollege sagen muß, daß er sich dem Unternehmertum durch seinen Eintritt in diese Kasse mit Haut und Haaren verkauft, da er bei unseren horrenden Verdiensten nie in der Lage ist, diese Beiträge allein zu zahlen, und sich der Arbeitgeber selbstverständlich zur Tragung der Hälfte nur verpflichtet, so lange der Vertreter bei ihm beschäftigt ist. Einer Gewerkschaftsorganisation dürfen diese Kernsien natürlich auch nicht angehören, sie seien also, da sie trotz der jetzigen Loyalität ihrer Arbeitgeber, wie die Erfahrung lehrt, auf Lebensstellungen nicht zu rechnen haben, ohne jeden Rückhalt unserer tropflosen Verhältnisse gegenüber.

In der Diskussion stellte sich besonders eingehend die Verhältnisse bei der Firma Selmar Bayer dar. Trotzdem die Firma bei der feinerzeitigen Regelung der Hilfsarbeiterfrage auf Ehren-

wort versprochen hatte, den kündigungsfreien Zustand nicht zu Modifikationen gegen die Gesamtschicklichkeit auszugeben, wurden unsere Kollegen am letzten Sonnabend ohne weiteres auf die Straße gesetzt. Ein neuer Beweis für die Ehrlosigkeit mancher Unternehmer. — In diesem Kampfe haben wir auch wieder die Erfahrung machen müssen, daß ein großer Teil von Merkantilarbeiten in Buchdruck hergestellt wird. Da bei der heutigen Lage der Dinge nur in den wenigsten Fällen eine Unterbindung dieser Arbeiten stattfinden kann, wird die Frage eines graphischen Industrieverbandes immer brennender. — Aber trotz aller dieser Hilfsmittel ist es dem Unternehmertum bis heute noch nicht gelungen, in der Gesamtsituation auch nur einen Fußbreit Boden gegen uns gut zu machen, und sieht die Kollegenchaft noch mit derselben Zuversicht einer uns günstigen Beendigung dieses Kampfes entgegen, wie vor fünf Wochen.

Die Zahlstelle Berlin des Buchbinderverbandes hielt am Donnerstag im großen Saale der Kaminhallen eine zahlreich besuchte Generalversammlung ab, in der als erster Punkt der Geschäfts- und Kassenbericht vom dritten Vierteljahr auf der Tagesordnung stand. Der Bericht lag den Mitgliedern gedruckt vor. Die Tätigkeit der Organisation war hauptsächlich auf die allgemeine Durchführung der neuabgeschlossenen Tarife in den Buchbinderereien, den Buchdruckerereien, den Geschäftsbuchfabriken sowie in den Album-, Mappen- und Galanteriewarenfabriken gerichtet. In verschiedenen Betrieben ließ man dabei auf Schwierigkeiten, und in mehreren Fällen konnte die Anerkennung des Tarifvertrags erst durch Arbeitsniederlegung erzwungen werden. Im übrigen wurden auch in der Kartonbranche und der Luruspapierbranche in einer Reihe von Betrieben Erfolge erzielt, teils durch friedliche Verhandlungen, teils durch Arbeitsniederlegung. Mitglieder hatte die Zahlstelle am Schlusse des Vierteljahres 7618, und zwar 4184 weibliche und 3434 männliche. Der Mitgliederzuwachs beträgt gegenüber dem vorigen Vierteljahr 301. Aus dem Bericht vom paritätischen Nacharbeitsnachweis ist zu entnehmen, daß sich im Laufe des Quartals 668 männliche und 693 weibliche Arbeitslose meldeten. Stellen wurden gemeldet: für männliche Arbeitskräfte 1159, besetzt davon durch den Nachweis 998; für weibliche Arbeitskräfte 2123, besetzt davon 1497. Zu beachten ist hierbei, daß die angelegte Dauer der Stellen für männliche Arbeitskräfte in 504 Fällen, für weibliche in 898 Fällen höchstens 3 Tage betrug. Der Kassenbericht für das dritte Quartal weist in den Hauptpunkten folgende Zahlen auf: Die Abrechnung der Zentralkasse schließt mit der Bilanzsumme von 49 782,29 M. ab; als Arbeitslosenunterstützung wurden an männliche Mitglieder 8132,75 M., an weibliche 5471,50 M., an Ausländer 43,55 M. ausgezahlt; als Krankenunterstützung an männliche 5596,25 M., an weibliche 3922,50 M.; für Strafen wurden ausgegeben 4802,58 M.; an die Verbandskasse abgeliefert 10 588,95 M. Der Bestand der Lokalkasse, deren Ausgaben 15 854 M. betragen, ist von 74 848,87 M. auf 74 980,87 M. gestiegen; unter den Ausgaben der Lokalkasse sind als Zuschläge zur Arbeitslosenunterstützung 3991,30 M., zur Gemahregelungenunterstützung 322,20 M., zur Streikunterstützung 2871,60 M. aufgeführt. Aus dem Bibliotheksbericht ist zu ersehen, daß 19 Bücher neu angeschafft wurden, wodurch der Bücherbestand auf 1959 gestiegen ist. In den Bericht knüpfte sich eine kurze Diskussion. Sodann wurde ein Antrag angenommen, wonach die Zahlstelle Berlin die laufenden Agitationskosten jezt nicht mehr auf die Verbandskasse verrecknet, sondern auf die Lokalkasse übernimmt; die hiesige Zahlstelle hat in dieser Hinsicht bisher gegenüber den anderen Zahlstellen des Verbandes eine Art Ausnahmestellung eingenommen. Ferner wurde beschlossen, den ausgeperrten und streikenden Tabakarbeitern sofort 1000 M. zu überweisen und zur Dedung dieser Ausgabe sowie zur weiteren Unterstüzung der Tabakarbeiter Beiträge zu erheben, und zwar in der Weise, daß die weiblichen Mitglieder mindestens 5 Extramarlen à 10 Pf., die männlichen mindestens 4 à 25 Pf. zu liefern haben. In den Hausstand wurden die ausstehenden Mitglieder Kemser, Werber und Wettermann einstimmig wiedergewählt. Schließlich forderte der Bevollmächtigte Würtzberger noch zu reger Beteiligung an dem am 8. Dezember stattfindenden Delegiertenmahnen zur Ortsklasse auf, den letzten vor der neuen Reichsversicherungsordnung.

## Aus aller Welt.

### Folgeschwerer Erdbeinfall.

Ein schwerer Unfall, dem ein Arbeiterleben zum Opfer fiel, hat sich am Freitagmittag bei den Ausbesserungsarbeiten für Eisenbahnweiterebauten in Essen a. Ruhr ereignet. Durch nachstürzende Erdmassen wurden in einer Erdgrube fünf Arbeiter verwickelt. Der sofort herbeigerufenen Feuerwehr gelang es, zwei der Verwickelten unverletzt zu bergen; ein Arbeiter konnte nur noch als Leiche heraufgeholt werden. Die anderen zwei Arbeiter haben ziemlich schwere Verletzungen davongetragen.

### Zum Bilderdiebstahl in Bayern.

Die Bilderlebe, die im Schlosse Lustheim bei Schleißheim eine Anzahl Bilder aus den Rahmen geschnitten und gestohlen hatten, konnten sich nicht lange ihrer Weite erfreuen. Einer der Spitzhaken, der frühere Forstgehilfe Moostainer, wurde gestern verhaftet. Die Bilder hatte er in einem Waldhau bei Schleißheim versteckt, wo sie unverfehrt gefunden wurden.

### Kleine Notizen.

Aus dem Eisenbahnzug gestürzt. Bei Dähringshof an der Ostbahn stürzte auf der Fahrt nach Berlin aus einem Auswandererzuge ein siebenjähriger Knabe einer russischen Familie; der Knabe wurde tödlich verletzt.

Vergiftungen auf französischen Kriegsschiffen. Sechs Matrosen der Kriegsschiffe „République“, „Suffren“ und „Marceau“ sind unter schweren Vergiftungsercheinungen erkrankt. Einer der Erkrankten ist bereits gestorben. Der Zustand von vier anderen ist bedenklich.

Bom Zuge gerädert. Als Donnerstagsabend die Frau des Bergbauamten Ungewidelt aus Frohsa i. Rh. und ihr Dienstmädchen sich von Nachtreise auf dem Heimwege befanden, wurden sie von einer Rangierlokomotive überfahren. Die Frau war sofort tot. Das Mädchen erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

## Cigarren-Händlern

begünstigen Einkauf zu billigen Preisen bietet das größte und reichhaltigste Assortiment

Tabak-, Cigarren- und Cigaretten-Engroslager  
Carl Röcker, Berlin O. 27,  
Grüner Weg 119. — Fernsprecher VII. 3861.

## Weihnachts-Präsent-Packungen

in reichhaltigster Auswahl.

In Cigarren falls nur exklusive, gut gelagerte, besterlei Ware zu Originalfabrikpreisen vorrätig.

Blutarme, Kranke während der Rekonvaleszenz feurig süßen Santa Lucia Kraft-Rotwein-Flasche 1,50 u. 2,00, käuflich in Apotheken, Drogerien, Delikatessgeschäften

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
Köpenicker Viertel.  
(Bezirk 190.)

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Vater  
**Klemens Säuberlich**  
Köpenicker Str. 20a, gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr,  
an der Halle des Thomas-Kirch-  
hofes in Hildorf, Hermannstraße,  
aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
für den  
**4. Berl. Reichstagswahlkreis.**  
Görlitzer Viertel.  
(Bezirk 213 II.)

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Schneider  
**Richard Becker**  
Görlitzer Str. 71, gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Montag, den 20. d. Mts., nach-  
mittags 4 Uhr, von der Halle  
des Emmaus-Kirchhofes, Hildorf,  
Hermannstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**4. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
Landsberger Viertel.  
(Bezirk 195 I.)

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Kupferstecher  
**Adolf Klätte**  
Westendorfer Str. 32  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Montag, den 20. November,  
nachmittags 4 Uhr, an dem  
Zentralfriedhof in Friedrichsfelde  
aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher**  
**Transportarbeiter - Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Droghen-  
führer  
**August Schmidt**  
am 15. November im Alter von  
65 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 19. d. M., nach-  
mittags 2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Friedenskapital-  
Kirchhofes in Nordend aus statt.  
Die Bezirksverwaltung.

**Verband der Maler,**  
**Leinwand-, Anstreicher usw.**  
Filiale Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Kollege  
**Klemens Säuberlich**  
am 15. November verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute  
Sonntag, den 18. d. M., nach-  
mittags 3 Uhr, von der Halle des  
Thomas-Kirchhofes in Hildorf,  
Hermannstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
180/6 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Kranken- und Sterbe-**  
**kasse d. deutschen Wagenbauer**  
Berlin IV.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Mitglied  
**Bruno Fischer**  
am 14. November im Alter von  
88 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 18. d. M., nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Dammhofs-Kirchhofes,  
Nordend, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und zahlreichen Trans-  
porten bei der Beerdigung meines  
lieben Vaters, unseres guten Vaters,  
sagen wir allen, besonders den Mit-  
gliedern des Metallarbeiter-Verbandes  
und sozialdemokratischen Wahlvereins  
unseren herzlichsten Dank.  
**Wwe. Luise Brandt**  
nebst Kindern.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.

**Todesanzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Klempner  
**Karl Müller**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute  
Sonntag, den 18. November,  
nachmittags 1 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des Gemeinde-Kirch-  
hofes in Hildorf, Mariendorfer  
Weg, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
126/8 Die Ortsverwaltung.

Nach langen, schweren Leiden  
verstarb am Donnerstag, den  
16. November, mein lieber Mann,  
unser guter Vater, Schwiegervater  
und Großvater, der Müchhändler  
**August Schmoltdt.**  
Als trauernden Hinterbliebenen.  
**Wwe. Schmoltdt nebst Kindern.**

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 19. November, nach-  
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Gemeinde-Friedhofes,  
Hildorf, Mariendorfer Weg, aus  
statt.

Allen Kollegen, Freunden und  
Bekanntem die traurige Nachricht,  
daß meine liebe Frau und unsere  
Mutter  
**Frau Pauline Scholz**  
geb. Friess  
am 16. November, vorm. 10 1/2 Uhr,  
nach langen, schweren Leiden sanft  
entschlafen ist. 1602b

Dies zeigt tiefbetrübt an  
Der trauernde Gatte  
**Paul Scholz**  
W. 8., Kronenstr. 71.

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von  
der Leichenhalle der Neuen Kirche  
und Jerusalem-Gemeinde aus statt.  
1601b

15. November 1911.  
Heute abend 10 Uhr verstarb  
plötzlich unsere liebe Mutter  
**Anna Schelenz**  
geb. Schacht  
im 62. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an  
Die Geschwister  
**Richard Schelenz**  
**Emma Tübeck, geb. Schelenz**  
**Franz Schelenz**

Beerdigung: Sonntag, den 19.  
November 1911, nachm. 2 1/2 Uhr,  
Neuen Jakob-Kirchhof, Hildorf,  
Hermannstraße.

**Verein aller in Schriftgießereien**  
**beschäftigten Arbeiter**  
**und Arbeiterinnen Berlins.**

Am Sonntag, den 14. No-  
vember, starb plötzlich unser wertes  
Mitglied  
**Klara Grüneberg**  
an Gehirnschlag.

Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 18. November,  
nachmittags 3 Uhr, von der  
Leichenhalle des Tempelhofer Ge-  
meinde-Friedhofes, Germania-  
straße, aus statt.  
Der Vorstand.

Am 16. November, früh 4 Uhr,  
verstarb im 83. Lebensjahre nach  
langem schweren Leiden meine  
innigstgeliebte Frau, meiner Kinder  
liebste Mutter  
**Margarete Timme**  
geb. Obermeyer.

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, nachmittags 4 Uhr von der  
Leichenhalle des Reichendorfer  
Gemeinde-Friedhofes, Humboldt-  
straße, aus statt. 7632  
Der trauernde Gatte  
Albert Timme, Gauptstr. 56/57.

**Todesanzeige.**  
Allen Verwandten und Bekannten  
zur Nachricht, daß meine liebe Frau  
**Emma Heuer**  
am 16. November verstorben ist.

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 19. November,  
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des Himmelsburger  
Gemeinde-Friedhofes, Südstraße,  
aus statt. 1606b  
**Oswald Heuer, Gastwirt.**

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, nächstplatz  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

**Danksagung.**  
Für die herzlichste Teilnahme bei  
der Beerdigung meines lieben Mannes  
**Adolf Simon**  
sage ich hiermit allen Verwandten,  
Freunden und Bekannten, insbeson-  
dere dem Verband der Buch- und  
Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Ar-  
beiterinnen Deutschlands, Ortsver-  
waltung Berlin, sowie den streifenden  
Steindruckerei-Hilfsarbeitern v. Groß-  
Berlin und den ausgepörrten Kollegen  
der Firma Heymann & Schmidt meinen  
besten Dank.  
1000b  
**Minna Simon.**

**Orts-Ordnung**  
für das  
**Gewerbe der Verfertigung**  
**von Musikinstrumenten.**

Am Sonntag, den 25. November 1911,  
abends 8 Uhr,  
findet im Restaurant des Herrn Schulz,  
Prinzenstraße 17  
(Eingang Königsgraben), die  
**General-Versammlung**  
sämtlicher Arbeitnehmersvertreter statt.

**Tagesordnung:**  
1. Vorstandsbericht.  
2. Wahl von zwei Vorstandsmit-  
gliedern.  
3. Wahl von drei Revisoren zur  
Prüfung der Jahresrechnung pro 1911.  
4. Verschiedenes.  
Pünktliches und vollständiges  
Erscheinen ist dringend erwünscht.  
281/8  
Der Vorstand.

**„Paradiesgarten“**  
**Birkenwerder-Unterühle**  
findet am Sonntag ein  
**großes Schlachtfest**  
statt, wozu alle werthen Vereine und  
Gesellschaftspartien freundlichst einladet  
Der Wirt.

**Hohen-Neuendorf** (Station  
Stolpe)  
**Waldschänke der Gartenstadt**  
**der Frohnau.**  
Bucht: 200  
**Frische Blut- und Leberwurst.**  
Herrenpartien, Genossen, Freunde u.  
Bekannte laden freundlichst ein  
1601b  
Wilhelm Bleslin.

**Westmann**  
Mohrenstrasse 37a (nahe Jerusalem Str.)  
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)  
Zur Verkleinerung meines Lagers  
soweit Vorrat:  
ca. **500 Abendmäntel** in den schönsten Lichtfarben,  
darunter Pariser Originalmodelle  
(4 Serien: 20.-, 35.-, 50.-, 75.- (sonstiger Preis bis Mk. 180.-))  
ca. **800 Plüschmäntel und Kostüme**  
in Valours du Nord, engl. Seal hochmod. Ausfühg.  
(4 Serien: 25.-, 40.-, 55.-, 85.- (sonstiger Preis bis Mk. 210.-))  
ca. **1000 Ulster** in Plüsch, Tweed, letzte Moderschel-  
(4 Serien: 12 1/2, 18.-, 25.-, 42.- (sonstiger Preis bis Mk. 95.-))  
**Erstklassig gearbeitete Gesellschaftskleider spottbillig**  
**Pelz-Konfektion** Persischer, Nerz-, Orenburger Jacketts  
ferner Colliers, Muffen und Stolen  
**50% unter Preis!**  
**Zurückgesetzt für 3 Tage!**  
1 Ständer Plüschkonfektion . . . M. 15.- | 1 Ständer Kostüme . . . . . M. 120,-  
1 Ständer Ulster . . . . . M. 8,- | 1 Ständer Röcke und Blusen . . . M. 8,-  
Sonntag geöffnet 8-10, 12-2 Uhr.

**Monats-Garderobe**  
Spezialhaus für wenig getra-  
gene, sah neue Jackett-Anzüge,  
Rock-Anzüge, Gehrod-An-  
züge, Smoking-Anzüge, Frack-  
Anzüge, Winter-Paletots und  
Häuser sowie Winterjoppen, Wein-  
felder (auch für torpente  
Herren). Dieselben sind teils auf  
Seide gearbeitet und nur kurze Zeit  
getragen, kauft man spottbillig bei  
**Weingarten, Prinzenstr. 28**  
I. Etage,  
Eckhaus Hinterstr. (früher 20 Jahre  
Görlitzer Str.). Bitte auf Straße  
und Hausnummer zu achten.

**Unwiderruflich**  
Ziehung am 28., 29. u. 30. November.  
**Düsseldorfer Ausstellungs-**  
**LOTTERIE**  
12158 Gew.  
I. Wette v. Mk.  
**90000**  
**15000**  
**10000**  
**5000**  
Lose à 50 Pfg., 11 Lose  
Porto und Liste 30 Pfg., versendet  
General-Debit  
**Ferd. Schäfer,**  
Bankgeschäft, Düsseldorf.  
Auch zu haben in allen künftlich ge-  
machtem Verkaufsstellen.

**1 Mark**  
wöchentl. Teilzahlung  
**Vornehme**  
**Herrn-Moden**  
fertig und  
nach Maß,  
günstig. Ausführung,  
Kohhaar-Verarbei-  
tung, tadelloser Sitz.  
**Bekleidungshaus**  
**„Rekord“**  
Dresdener Str. 19, I  
zwischen Kottb. Tor u. Oranienplatz.  
Zwecks Maßbestellung wird a. Wunsch  
Vertreter ins Haus geschickt.

**1 Mark**  
wöchentl. Teilzahlungen  
liefern elegante fertige  
**Herrn-Garderoben**  
:: Ersatz für Mass ::  
Anfertigung nach Mass  
Tadellose Ausführung  
**Julius Fabian**  
Schneidermeister  
Gr. Frankfurter Str. 37, II  
Eingang Strausberger Platz,  
II. Geschäft: Turmstr. 18  
nur 1. Etage, kein Laden.

**Monatsgarderobe**  
Von Kavalieren getragene Ulster, Jackett, Rock, Frack, Smoking-  
Anzüge, teils auf Seide gearbeitet sowie großes Lager in neuer  
eleganter Herren-Garderobe zu bekannt billigsten Preisen  
**Türkischer, Prinzenstr. 79** am Moritzplatz

**Feine Schneiderei**  
für elegante  
**Herrn-Moden**  
fertig und nach Mass  
Garantie für tadellosen Sitz  
und beste Verarbeitung. Auf  
**Teilzahlung**  
Wochenrate von 1 M. an  
**J. Kurzberg**  
Rosenthaler Strasse 40  
direkt am Hackeschen Markt  
Frankfurter Allee 104  
Ecke Friedenstrasse.  
**Kein Waren-Kredit**

**Eile zu Weile!**  
119 Dresdener Straße 119  
(Eckhaus Oranienpl.)  
über **1000 Pelz-Stolas**  
Muffen, Kolliers  
Extra billige  
Preise!  
Echte Skungs-Stolas  
von 25 M. an.  
Pelz-Hüte, Nutstreifen  
Felle, Köpfe, Schwelpe  
in allen Fellarten.  
**Eigene Klirschneerei.**  
Jedermann erhält die im  
Fenster ausgestellten  
Engenstände sofort für  
den bezeichneten Preis.  
Bitte genau auf Nr.  
119 und Eile  
zu Weile zu achten.

**Zentralhaus mod. Herrenbekleidung**  
Neue Friedrichstr. 35  
neben Zentral-Blatthalle  
Liefert an jedermann elegante  
**Herrn-Garderoben**  
nach Maß unter Garantie für  
tadellosen Sitz geg. wöchentl. Teilz.  
von 1 Mk. an. Aufschneiderei u. Ver-  
stätt im Hause. Karl Wulff, Tuch u.  
Kleidern u. neuw. Stoffmüllern.  
Sonntags geöffnet.

**Enorm billig!**  
Vorjährige feinste  
**Ulster-Anzüge**  
von 20-60 M.  
Billige Rosenwoche,  
Schlafrocke.  
**Versandhaus Germania**  
Unter den Linden 21.

Gegr. 1893. **A. B. KOCH** Gegr. 1893.  
**Kohlen- und Brikett-Großhandlung**  
Hauptkontor: Berlin O. 34, Petersburger Straße L.  
Telephon: Amt 7, 3040 und 3095.  
Lagerplatz 1: O. 34, Rüdowdortter Str. 71 (Küstriner Platz, alt. Ostb.).  
Lagerplatz 2: O. 17, Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof)  
Preise für 1a Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:  
1a Senftenb. Marienglück Salon 84 Pf. pr. Ztr. 1.00 M.  
1a Senftenb. Gotthold Salon . 87 Pf. 1a Halbsteine . . . . . 84 Pf.  
1a Diamant Salon . . . . . 1.00 M. 1a Anthracit Cadé . . . 2.25 M.  
(Ges. gesch. p. Ztr. 115-120 Stck.) 1a Heye-Halbsteine . . . 90 Pf.  
Holz, zerkleinert, per Zentner 2.00 M.  
Bei Frankolinierung je nach Quantum per Ztr. 5-18 Pf. mehr.  
Bruchbriketts, Steinkohlen billigst. Koks zu Anstaltspreisen.  
Bei größeren Abschüssen in Originalwaggons verlangen Sie  
meine Spezialofferte.

**Comenius-Säle, 67 Remer Straße 67**  
Telephon: Amt 7, 1075.  
Inb.: W. Granewald.  
November, Dezember noch einige Sonntage u. Sonntage zu vergeben.  
Sichtungsbüro W. Granewald.

**Hugo Beling**  
Weingroßhandlung u. Likörfabrik  
60 eigene Filialen. \* Einzelverkauf zu Engrospreisen.

# RICHTIG



Ist unter allen Umständen,  
dass Sie zum Winter Ihre

## Herren- und Damen-Garderobe auf Credit

kaufen und zwar nur in dem ältesten Credithaus

### Julius Glogau

G. m. b. H.

Anzahl,  
von  
**3**

Wochen-  
rate von  
**1**

Anzüge, Paletots, Ulster, Damen-  
Kostüme, Mäntel, Röcke, Blusen  
Pelzwaren

Täglich Eingang von Saison-Neuheiten!

### Julius Glogau

I. Geschäft:

Oranien-Str. 145-146  
am Marktplatz

II. Geschäft:

Große Frankfurter Str. 137  
zwischen Frucht- und Koppenstrasse

Gratis!  
Weihnachts-  
Geschenk!

# H. Esders & Dyckhoff

an der Petrikirche Gertraudenstraße 8/9 an der Petrikirche

## Herren- und Knabenkleidung

Besonderes Angebot:

Ein großer Posten Winter-Loden-Joppen

7.50 9.90 12.50 17.00 und höher

Einzelne Hosen Moderne Westen

3.50 4.50 5.25 6.90 8.50 9.90 2.75 3.50 4.50 5.50 und höher

## Wer probt - der lobt

die in der Reinigungs-Anstalt von Robert Schmidt, Rosenthaler Str. 9, I, gekauften

## Monats - Garderoben

Wir verkaufen elegante, nur kurze Zeit getragene, in unsern Arbeits-  
räumen sauber hergerichtete, zum Teil chemisch gereinigte Garderoben

SERIE I: Anzüge u. Paletots für 6.- 9.- 12.- 16.- M.

SERIE II: Anzüge u. Paletots für 10.- 14.- 18.- 22.- M.

Ein großer Posten

Burschen- u. Jünglings-Anzüge kommen sehr billig  
zum Verkauf! 6, 8, 10, 12, 14, 16 M.

Rosenthaler Str. 9' Ecke Auguststr.

Wir sind billig, da wir keine teure Ladenmiete zahlen!

*Tafelbrot*  
*Flussbrot*

*Fruchtsaft und Feinbrot*  
*überaus bekömmlich und leicht*  
*Genussbrot*

*Die Qualität ist herausragend!*

**Gerstberger & Müller**  
Kohlengroßhandlung  
1. Pl. Mühlenstr. 18 Tel. VII, 10290  
2. „ Palisadenstr. 95 Tel. VII, 4561.  
Preise bei Entnahme von 10 Ztr.  
ab Platz:

Ferdinand Salom - Briketts . 0.84  
Fleitz " " . 0.87  
Meuro Stolln " " . 0.82  
Anh. Kohlenwerke Saion-Briketts 0.96  
Hise " " . 1.09  
Heye u. A. K. W. Halsteine 0.90  
Vulkan " " . 0.84

Handwagen stehen  
zum Selbstabholen kostenlos zur  
Verfügung.

9. Ziehung 5. Kl. 225. Kgl. Preuss. Lotterie.  
Ziehung vom 17. November 1911, vormittags.  
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden  
Nummern in Klammern beigefügt.  
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose  
beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)  
7 31 170 290 652 727 836 942 1219 435 607 63  
69 733 69 74 [3000] 2132 47 245 63 52 486 71 78 718  
823 48 978 3090 93 227 303 11 73 716 841 4106 422  
27 847 56 967 5001 [5000] 94 312 [1000] 81 535 74  
799 [800] 991 6103 219 88 802 22 64 777 810 24  
62 902 7327 97 [1000] 476 602 63 641 63 [3000] 801  
11 976 89 8137 96 261 65 326 32 494 620 704 882  
940 9320 409 70 526 46 823

10262 497 775 11004 13 345 497 504 [1000] 69  
803 73 [15000] 706 888 [3000] 933 [1000] 87 12126  
[5000] 211 25 86 837 40 709 80 894 933 13017 250  
76 421 [5000] 700 94 800 14007 87 92 930 859 [1000]  
636 89 15023 198 370 499 812 708 73 16033 [1000]  
165 309 817 828 17066 146 [3000] 49 201 [5000] 27  
346 53 912 1836 703 [5000] 37 862 19372 [1000]  
679 742 49 89 824 65

29205 426 561 [1000] 804 83 756 63 999 21303  
[1000] 358 76 587 663 [5000] 613 963 22388 499  
9 89 81 23099 115 [3000] 60 94 318 43 405 35 58  
92 676 674 809 27 4101 259 350 418 697 701 990  
25990 98 182 219 213 510 41 644 768 861 909 26015  
77 331 [10000] 519 776 844 918 33 27069 82 162 569  
605 62 2801f 168 92 269 305 629 [1000] 683 29063 71  
139 263 317 68 521 47 605 27 [1000] 745 871 84 903  
61 [2000]

30546 304 39 68 79 95 419 93 797 894 31072  
109 498 96 563 939 32553 79 304 65 455 516 642 89  
30 33 30350 44 139 [1000] 42 323 68 439 5001 697  
85 99 940 50 82 34798 499 29 800 93 761 95 875  
235 59 940 50 82 34798 499 29 800 93 761 95 875  
929 35013 79 124 355 490 644 686 744 913 62 3670  
198 311 403 18 633 715 35 92 852 962 [1000] 37122  
47023 178 672 608 36 96 829 991 48190 244 68 322  
26 433 79 524 93 782 837 49209 319 [1000] 43 68 77  
83 89 794 823 969 79

50425 501 22 842 48 978 [3000] 51289 342 645  
821 23 502 [5000] 57 45 52199 24 48 212 49 [5000] 309  
479 396 [1000] 675 899 903 53105 23 512 76 895 705  
54016 199 [3000] 373 438 587 644 870 74 911 65  
55980 [5000] 318 402 43 62 580 68 623 762 990  
58155 206 54 393 455 [1000] 615 47 671 740 816 32  
62 87090 37 139 599 919 59700 117 69 282 355 67  
670 78 774 941 60 59167 513 625 744 65 840  
60073 128 324 585 653 [5000] 850 [1000] 91 939  
84 61117 31 41 330 79 628 622 [3000] 747 942 62180  
249 74 [1000] 505 718 866 71 63909 104 34 69 312  
43 763 68 865 64021 68 96 113 [5000] 443 606 99 629  
709 854 264 67 [5000] 69 65189 292 326 71 460 538  
709 670 931 60 66158 74 388 596 644 739 72 74 067  
73 81 962 69 67156 212 307 568 643 [1000] 843 [5000]  
70 937 56 68139 408 578 99 600 94 73 87 997 69362  
[8000] 523 84 801 853 [1000]

70287 63 442 631 729 44 65 85 71041 89 179  
70 234 49 413 81 585 819 979 72077 167 256 385  
897 [5000] 73193 234 341 418 502 652 49 925 55 [5000]  
68 81 74103 [1000] 201 17 23 49 879 91 725 97 948  
75073 43 513 76499 588 644 [1000] 899 77196  
69 627 218 64 690 857 99 [5000] 946 78 016 52 469  
811 19 45 90 720 851 79124 30 246 77 [5000] 352 403  
634 62 81 812 58 86

80301 22 710 849 85 909 [3000] 37 81037 87  
193 237 [5000] 52 396 418 843 82399 89 317 42 484  
630 627 754 60 877 83217 450 80 761 88 861 [5000]  
84087 495 12 [5000] 15 86 500 76 86 643 67 86 776  
79 85129 44 83 247 512 [5000] 17 47 614 59 [5000]  
833 850 80919 49 259 305 492 17 47 614 59 [5000]  
29 659 84 87851 101 273 324 [1000] 37 61 458 93  
85 603 88 98 746 835 69 928 88098 192 326 382 521  
72 600 92 792 [5000] 613 89883 98 124 489 529 45  
644 780 813 71 909 72

90118 63 76 77 [3000] 234 15 70 325 89 469  
[1000] 602 695 55 91073 290 421 610 761 94 95 890  
974 92118 88 410 519 77 643 [1000] 776 806 903  
[1000] 29 93003 34 89 97 355 451 78 636 94119 64  
280 82 306 32 457 541 675 755 71 95080 83 247 67

9. Ziehung 5. Kl. 225. Kgl. Preuss. Lotterie.  
Ziehung vom 17. November 1911, nachmittags.  
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden  
Nummern in Klammern beigefügt.  
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose  
beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)  
74 134 66 596 [1000] 865 701 924 27 [5000] 1083  
350 83 404 95 895 96 705 651 939 46 82 2002 38 64  
497 753 95 900 918 [1000] 32 3031 154 418 637 824  
4071 112 31 302 99 481 94 524 75 5083 145 302 [5000]  
490 783 92 816 972 8062 105 23 [5000] 71 243 68  
[5000] 406 45 62 678 814 86 967 7120 306 427 [5000]  
66 544 656 808 40 8140 43 233 90 94 358 532 49  
[1000] 709 84 842 943 67 82 64 9304 433 27 54 97  
603 794 987

10009 240 79 435 554 89 [5000] 93 [5000] 850  
74 134 66 596 [1000] 865 701 924 27 [5000] 1083  
350 83 404 95 895 96 705 651 939 46 82 2002 38 64  
497 753 95 900 918 [1000] 32 3031 154 418 637 824  
4071 112 31 302 99 481 94 524 75 5083 145 302 [5000]  
490 783 92 816 972 8062 105 23 [5000] 71 243 68  
[5000] 406 45 62 678 814 86 967 7120 306 427 [5000]  
66 544 656 808 40 8140 43 233 90 94 358 532 49  
[1000] 709 84 842 943 67 82 64 9304 433 27 54 97  
603 794 987

10009 240 79 435 554 89 [5000] 93 [5000] 850  
74 134 66 596 [1000] 865 701 924 27 [5000] 1083  
350 83 404 95 895 96 705 651 939 46 82 2002 38 64  
497 753 95 900 918 [1000] 32 3031 154 418 637 824  
4071 112 31 302 99 481 94 524 75 5083 145 302 [5000]  
490 783 92 816 972 8062 105 23 [5000] 71 243 68  
[5000] 406 45 62 678 814 86 967 7120 306 427 [5000]  
66 544 656 808 40 8140 43 233 90 94 358 532 49  
[1000] 709 84 842 943 67 82 64 9304 433 27 54 97  
603 794 987

10009 240 79 435 554 89 [5000] 93 [5000] 850  
74 134 66 596 [1000] 865 701 924 27 [5000] 1083  
350 83 404 95 895 96 705 651 939 46 82 2002 38 64  
497 753 95 900 918 [1000] 32 3031 154 418 637 824  
4071 112 31 302 99 481 94 524 75 5083 145 302 [5000]  
490 783 92 816 972 8062 105 23 [5000] 71 243 68  
[5000] 406 45 62 678 814 86 967 7120 306 427 [5000]  
66 544 656 808 40 8140 43 233 90 94 358 532 49  
[1000] 709 84 842 943 67 82 64 9304 433 27 54 97  
603 794 987

10009 240 79 435 554 89 [5000] 93 [5000] 850  
74 134 66 596 [1000] 865 701 924 27 [5000] 1083  
350 83 404 95 895 96 705 651 939 46 82 2002 38 64  
497 753 95 900 918 [1000] 32 3031 154 418 637 824  
4071 112 31 302 99 481 94 524 75 5083 145 302 [5000]  
490 783 92 816 972 8062 105 23 [5000] 71 243 68  
[5000] 406 45 62 678 814 86 967 7120 306 427 [5000]  
66 544 656 808 40 8140 43 233 90 94 358 532 49  
[1000] 709 84 842 943 67 82 64 9304 433 27 54 97  
603 794 987

10009 240 79 435 554 89 [5000] 93 [5000] 850  
74 134 66 596 [1000] 865 701 924 27 [5000] 1083  
350 83 404 95 895 96 705 651 939 46 82 2002 38 64  
497 753 95 900 918 [1000] 32 3031 154 418 637 824  
4071 112 31 302 99 481 94 524 75 5083 145 302 [5000]  
490 783 92 816 972 8062 105 23 [5000] 71 243 68  
[5000] 406 45 62 678 814 86 967 7120 306 427 [5000]  
66 544 656 808 40 8140 43 233 90 94 358 532 49  
[1000] 709 84 842 943 67 82 64 9304 433 27 54 97  
603 794 987

10009 240 79 435 554 89 [5000] 93 [5000] 850  
74 134 66 596 [1000] 865 701 924 27 [5000] 1083  
350 83 404 95 895 96 705 651 939 46 82 2002 38 64  
497 753 95 900 918 [1000] 32 3031 154 418 637 824  
4071 112 31 302 99 481 94 524 75 5083 145 302 [5000]  
490 783 92 816 972 8062 105 23 [5000] 71 243 68  
[5000] 406 45 62 678 814 86 967 7120 306 427 [5000]  
66 544 656 808 40 8140 43 233 90 94 358 532 49  
[1000] 709 84 842 943 67 82 64 9304 433 27 54 97  
603 794 987

10009 240 79 435 554 89 [5000] 93 [5000] 850  
74 134 66 596 [1000] 865 701 924 27 [5000] 1083  
350 83 404 95 895 96 705 651 939 46 82 2002 38 64  
497 753 95 900 918 [1000] 32 3031 154 418 637 824  
4071 112 31 302 99 481 94 524 75 5083 145 302 [5000]  
490 783 92 816 972 8062 105 23 [5000] 71 243 68  
[5000] 406 45 62 678 814 86 967 7120 306 427 [5000]  
66 544 656 808 40 8140 43 233 90 94 358 532 49  
[1000] 709 84 842 943 67 82 64 9304 433 27 54 97  
603 794 987

10009 240 79 435 554 89 [5000] 93 [5000] 850  
74 134 66 596 [1000] 865 701 924 27 [5000] 1083  
350 83 404 95 895 96 705 651 939 46 82 2002 38 64  
497 753 95 900 918 [1000] 32 3031 154 418 637 824  
4071 112 31 302 99 481 94 524 75 5083 145 302 [5000]  
490 783 92 816 972 8062 105 23 [5000] 71 243 68  
[5000] 406 45 62 678 814 86 967 7120 306 427 [5000]  
66 544 656 808 40 8140 43 233 90 94 358 532 49  
[1000] 709 84 842 943 67 82 64 9304 433 27 54 97  
603 794 987

10009 240 79 435 554 89 [5000] 93 [5000] 850  
74 134 66 596 [1000] 865 701 924 27 [5000] 1083  
350 83 404 95 895 96 705 651 939 46 82 2002 38 64  
497 753 95 900 918 [1000] 32 3031 154 418 637 824  
4071 112 31 302 99 481 94 524 75 5083 145 302 [5000]  
490 783 92 816 972 8062 105 23 [5000] 71 243 68  
[5000] 406 45 62 678 814 86 967 7120 306 427 [5000]  
66 544 656 808 40 8140 43 233 90 94 358 532 49  
[1000] 709 84 842 943 67 82 64 9304 433 27 54 97  
603 794 987

10009 240 79 435 554 89 [5000] 93 [5000] 850  
74 134 66 596 [1000] 865 701 924 27 [5000] 1083  
350 83 404 95 895 96 705 651 939 46 82 2002 38 64  
497 753 95 900 918 [1000] 32 3031 154 418 637 824  
4071 112 31 302 99 481 94 524 75 5083 145 302 [5000]  
490 783 92 816 972 8062 105 23 [5000] 71 243 68  
[5000] 406 45 62 678 814 86 967 7120 306 427 [5000]  
66 544 656 808 40 8140 43 233 90 94 358 532 49  
[1000] 709 84 842 943 67 82 64 9304 433 27 54 97  
603 794 987

10009 240 79 435 554 89 [5000] 93 [5000] 850  
74 134 66 596 [1000] 865 701 924 27 [5000] 1083  
350 83 404 95 895 96 705 651 939 46 82 2002 38 64  
497 753 95 900 918 [1000] 32 3031 154 418 637 824  
4071 112 31 302 99 481 94 524 75 5083 145 302 [5000]  
490 783 92 816 972 8062 105 23 [5000] 71 243 68  
[5000] 406 45 62 678 814 86 967 7120 306 427 [5000]  
66 544 656 808 40 8140 43 233 90 94 358 532 49  
[1000] 709 84 842 943 67 82 64 9304 433 27 54 97  
603 794 987

10009 240 79 435 554 89 [5000] 93 [5000] 850  
74 134 66 596 [1000] 865 701 924 27 [5000] 1083  
350 83 404 95 895 96 705 651 939 46 82 2002 38 64  
497 753 95 900 918 [1000] 32 3031 154 418 637 824  
4071 112 31 302 99 481 94 524 75 5083 145 302 [5000]  
490 783 92 816 972 8062 105 23 [5000] 71 243 68  
[5000] 406 45 62 678 814 86 967 7120 306 427 [5000]  
66 544 656 808 40 8140 43 233 90 94 358 532 49  
[1000] 709 84 842 943 67 82 64 9304 433 27 54 97  
603 794 987

10009 240 79 435 554 89 [5000] 93 [5000] 850  
74 134 66 596 [1000] 865 701 924 27 [5000] 1083  
350 83 404 95 895 96 705 651 939 46 82 2002 38 64  
497 753 95 900 918 [1000] 32 3031 154 418 637 824  
4071 112 31 302 99 481 94 524 75 5083 145 302 [5000]  
490 783 92 816 972 8062 105 23 [5000] 71 243 68  
[5000] 406 45 62 678 814 86 967 7120 306 427 [5000]  
66 544 656 808 40 8140 43 233 90 94 358 532 49  
[1000] 709 84 842 943 67 82 64 9304 433 27 54 97  
603 794 987

10009 240 79 435 554 89 [5000] 93 [5000] 850  
74 134 66 596 [1000] 865 701 924 27 [5000] 1083  
350 83 404 95 895 96 705 651 939 46 82 2

Gerichts-Zeitung.

Sonntagsruhezeit in Bäckereien.

Germaun Tich, der Inhaber des großen Warenhauses, betreibt mit seinem Sohne als Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der früheren Firma Steinide in der Krausenstraße die altbekannte Steinideische Bäckerei. In der Hauptsache dient die Produktion dem Restaurationsbetrieb (Erfrischungsraum) des Warenhauses, auf das im Jahre Ware im Werte von etwa 16000 M. kommt, während für die frühere Kundschaft Steinides, die man sich zu erhalten befreit war, ein Umsatz von etwa 4000 M. in Frage kommt. — Am sogenannten „Silbernen Sonntag“ des vorigen Jahres, dem zweiten Sonntag vor Weihnachten, wurden nun noch nach 10 Uhr vor-mittags in der Bäckerei Gefellen beschäftigt, obwohl die Verordnung des Berliner Polizeipräsidenten vom 13. Februar 1909 vorschreibt, daß in Bäckereien den Arbeitern (Gefellen, Gehilfen usw.) an Sonntagen spätestens von 9 1/2 Uhr ab die Ruhezeit zu gewähren ist. Herr Kummrow, als Geschäftsführer der Bäckerei, wurde deshalb wegen Uebertretung der §§ 105b, 146a und 151 der Gewerbeordnung, sowie der erwähnten Polizeiverordnung zu einer Geldstrafe verurteilt.

Er legte Revision ein und stützte sich hauptsächlich darauf, daß an jenem Sonntage nach 9 1/2 Uhr lediglich für den Bedarf des Warenhauses gebacken worden sei. Es handle sich somit um einen Teil des Warenhausbetriebes, und da dieser an jenem Sonntag um die fragliche Zeit gestattet gewesen sei, so hätte auch die Bäckerei für das Warenhaus (Erfrischungsraum) tätig sein dürfen.

Das Kammergericht verwarf dieser Tage die Revision des Angeklagten mit folgender Begründung: Das Rechtsmittel scheiterte an der Feststellung, daß die Bäckerei kein bloßer Bestandteil des Warenhausbetriebes sei, weil sie etwa ein Fünftel ihres Produkts an die frühere Kundschaft Steinides liefere. Sie sei somit als selbständiger Bäckereibetrieb anzusehen und die Vorschriften der Verordnung des Polizeipräsidenten in Verbindung mit denen der Gewerbeordnung fänden auf sie Anwendung. Die Bestrafung sei mit Recht erfolgt, auch wenn an jenem Sonntag nach 9 1/2 Uhr nur für das Warenhaus gearbeitet worden wäre.

Zwei Schwestern werden für Brüder erklärt.

Daß Ben Aliba mit seinem berühmten Ausspruch, wie schon so oft, völlig im Unrecht ist, beweist eine kaum glaubliche Affäre, welche soeben das Amtsgericht beschäftigt hat. Auf einen an den Regierungspräsidenten gelangten Antrag hin erfolgte auf Anordnung des Amtsgerichts die gleichzeitige Geschlechtsumwandlung zweier Geschwister, ein Fall, welcher in der an Merkwürdigkeiten ohnehin so reichen Geschichte sexueller Zwischenstufen vereinzelt dastehen dürfte. Es wurde in dem standesamtlichen Geburtsregister bemerkt, daß die 16jährige Luise L. von jetzt ab Ludwig L., die 15jährige Gertrud L. von jetzt ab Gerhard heißt. Beide Geschwister fühlten seit längerer Zeit, daß die weibliche Kleidung und Erziehung, die ihnen bisher zuteil geworden war, ihrem wahren Wesen nicht entsprechend sei. Namentlich, als vor einiger Jahren Stimmwechsel bei ihnen eintrat und Lehrer und Mitschülerinnen sie wegen ihres tiefen Organs verspotteten,

fühlten sie sich in der Mädchenschule so unglücklich, daß ihnen jede Freude am Leben vergällt und jedes unbefangene Auftreten in der Öffentlichkeit unmöglich wurde. Sie fühlten sich auch nur zu männlichen Berufen hingezogen; die ältere wollte Kaufmann, die jüngere Seemann werden. Schließlich war die Infkongruenz zwischen Sein und Schein, zwischen ihrem wirklichen und ihrem anerzogenen Geschlecht so groß, daß die jungen Leute zu Selbstmordgedanken kamen. Erst durch einen Zufall kamen die Eltern der beiden Pseudo-Mädchen auf den Gedanken, sich endlich durch ein Gutachten eines Spezialarztes Klarheit zu verschaffen. Von den Ärzten Dr. Magnus Hirschfeld und Dr. Ivan Bloch wurde auch begutachtet, daß es sich tatsächlich um einen Fall der ertümelichen Geschlechtsbestimmung handele. Die Eltern ließen daraufhin durch den Rechtsanwalt Dr. F o n t h e i m den Antrag stellen, die Umwandlung der Namen in dem Geburtsregister vornehmen zu dürfen, dem nunmehr stattgegeben worden ist. Die beiden nunmehr zu dem „starken Geschlecht“ zählenden „Mädchen“ haben sofort durch Haarschnitt und Umkleidung auch ihren äußeren Menschen umgewandelt.

In dem Ehetrennungsprozeß der Frau von Schönebeck

stand gestern vor der 14. Zivilkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsrats K r o z e t der erste Termin. Bekanntlich hat der Ehemann der Frau von Schönebeck A. D. Weber eine Klage auf Nichtigkeitserklärung der Ehe angestrengt, nachdem sich die Eheleute im August d. J. getrennt hatten. Vor Gericht machte der Vertreter Webers geltend, daß die Ehe deshalb für nichtig zu erklären sei, weil Frau v. Sch. zur Zeit der Eheschließung am 19. Januar 1910 geschäftsunfähig gewesen sei, wie aus dem Gutachten des Medizinalrats Prof. P u p p e -Königsberg, Professor Maier-Königsberg, Medizinalrats L e y p m a n n und des Gerichtsarztes Dr. Marg hervorgehe. Vom Rechtsanwalt Dr. P u p p e wurde als Vertreter der Frau v. Schönebeck erklärt, daß diese den klägerischen Anträgen nicht widerspreche. — Das Gericht beschloß die Vormundschaftsakteu beizuziehen und, falls aus diesen die von dem Kläger behaupteten Tatsachen nicht hervorgehen, neue Gutachten einzufordern.

Nachwehen vom Parkettbodenlegerstreik.

Streikbrechern gemachte Unternehmerversprechen, die aber nicht gehalten wurden, beschäftigten gestern die 4. Kammer des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Gerth. Sechs italienische Arbeiter, die durch den Handelsattaché bei der italienischen Botschaft, den Professor Dr. Labriola, vertreten wurden, klagten gegen den Vorstehenden A. Wagner vom Verein der Berliner Parkettgeschäfte. Die Kläger waren durch den genannten Unternehmerverein während des letzten Parkettbodenlegerstreiks nach Berlin gelockt worden. Ja, der Unternehmerverband schloß sogar mit ihnen einen Vertrag, durch welchen er sich verpflichtete, die Kläger ein ganzes Jahr lang im Berliner Parkettbodenlegergewerbe zu beschäftigen. Die Kläger wurden der Firma Christian Beder Söhne zugewiesen, die damals die Ausführung der Bodenlegerarbeiten in den Sälen der Firma Wertheim übernommen hatte. Die Firma C. Beder Söhne, die dem Unternehmerverband angehöre und sich diesem gegenüber verpflichtet hatte, den von der Arbeiterchaft unterbreiteten Tarif nicht anzuerkennen, fand jedoch nicht genügend Arbeitswillige, um ihren Verpflichtungen gegen die Firma Wertheim nachzukommen. Zudem weigerten sich die übrigen Bauarbeiter, mit den von der tariffreudlichen Parkettfirma gebungenen Arbeitswilligen zusammen zu arbeiten. Das hatte zur

Folge, daß die Firma Wertheim ihren Auftrag an die Firma Christian Beder Söhne annullierte und die Ausführung der Bodenlegerarbeiten in eigener Regie übernahm. Die Firma Beder Söhne entließ nunmehr auch ihre italienischen Arbeitswilligen, denen persönlich gegenüber sie eine Verpflichtung, sie auf ein Jahr zu beschäftigen, auch gar nicht eingegangen war. Wie der Beklagte betonte, hätte sie diese Verpflichtung nur gegenüber dem Berufsverein der Parkettgeschäfte übernommen. Die Kläger sind nun eine ganz geraume Zeit arbeitslos gewesen und forderten pro Mann und Tag der Arbeitslosigkeit 5 M. Entschädigung.

Der Beklagte erkannte die Forderungen an sich als berechtigt an, bestritt aber die Passivlegitimation. Nicht er, sondern der Berufsverein der Parkettgeschäfte sei zu verklagen, da er nur in dessen Auftrage gehandelt habe. Des weiteren wandte er Unzuständigkeit des Gewerbegerichts ein.

Das Gewerbegericht sah sich außerstande, den Klägern zu helfen; es erklärte sich für unzuständig und empfahl dem Vertreter der Kläger, bei dem ordentlichen Gericht gegen den Berufsverein der Berliner Parkettgeschäfte zu klagen.

Drei „Straßenräuber“ standen gestern vor den Schranken des Schwurgerichts am Landgericht Berlin I. Die auf jäheren Raub lautende Anklage richtete sich gegen den Maschinenführer Georg F i n n e r, den Arbeiter Ernst Bräm und den Schlosser Hugo B o e l l e l. Alle drei Angeklagte stehen im Alter von 23 Jahren.

Die Angeklagten sahen am Abend des 21. September in einer italienischen Weinstube in der Beustelstraße und lernten dort den Schweizer Dalbritter kennen. Man geckte zusammen und die Angeklagten merkten bald, daß dieser ein wohlgefülltes Portemonnaie mit sich führte. F i n n e r hat dann, wie die Geschworenen als erwiesen anahen, den Plan ausgeheckt, den S. zu berauben. Man machte noch eine Bierreise durch verschiedene Lokale, doch bot sich lange keine günstige Gelegenheit, den Plan auszuführen. Endlich war in der Duffenstraße am Kanal der Augenblick zur Tat gekommen: Dalbritter wurde zu Boden geworfen und ihm sein Portemonnaie mit 40 M. Inhalt entrisfen. Er hat schließlich sein Geld wiederbekommen, denn Bräm, der in fester Stellung war und dem die Tat nachträglich leid tat, hat dafür gesorgt, daß der Beraubte den Verlust ersetzt bekam. Auf Grund des Wahrspruches der Geschworenen, die die Schuldfragen nach schwerem Raub bejahten, wurde F i n n e r zu 3 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, Bräm zu 1 Jahr 6 Monaten, Boellcl zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Eingegangene Druckschriften.

Soeben ist im Verlag von J. G. B. Dieck Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart erschienen: Das großindustrielle Beamtentum. Eine gewerkschaftliche Studie von Richard W o l d t. 17. Bändchen der Kleinen Bibliothek. 118 Seiten. Preis broschiert 75 Pf., gebunden 1 M. Vereinspreis 50 Pf. Der Verfasser behandelt die großindustrielle Angestelltenbewegung vorwiegend als industrielles Organisationsproblem. „Es kam mir darauf an,“ fährt der Autor in dem Vorwort aus, „die Stellung der Industriebeamten zum Betrieb, zum Arbeiter und zum Unternehmer aus der Struktur der großindustriellen Arbeitsorganisation heraus verständlich zu machen. So sind denn auch die Organisationsfragen verhältnismäßig breit angelegt, um die Probleme herauszuarbeiten, die speziell den Arbeitergewerkschaften an der ganzen Industriebeamtenbewegung interessieren.“ Was hat Deutschland eigentlich Kolonien? — Wie es einem Deutschen in einer deutschen Kolonie erging. 1 M. — G. Reinold, Berlin W. 30. Was können Herzkranken zu ihrer Genesung tun? Von Sanitätsrat Dr. W a g n e r s e l d. Preis 1 M. D. Goblitz, Berlin W. 30.

Gegründet 1867



Zentrale und Versand: Jerusalemer St. 32-35 Ecke Leipziger Strasse

- Potsdamer Strasse 2
Friedrich-Strasse 75
Tauentzien-Strasse 19a
König-Strasse 25-26
Schöneberg, Hauptstr. 146
Rixdorf, Bergstr. 25-26
Rosenthaler Strasse 5
Charlottenburg
Wilmsdorfer Strasse 45

Neu eröffnet: Oranien-Strasse 161 Gr. Frankfurter Str. 123

12.50 Spezial-Verkauf: Tauentzien-Strasse 7b

Stiefel mit Doppelsohlen

Stiefel mit Korkboden, Stiefel mit Woll-, Katzenfell- und Lammfellfutter

Herren:

- Preiswerter Boxcalf-Schnürstiefel mit extra starken Sohlen und Derbysohlenschnitt, in beliebiger moderner Form 10 50
Eleganter Boxcalf-Schnürstiefel mit besonders kräftigen Doppelsohlen und Derbysohlenschnitt in halbbreiter Modeform, Goodyear-Welt-Ausführung 12 50

Damen:

- Eleganter Boxcalf-Schnürstiefel mit starken Doppelsohlen, mit oder ohne Derbysohlenschnitt in breiter amerikanischer Form 12 50
Preiswerter Boxcalf-Schnürstiefel, warm gefüttert, in bequemer Form, mit halbhohem Absatz, sehr beliebter Winterstiefel 12 50

Viele Arten praktischer Schnallen-Stiefel

in Filz mit Filz- u. Ledersohle, Filz m. Lederbesatz u. starken Ledersohlen u. Absatzfleck. Imit. Kamelhaarstoff-Schnallenstiefel. Tuch-Schnallenstiefel mit Ledersohle u. Absatzfleck. Chevreau-Schnallenstiefel mit Friesfutter. Chromleder mit Molton- oder Friesfutter und Absatzfleck.

Preiswerte Tanz-Schuh-Neuheiten

Phantasie- und Luxus-Schuhe für Damen aus Paris und Wien. Elegante Abendschuhe. Feine Stickerei- und Atlas-Schuhe in fast allen Farben. Gold- und Silber-Brokat-Schuhe. Chevreau-Schuhe in Gold und Silber. Schwarze Samkalb- und Atlas-Schuhe mit und ohne Stickerei. Lackschuh-Neuheiten.

Elegante Herren-Lack-Stiefel in neuen Formen

in den feinsten Ausführungen, mit verschiedenartigen Leder- und auch Tuch-Einsätzen
Mark 12 50 Mark 15 50 Mark 18 00

Derbe Kinder-Stiefel in breiten Fassons

25-27 4 50 28-30 5 50 31-35 6 50 und 25-27 5 50 28-30 6 50 31-35 7 50

Haupt-Preislagen für moderne Herren- u. Damen-Stiefel

8 75 10 50 12 50 15 50 18 00



# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1239. Geschäftstr. 3. Hof III. Amt 3, 1987

Montag, den 20. November 1911, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4:

## Versammlung der Metalldrücker Berlins u. Umgegend.

**Tagesordnung:**  
1. Vortrag des Genossen Dr. Moses: „Kulturbilder aus Deutschland.“ 2. Diskussion. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten. 120/7  
Das Erscheinen aller Kollegen wird erwartet.

Montag, den 20. November 1911, abends 6 Uhr, in Graumanns Festsälen, Naunynstr. 27:

## Versammlung aller in Metallgießereien Berlins u. Umgegend beschäftigten Former und Berufsgenossen.

**Tagesordnung:**  
1. Jahresbericht des Branchenvertreter. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Agitationskommission und des Branchenvertreter. 4. Verbands- und Branchenangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreicher Besuch wird erwartet!

Montag, den 20. November 1911, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

## Branchen-Versammlung aller in der Eisenmöbelbranche beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.

**Tagesordnung:**  
1. Vortrag des Genossen Arbeitersekretär Richard Peterhansel: „Was bringt uns die Reichsversicherungsordnung?“ 2. Bericht der Kommission. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Kollegen und Kolleginnen folgender Firmen: Karl Schulz, Gustav Liepe, Paul Neve, Lewald, Schöngraff, Amerik, Metallbetriebe-Fabrik, H. Pech, Lenz, Karl Seiffert, Kunze, Reinhold Noths, Kaspari-Harlenfelde, Groth & Brand, Förster & Schulz sind ganz besonders eingeladen.

**Metallarbeiter - Notiz - Kalender**  
für das Jahr 1912 sind erschienen und im Bureau sowie bei den Bezirkskommissionen zum Preise von 60 Pf. pro Stück zu haben. Besgl. ist erschienen: „Die Arbeitszeiten in der Eisen- und Metallindustrie Deutschlands“ zum Preise von 50 Pf. pro Exemplar. Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin. Bezirk Südwesten.

Samstag, den 19. November: Besichtigung der Arbeiterwohlfahrts-Ausstellung in Charlottenburg, Frauenhoferstr. 11/12. Treffpunkt um 1/2 Uhr am Anle. Anfang 1 Uhr.

## Achtung! Lehrlinge u. jugendliche Arbeiter der Holzindustrie!

Sonntagnachmittag von 3-8 Uhr abends ist der Arbeitslosenklub im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, als Lesesaal für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter geöffnet. Sämtliche Bücher und Zeitschriften der Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus. Auch stehen den Besuchern Unterhaltungsfilme zur Verfügung. Um 6 Uhr: Vortrag. Die Vertrauensmänner werden gebeten, die Lehrlinge auf den Besuch des Lesesaals aufmerksam zu machen.

## An alle in der Schirm-, Stok- u. Kammbbranche beschäftigten Arbeiter!

Sonntag, den 19. November 1911, abends pünktlich 6 Uhr: Branchen-Versammlung in den Mitterfälen (Zahl Verh.), Mitterstr. 75.

**Tagesordnung:**  
Vortrag der Genossin Fräulein Gertrud Hanna über: „Die wirtschaftliche Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaft.“

Nachdem: Gemütliches Beisammensein und Tanz. Diese Versammlung ist für sämtliche Kollegen nebst Frauen einberufen. Die Branchenleitungen.

## Achtung! Verkehrsarbeiter! Achtung!

Sonntag, den 19. November, mittags 12 Uhr: Öffentliche Versammlung für alle im Verkehrsgewerbe beschäftigten Arbeiter bei Graunwald, Memeler Str. 67 (früher Litzin).

Herr Schriftsteller L. Zempelburg aus Hannover spricht über: „Poesie und Prosa im modernen Verkehrs-wesen.“ Preis Diskussion. — Auch die Frauen sind willkommen! 88/6 Der Einberufer: Joh. Miller, Radfahrer Str. 3.

**Arbeiter haben für ihren Beruf gute und billige Kleidung in großer Auswahl Brunnenstr. 158, Otto Heinicke.**

# BEI S. GOTTlieb



G. m. b. H. Rosenthaler Strasse 54!

## Herren- u. Damen-Garderoben

Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft!  
Herren - Ulster 26 M., 34 M., 48 M., 56 M., Anzahlung v. 7 M. an  
Eleg. Paletots 19 M., 24 M., 30 M., 40 M., Anzahlung v. 5 M. an  
Modern. Jackett-Anzüge 18 M., 25 M., 36 M., Anzahlung v.  
Rock- u. Gesellsch.-Anzüge 44 M., 52 M., 59 M., 4 M. an

**DAMEN** - Mäntel in Samt, Püsch, Velours  
- Kostüme, das Neueste der Saison  
- Röcke, Kleider, Blusen und Wäsche.  
Schuhwaren für Damen, Herren, Kinder  
Möbel und ganze Ausstattungen  
**AUF KREDIT**

Einzel-Käufer erhält ein reizendes Geschenk! Neu aufgenommen: Grammophone

## Orts-Krankenkasse Lichtenberg.

Einladung zur Ordentl. General-Versammlung

der gewählten Vertreter der Ortskrankenkasse Lichtenberg am Mittwoch, den 29. November 1911, abends 8 Uhr.

im Lokale des Herrn J. Ertelt, Lichtenberg, Pfarrstr. 74.

**Tagesordnung:**  
1. Wahl für die am 31. Dezember 1911 auslaufenden Vorstandsmitglieder in getrennter Wahlhandlung und zwar:  
a) aus den Reihen der Arbeitgeber für die Herren Schäfer und Ertelt;  
b) aus den Reihen der Arbeitnehmer für die Herren Hoff, Meißner, Sedow und Krause, für die Amtsperiode bis zum 31. Dezember 1913. 181/18  
2. Wahl einer Rechnungsprüfungskommission zur Prüfung der Jahresrechnung 1911.  
3. Vorlegung des Etats für das Geschäftsjahr 1912.  
4. Kasseeingangsberichte.  
Der Vorstand, D. Seifert, Vorsitzender.

## Monats-Garderobe!

Die besten Winter-Paletots und 3-400 getragene Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, sowie von Kavaliere getragen, fast neue Sachen (a. Erde), für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffen billigen Preisen. 1 Tr., deshalb billiger wie im Laden. Wassortor-Hirsch Kieferbaum, Straße 12/13 1

## Pelzwaren

Einzelverkauf zu Fabrikpreisen. Stolas u. Muffen vom einfachsten bis elegantesten Spezialverkauf. Best. Ersatz f. Skunks. Nur eigene Fabrikat.

B. Kleinmann Sonntags geöffnet! 18. Münstr. 18. Nur 1 Troppo.

## Orts-Krankenkasse

der Buchbinder u. verw. Gewerbe zu Berlin.

Dienstag, den 28. November, abends 8 Uhr:

## Ordentliche General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1.

**Tagesordnung:**  
1. Belesen des Protokolls der Generalversammlung v. 25. April cr.  
2. Vorstandsbericht (3 Arbeitnehmer, 4 Arbeitgeber). 281/13  
3. Wahl der Rechnungsprüfungskommission zur Prüfung der Jahresrechnung für 1911.  
4. Beschlußfassung über die Regelung der Gehälter für die Angestellten nach den Beschlüssen des Dresdener Verbandes.  
5. Verschiedenes.  
K. Gottesmann, Vorsitzender.  
F. Kesse, Schriftführer.  
Herner machen wir bekannt, daß vom 1. Januar 1912 ab die Bureauarbeiten Sonnabends, abends von 6-8 Uhr, in Begleit kommen, und ist das Bureau während dieser Zeit nicht mehr geöffnet.  
Der Vorstand.

## Orts-Krankenkasse

der Kupferschmiede.

Sonntag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr, Rosenthaler Str. 11/12:

## General-Versammlung

Tagesordnung siehe überfandte Einladung des Vorstandes. 281/19

## Orts-Krankenkasse für Pankow.

Montag, den 27. November cr., abends 8 Uhr:

## General-Versammlung

der Vertreter der Kassemitglieder und der Arbeitgeber im Restaurant von Rozycki, Pankow, Kreuzstr. 3/4.

**Tagesordnung:**  
1. Belesen des Protokolls der letzten Generalversammlung.  
2. Bericht über die 18. Jahresversammlung des Verbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich.  
3. Ergänzungswahl des Vorstandes: 1 Arbeitnehmer.  
4. Wahl von drei Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung.  
5. Anstellung des Hilfsarbeiters Gerhardt.  
6. Die Beschlüsse der 18. Jahresversammlung von Ortskrankenkassen in der Zeitloertragsfrage.  
7. Bewilligung einer Funktionszulage an den 2. Expedienten.  
8. Anträge, welche mindestens fünf Tage vor der Generalversammlung beim Vorstand eingereicht sind.  
9. Verschiedenes. 281/16  
Als Legitimation gilt die von der Kasse angeforderte Einladung. Pankow, den 18. November 1911.  
Der Vorstand, Otto Risemann, Vorsitzender.

## Orts-Krankenkasse der Hand Schuhmacher und verwandten Gewerbe.

General-Versammlung der Mitglieder am Sonntag, den 26. Nov., abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant von Gohs, Rosenthaler Straße 57.

1. Wahl von 21 Delegierten für 1912. 2. Verschiedenes.

## General-Versammlung

der Delegierten. 1. Vorstandswahl: zwei Arbeitnehmer, ein Arbeitgeber. 2. Wahl der Revisoren für das abgelaufene Rechnungsjahr. 3. Verschiedenes.

Der Vorstand, G. Schmidt, Vorsitzender.

## Gemeinsame Orts-Krankenkasse

für Königs-Wusterhausen und Umgegend.

Zu der am Sonntag, den 26. November cr., nachmittags 4 Uhr, im Pfuhl'schen Hotel hier selbst stattfindenden Ratienmahligen

## General-Versammlung

werden die gewählten Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeladen.

**Tagesordnung:**  
1. Wahl des Ausschusses für die Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres.  
2. Nach der Versammlung Vortrag des Herrn Dr. Braun-Berlin, Spezialarzt für Heilmittellehre über: Chronische Gelenke und ihre soziale Bedeutung. Hierzu haben alle Mitglieder Zutritt und wird um zahlreichem Besuch gebeten. 281/15

Der Vorstand, H. Griesing, Vorsitzender.

## Orts-Krankenkasse der Klempner.

Am Sonntag, den 26. November 1911, vormittags 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1, die

## General-Versammlung

der Vertreter der Kassemitglieder und Arbeitgeber unserer Kasse statt.

**Tagesordnung:**  
1. Belesen der Protokolle.  
2. Wahl von 4 Vorstandsmitgliedern (3 Arbeitnehmer, 1 Arbeitgeber).  
3. Wahl des Rechnungsausschusses.  
4. Bericht vom Vorstand der Ortskrankenkassen Deutschlands.  
5. Verschiedenes. 156/15

Der Vorstand.

## Ortskrankenkasse der Bureauangestellten zu Berlin.

Zu der am Montag, den 27. November, abends 8 1/2 Uhr, in den „Münsterläden“, Kaiser-Wilhelm-Strasse 18m, Hof parterre, stattfindenden

## Generalversammlung

werden hiermit die für das Jahr 1911 gewählten Vertreter der Kasse eingeladen.

**Tagesordnung:**  
1. Geschäftliche Mitteilungen.  
2. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1911.  
3. Genehmigung einer Teuerungszulage für die Angestellten.  
4. Vortrag des Herrn Geheimrat Professor Dr. Bringer über Hydrotherapeutische und physikalische Behandlung der Kassemitglieder.  
5. Wahlen von Vorstandsmitgliedern.  
Berlin, den 18. November 1911.  
Der Vorstand, 281/17  
R. v. Bauer.

## Berichtigung.

In der am Sonntag, den 12. November, erschienenen Nummer des „Vorwärts“, betreffs Ortskrankenkasse der Handwerker, muß es heißen:

Ortskrankenkasse der Handwerker zu Spandau.

## Stoffe

Beste, g. Anzug, Paletot Str. 3.- 27. Loden für Herren Str. 1.50, 2.50. Tuchinger Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Patrikirche.

**OXO**  
Der Sieger im Weltfluge um die Gunst des Publikums ist der OXO Bouillon-Würfel der Comp. LIEBIG. Hauptvorteile: Schnellste und bequemste Verwendung. Preis 5 Pfg.

## Glas-Christbaumschmuck

Von meiner wert. Kundschaft dieses Jahr etwas ganz Hervorragendes zu bieten, versende ich ein noch nie dagewesenes Reklamesortiment, enthaltend viele neu gesch. Nonnen, 545 Stück, bis 9 cm groß, echt versilberte Blumenreflektoren, Kugeln, Rosenkugeln, Glockengeläute, Trompeten, Silbertraube, Schiff m. Schutzengel, herri. umspannende Phantasiesachen, Diamantfrüchte, Hirsch im Walde usw. Ferner als ganz besondere Neuheit, die von anderer Seite nicht geboten werden kann, in Glas kunstlerisch dargestellt, die Märchen am Weihnachtsbaum: Hänsel u. Gretel, Rotkäppchen, Dornröschen u. Aschenbrödel in klassischer sinnreicher Ausführung (je gesch. 1 u. als gross. Ueberraschung Glasfiguren D.R.G.M. wie Zigeunermädchen, Weihnachtsmann, Eule, Tauscher, Pudel u. Katze gez. Einwand v. M. 5.- friso. (Nachh. K. 5.50). Sortiment II: Ein Arrangement 128 Stück d. allerfeinst. vornehmst. u. hochelegant. Silberachen zum selben Preis. Zu jed. Sortiment gebel. grat. Jesukind in Silberkrippe, Silber-Strahlenspitze, hässl. gewund. grüne Paradieschlinge, die leucht. Kose, 20cm hoch, m. Fuss u. Blatt, effektiv. Beleucht. und d. Weihnachtsbaum, Familien-Unterhaltungsspiel (je gesch.) - Für Kinder u. Vereine Extr. sort. v. M. 10.- an 18. Kunst. Ausst. Vorstand in sorgfält. Verpackung u. prima Ware. Man versäume nicht, sich mein reell. Angebots überz. Farbenschmuck a. Stückzahl Garant. Viele Danksch. (Tabr. 22) Carstbaum-Horn, Böhm.-Hannes, schmuckfabr. Ernstthal-Lauscha Wald 22



Die amtlichen Resultate der Stadtverordnetenwahlen.

Endlich ist der Magistrat unserem Verlangen, die amtlichen Resultate der Stadtverordnetenwahlen unter Angabe der auf die einzelnen Kandidaten entfallenen Stimmen bekannt zu geben, nachgekommen. Und interessieren in erster Linie die Zahlen der dritten Abteilung. Das amtliche Resultat weicht nicht erheblich ab von dem von uns mitgeteilten. Wir geben hier das Resultat wieder ohne Angabe der Namen der Kandidaten:

Table with 9 columns: Wahlbezirk, Wahlberechtigte, Abgegebene Stimmen (gültig, ungültig), and various party seats (Frei-, Sozial-, Konser-, sozial-fortschrittlich, Partei, ges. gesplittet).

\*) Ersatzwahl für Herrn Marggraff.

Ueber die Wahlbeteiligung und den Prozentanteil der auf die Kandidaten der Freisinnigen und Sozialdemokraten entfallenden Stimmen gibt folgende Tabelle Auskunft:

Table with 7 columns: Wahlbezirk, Abgegebene Stimmen auf je 100 Wahlberechtigte, and party percentages (freis., Sozialdemokratie, Konser., sozial-fortschrittlich, Partei, Berspl.).

\*) Ersatzwahl für Herrn Marggraff.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Aus Spandau schreibt uns der Inhaber des früher Vöbleichen Lokals, daß von ihm noch niemand eine Unterschrift gefordert habe, er auch eine Unterschrift nicht zurückgezogen haben könne. Die bisherigen Versammlungsräumlichkeiten würden zu einem Tischspiel-Theater umgebaut und seien für Versammlungszwecke nicht mehr brauchbar. Er, der jetzige Inhaber der Lokallisten, besitze nur eine Stehblatthalle, die aber für Versammlungen auch nicht in Frage komme.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 19. November, morgens 8 Uhr, Flugblattverbreitung für den 8., 11. und 12. Bezirk von Loewe, Holzgartenstr. 6, aus. Dienstag, den 21. November, Versammlung bei Loewe, Holzgartenstr. 6.

Zweiter Wahlkreis. Heute abend findet ein Unterhaltungsabend der ersten und zweiten Abteilung bei Nöhle, Dennewitzstr. 13, statt. Mitwirkende: Turnverein Fichte (Schöneberg, Jugendabteilung) und Humor-Quartett. Der Vorstand.

Vierter Wahlkreis. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß vom Wahlverein zwei Theaterabende in Römers Festsaal, Kopenstr. 29, veranstaltet werden. Es gelangt zur Aufführung: am Sonnabend, den 25. November: Der Graf von Luxemburg; am Sonnabend, den 2. Dezember: Die Volkprinzeßin. Billetts a 50 Pf. sind bei den Bezirksführern und im Wahlvereinsbüro zu haben. Nach der Vorstellung Tanz. Die Saalühren bleiben während der Vorstellung geschlossen. Der Vorstand.

Sechster Wahlkreis. Zu der am Sonntag, den 19. November, vormittags 10 Uhr, stattfindenden Urania-Vorstellung sind noch Billetts zu haben bei den Abteilungsleitern und im Wahlbüro, Neue Hachtstr. 23, sowie am Sonntag vor der Vorstellung in der Urania. Zur Aufführung gelangt: Von Meran zum Oetler. Der Vorstand.

Sechster Wahlkreis. Sonntag, den 19. November, früh 8 Uhr: Sonderzeitungsverbreitung in der 13., 14., 16., 21. und 22. Abteilung. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich in den Bezirkslokalen einzufinden. Der Vorstand.

Charlottenburg. Am Sonntag, den 19. November, hält die vierte Gruppe im kleinen Saale des Volkshauses einen gemütlichen Unterhaltungsabend ab. Anfang 6 Uhr. Die Genossen werden um recht zahlreiche Beteiligung gebeten.

Treptow-Baumgartenweg. Wir machen die Genossen auf das heute abend im „Spreegarten“ stattfindende Stiftungsfest aufmerksam. Billetts a 50 Pf. inklusive Tanz sind bei den Bezirksführern und im Lokal zu haben. Das Komitee.

Mariendorf. Am Sonntag, den 19. November, mittags 2 Uhr, findet auf dem Grundstück gegenüber Preuß. Kurfürstenstr. 44, eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel statt. Thema: „Die Sünden des alten Reichstages und die Aufgaben des neuen Reichstages.“ Referent: Genosse Barth. Bei ungünstigem Wetter wird die Versammlung im Saale von Preuß abgehalten. Die Genossen wollen für die Verammlung rege Propaganda entfalten. Am Montag, den 20. November, abends 8 Uhr, in allen Bezirkslokalen: Extra-Bezirksabend mit wichtiger Tagesordnung. Der Vorstand.

Adlershof. Morgen Sonntag, den 19. November, vormittags 9 1/2 Uhr, außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins im Lokale des Genossen R. Kaul, Bismarckstr. 16. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Johannisthal. Sonntag, den 19. d. M., findet eine Besichtigung der Konsumanlagen in Lichtenberg statt. Teilnehmer treffen sich Sonntagvormittag 9 Uhr beim Genossen Arner, Kaiser-Wilhelm-Str. 48.

Widau-Hohertshöhe. Am Dienstag, den 21. d. M., abends 7 Uhr, findet im Lokale des Herrn Heiser eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage und die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Reichstagsabgeordneter Fritz Zubeil. Die Genossen treffen sich Montag abend im Bezirkslokal zur Flugblattverbreitung.

Friedersdorf (Kreis Beetzow). Sonntag, den 19. November, nachmittags 3 Uhr, findet auf dem Grundstück des Herrn Julius Wieland hier selbst eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel statt. Referent: Genosse Kläh. Die Genossen der Umgebung werden ersucht, für zahlreichen Besuch der Volksversammlung zu agieren.

Vorhagen-Kummelsburg. Die Besichtigung der Genossenschaftsanlagen findet am Sonntag, den 19. d. M., vormittags von 10 bis 12 Uhr statt. Die Genossen treffen sich in ihren Bezirkslokalen und gehen um 10 Uhr direkt nach Lichtenberg, Rittergutstr. 22/26. Die Bezirksleitung.

Tegel. Morgen Sonntag, den 19. d. M., Besichtigung der Bäckerei der Berliner Konsumgenossenschaft. Treffpunkt Endhaltestelle der Berliner Straßenbahn, Hauptstr. Abfahrt 9 Uhr vormittags mit der Linie 26.

Spandau. Morgen Sonntag, früh 8 Uhr, findet von allen Bezirkslokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Potsdam. Sonntag, vormittags 8 Uhr, von den Bezirkslokalen aus: Flugblattverbreitung zur Stadtverordnetenwahl.

Berliner Nachrichten.

Herbst im Grunewald.

In der Sonnenglut des verflorenen Sommers ist vielen die Lust am Wandern verleidet worden, im rauhen Herbst ist sie wieder auferstanden. Was schießt der rieselnde Regen, den die Baumkronen zum größten Teil abfangen, wenn die Weine unter dem schützenden Mantel kräftig ausgreifen und eine angenehme Wärme die Glieder durchzieht! Und der Wald ist schöner geworden als er in den Hundstagen war.

Die kleinen Gänseblümchen, die bei uns, die wir die Sägeglockchen nur als Pflanze kennen, den Frühling einleiten, sie sind auch die letzten Blüten, die uns aus grünem Grase an offenen Stellen grühen, bis der Frost sie erstarren läßt. Ueber ihnen sind die Laubkronen kahl geworden, aus denen der Herbstwind uns die letzten Blätter vor die Füße wirbelt. Aber damit ist wieder dem Lichte der Durchgang erleichtert, den sonnenhungrige Laubblätter ihm abknippen. Auf trübe Tage, an denen sich gewaltige, dunkle Wolkenklumpen drohend über den Himmel wälzen oder ein einfarbig graues Regenzelt ihn überspannt, folgen andere, an denen uns freundliche Blüde eines mildwarmen Sonnenlichtes treffen, das sich von Zeit zu Zeit zwischen den Spalten des Regendvorhangs hindurchsticht.

Der Wechsel vom Herbst zum Winter, der in Gegenden mit vorherrschendem Laubholzwuchs so auffällig ist, ändert wenig unter unseren Kiefern. Sie stehen da wie sonst und daß ihre Kronen um einen Schatten dunkler werden, ist kaum bemerkbar. Aber der draungehörte Boden ist ergrünt; beim Herannahen des Winters hat er die Farbe des Lebens angenommen.

Es ist ein billiges Vergnügen, das leider auch gefesselte Leute sich nicht versagen, von den „dürftigen Kiefern“ des Grunewaldes zu reden und so zu tun, als ob jemand, dem großartige Bergwälder erreichbar sind, in unseren bescheidenen Forsten keine Befriedigung finden könnte. Das ist der Standpunkt jener Leute, die die Rätsel und Schönheiten einer Natur nur erfassen können, wenn sie sich ihnen so aufdrängen, daß sie sich ihnen nicht entziehen können. Sie bleiben teilnahmslos, wenn ihnen die Fähigkeit fehlt, ihre Aufnahmefähigkeit auf bescheidenere Landschaften einstellen zu können, wenn sie ihre Wunder erst suchen müssen, obwohl der Wald voll von diesen Wundern ist auf Schritt und Tritt. Aber diese Kiefern haben ihre Freunde, die gern unter den schlanken Bäumen wandern, in deren Kronen es oben so wundersam rauscht, an deren Stämmen Tischlagen mit uns Versteck spielen, Spechte und ihre Weisen hämmern, kleine Spechtmeisen kopf-auf-kopf-abständig die Rindenspalten abhauen, und deren rissiger Grund ein rätselvoller Anflug winziger grüner Algen und grauer Flechten bedeckt. Auf und ab geht der Weg, an tiefen Mooren vorbei und Seen, bis er schließlich am hohen Havelufer seine Krönung findet in jenen oft geschilderten Landschaftsbildern, die doch immer von neuem fesseln, so oft man die jogenben Höhen, die stolzen Schwäne, das vergilbende Schilf vor der geruhigen weiten, leise gekräuselten Wasserfläche mit den blauchwarzen Waldbrändern dahinter auch schon gesehen haben mag. Darin aber erprobt sich das Schöne auch in der Landschaft, daß man seiner niemals überdrüssig wird.

Es ist eine gute Zeit jetzt, in freien Stunden durch den kühlen Wald zu wandern, der Vergangenheit zu denken und dessen, was wohl kommen mag, und sich dennoch der Natur zu freuen, wie sie sich uns eben bietet auf Schritt und Tritt.

Eine Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften verbunden mit einer Ausstellung von Wandschmuck findet, wie alljährlich, im Gewerkschaftshaus statt. Von Sonntag, den 19. November, bis Sonnabend, den 3. Dezember, befindet sich die Ausstellung im Kusstellungsraum (Eingang B), von Sonntag, den 10. bis einschließlich Sonntag, den 17. Dezember, im Saal III. Die Ausstellung im Kusstellungsraum ist Sonntags, Mittwochs und Sonnabends von 6-9 Uhr geöffnet, die spätere Ausstellung im Saal III wird täglich von 8-9 Uhr geöffnet sein.

Ist eine Gartenlaube eine bauliche Anlage? Das Landgericht Berlin I hatte den Kolonisten Schanz von der Anlage, durch Errichtung einer Gartenlaube eine bauliche Anlage ohne erforderliche polizeiliche Genehmigung errichtet zu haben, freigesprochen. Es nahm an, daß die Laube keine bauliche Anlage sei.

Das Kammergericht hob aber das Urteil auf und verwies die Sache zu anderweiter Entscheidung an die Vorinstanz zurück. Begründend wurde ausgeführt: Entscheidend für den Begriff der baulichen Anlage wäre, ob das fragliche Gebäude entweder fest in der Erde fige oder infolge der eigenen Schwere ziemlich fest auf dem Erdboden ruhe. In der Regel werde ja die Verbindung mit dem Erdboden die Voraussetzung sein. Es könne aber auch eine bauliche Anlage angenommen werden, wenn solche Verankerung in der Erde nicht gegeben sei.

das Gebilde aber nicht ganz ohne Mühe von der Stelle entfernt werden könne. Ob eine der Voraussetzungen hier vorlag, müsse nun nachgeprüft werden.

Mißhandlung eines Kindes

wird einer Frau Romantowski nachgesagt, die seit Oktober dieses Jahres im Hause Lange Straße 44 wohnt und bis dahin im Hause Holzmarktstraße 26a gewohnt hatte. Frau R., die eine Eheverlassene sein soll, hat zwei Kinder, ein Mädchen von neun Jahren und ein Mädchen von vier Jahren. Nur für das ältere Kind war ihr von der Stadt eine Unterstützung bewilligt worden. Das jüngere ist ihr jetzt plötzlich durch den Waisenrat unter dem Vorwand der Polizei aus der Wohnung herausgeholt und dem Waisenhaus in der Alten Jakobstraße übergeben worden, weil gegen die Mutter der Verdacht besteht, daß sie das Kind mißhandelt habe. Die Beschuldigung, daß Frau R. in unzulässiger und übermäßiger Weise schlage, war schon laut geworden, als sie noch in der Holzmarktstraße wohnte. Mitbewohner des Hauses hörten und sahen da manches, was sie stutzig machte, doch hatte zunächst niemand den Mut, sich hinzumengen. Eine Frau, die als Kind selber Mißhandlungen zu erdulden gehabt hat, war die erste, die gegen Frau R. die Polizei anrief. Das war schon im Januar, aber Frau R. blieb unbeheilig, weil wohl die Polizei keinen Anlaß sah, gegen sie einzuschreiten. Als dann Frau R. nach der Lange Straße gezogen war, fiel auch dort sehr bald wieder auf, daß sie das jüngere Kind häufig und heftig schlug. Die Kleine wurde von ihr regelmäßig nach der Krippe in der Friedenstraße geschickt, aber hier soll lange Zeit niemand etwas Ungewöhnliches an ihr bemerkt haben. In der vorigen Woche schickte sie mehrere Tage in der Krippe, dann kam sie anfang dieser Woche wieder, und nun schloß man Verdacht, weil ihr Gesicht Fieles aufwies, die als Spuren empfangener Schläge gedeutet wurden. Das Kind wurde aus dem Krippe, und eine Besichtigung ergab, daß es auch auf dem Körper eine reichliche Zahl Striemen hatte, die man sich nicht anders als aus Schlägen erklären konnte. Die Leiterin der Krippe unternahm an diesem Tage noch nichts, um eine Aufklärung herbeizuführen. Gleichzeitig hatte aber bereits der zuständige Waisenrat davon Kenntnis erhalten, daß die Mutter beschuldigt wurde, das Kind zu mißhandeln. Mit dankenswerter Echnelligkeit schritt dieser ein. Noch an demselben Nachmittag, wo die Meldung ihm zugeug und das Kind noch in der Krippe war, begab er sich unverzüglich nach der Wohnung der Mutter. Nachdem er sie erst bei einem wiederholten Besuch am Abend angetroffen hatte, besichtigte er das inzwischen aus der Krippe zurückgekehrte Kind und nahm es dann kurz entschlossen mit, um es auf der nächsten Unfallstation durch einen Arzt untersuchen zu lassen. Befestigt wurden Striemen auf dem Körper, im Besonderen auf den Oberarmen, außerdem eine auffällige eiternde Verletzung der Lippen. Nach dem Ergebnis dieser Feststellungen hielt der Waisenrat es für seine Pflicht, das Kind noch an demselben Abend von der Unfallstation sofort in das Waisenhaus zu bringen. Gegen die Mutter ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, und es haben bereits Vernehmungen vor der Polizei stattgefunden.

Das Recht auf Arbeit. In der polizeilichen Verweigerung der Invaliden-Quittungskarte an einen „Rentenempfänger ohne Rente“ (vergl. Nr. 268 des „Vorwärts“) wird uns noch geschrieben: Nach neueren Ermittlungen ist es kein Einzelfall, daß eine Invalidenrente nicht an den Bezugsberechtigten, sondern an ihm verwandte Personen gezahlt wird. So etwas soll vielmehr jetzt ziemlich häufig vorkommen. Polizeilich wurde erklärt, man wolle dadurch vermeiden, daß ein alsbaldigst veranlagter Rentenempfänger seine Rente gleich nach der Abholung an Monatsrenten vertritt. In besonderen Fällen, wo der Nachweis geführt wird, daß der Rentenempfänger mit Geld nicht umzugehen versteht, wird also im Einvernehmen zwischen Polizei, Armenverwaltung und Versicherungsanstalt die Invalidenrente an eine verwandte Person ausgezahlt. Das läßt sich unter der Voraussetzung, daß die Rente nun auch ganz oder doch zum größten Teil im Interesse des Bezugsberechtigten, das heißt des Invaliden, Verwendung findet, immerhin hören. Die Invalidenrente, so gering sie in der Regel ist, soll nicht dazu da sein, um in Alkohol umgesezt zu werden. Nicht zu billigen ist es aber, wie in dem geschilderten Falle, die Rente an die Ehefrau zu zahlen, wenn diese mit dem Rentenempfänger seit Jahren keine eheliche Gemeinschaft mehr unterhält. Der Betreffende hat nunmehr unter diesen Umständen auf seine Riesenrente überhaupt verzichtet, das heißt, er läßt sie der Ehefrau und will dafür sein „Recht auf Arbeit“, also die Invalidenrente. Diese dürfte, nachdem außer in der Presse auch von anderer Seite Beschwerde geführt wurde, in den nächsten Tagen ausgestellt werden. Und dann, nach erfolgter obrigkeitlicher Erlaubnis, arbeiten zu dürfen, beginnt die Lebenswege zweiter Teil, die Arbeitsuche. Recht auffällig ist es übrigens, daß von den städtischen Irrenanstalten in sehr vielen Fällen, in denen Patienten unbedingt noch in erheblichem Maße arbeiten können und ihre Arbeitskraft auch durch Anstaltsarbeit beweisen, die Gewährung von Invalidenrente verweigert wird. Diese paar Pfennige nähren den in die Freiheit Entlassenen wenig oder nichts, wenn dadurch das Recht auf andere ordnungsmäßige und andauernde Arbeit als etwa Handeln mit Streichhölzern, Schlüsseltreten und dergleichen illusorisch gemacht wird. Man sieht hier also wieder mal ganz klar den Pferdeschuh des Rentenparadieses.

Auf den Berliner Polizeibüros wird jetzt folgender, polizeilich getempelter Zettel ausgegeben:

Da eine Invalidenversicherungs-Quittungskarte nur versicherungspflichtigen oder versicherungsberechtigten Personen ausgestellt werden darf, kann einer Person, sofern sie sich nicht durch Vorlegung einer Aufrechnungsbescheinigung über frühere Quittungskarten — als zur Weiterversicherung berechtigt ausweisen kann, eine Quittungskarte nur dann erteilt werden, wenn sie den Nachweis erbringt, daß sie tatsächlich in versicherungspflichtiger Beschäftigung steht oder eine solche wenigstens bei einem bestimmten Arbeitgeber in sicherer Aussicht hat.

Die Ansicht vieler Arbeitsnachweise und Arbeitgeber, daß nur solche Arbeitnehmer beschäftigt werden dürften, die bereits eine Quittungskarte haben, und daß den Arbeitgeber sonst Unannehmlichkeiten treffen könnten, ist durchaus irrig; erst bei der Lohnzahlung hat sich der Arbeitgeber die Quittungskarte zur Beitragsverwendung vorlegen zu lassen.

Die Polizei denkt, und der Arbeitgeber lenkt. Wer dem Arbeitgeber die Quittungskarte nicht von vornherein vorlegt oder gar sofort überläßt, wird einfach nicht eingestellt. Wenigstens wird in außerordentlich vielen, sicher in den meisten Fällen so verfahren.

Die Öffentliche Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, Halberstr. 41, hat in dem soeben abgeschlossenen 12. Betriebsjahre wiederum eine bemerkenswerte gemeinnützige Wirksamkeit entfaltet und eine praktische Bildungsarbeit geleistet, deren Umfang der Tätigkeit vieler hervorragender staatlischer und städtischer Bibliotheken nicht nachsteht. Das neue schmucke Heim und seine vorbildlichen Einrichtungen wurden auch im verflossenen Jahre wieder von zahlreichen Fachleuten des In- und Auslandes, sowie von einer Reihe von gewerkschaftlichen Studienkommissionen eingehend besichtigt.

Nicht weniger als 377 Personen fanden sich durchschnittlich täglich ein, die entweder ein gutes Buch nach Hause entliehen oder an

Ort und Stelle in den Befraglichen Leserräumen geistige Erholung suchen. Die Verwertung ist stets bemüht, den Lesern bei der Auswahl passender Lektüre ratend zur Seite zu stehen. Durch eine täglich wechselnde Ausstellung belehrender Schriften aus allen Wissensgebieten führt sie den Besuchern die Reichhaltigkeit der Bibliothek vor Augen und sucht Anregungen zu nützlichender Lektüre zu geben. Die prompte Abfertigung beim Bücherwechsel, die vermöge der praktischen Einrichtungen und des eigenartigen, durch den Indikator ermöglichten Ausleihsystems sich selbst bei stärkstem Andrang ohne nennenswerten Zeitverlust vollzieht, bezieht jeden Besucher auf das angenehmste und wirbt zu alten Freunden ständig neue.

In der Ausleihbibliothek wurden im 12. Betriebsjahre 68 798 Bände nach Hause verliehen, gegen 70 168 Bände im Vorjahr. Die kleine Minderung der Leselust dürfte auf die außerordentlich hohe und anhaltende Hitze dieses Sommers zurückzuführen sein. In Verlust geraten sind 13 Bände. Von der Gesamtzahl der Entlehnungen entfallen 44 812 Bände auf schöne und 21 984 Bände auf belehrende Literatur. An letzterer Zahl sind die einzelnen Wissensgebiete in folgender Weise beteiligt: Geschichte und Lebensbeschreibungen 4138, Geographie 2962, Naturwissenschaften 4440, Rechts- und Staatswissenschaften, Volkswirtschaft 2883, Gewerbekunde, Technik 2793, Philosophie, Religion, Pädagogik, Sport 2440, Kunst, Poesie, Literaturgeschichte usw. 2219 Bände. Die verlangten wissenschaftlichen Bücher machten im Berichtsjahr 83 Proz. aller Entlehnungen aus. Insgesamt sind im 12. Jahre 81 288 Bände in und außer dem Hause entlehnt worden; in den 12 Betriebsjahren zusammen 875 940 Bände.

Die Lesehalle wurde im 12. Betriebsjahre von 64 106 Personen gegen 63 020 Personen im Vorjahr, und zwar 61 830 Männern und 2287 Frauen in den 12 Jahren zusammen von 749 030 Personen besucht. Die Zahl der hier ausliegenden periodischen Schriften hat wiederum eine Vermehrung erfahren und beträgt jetzt 567 Leistungen und Zeitchriften jeder Art und Richtung. Die im Arbeitszimmer der Lesehalle aufgestellte, 1988 Bände zählende Nachschlageliteratur wurde von den Besuchern in umfassender Weise zu Rate gezogen.

Die Gesamtzahl der Besucher, die im 12. Betriebsjahre Bibliothek und Lesehalle benutzten, belief sich auf 130 002 Personen. Seit der Eröffnung vor 12 Jahren haben insgesamt 1 484 300 Personen das Institut aufgesucht.

Das Institut ist werktäglich von 5 1/2 bis 10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr geöffnet.

Das Diebstahlverbrechen im Riesenmuff. Eine abgefeimte Warenhausdiebin ist gestern abend in einem Kaufhaus in der Leipziger Straße (N. Wertheim) verhaftet worden. Einem Beamten von der Schuttpolizei war es aufgefallen, daß sich eine elegant gekleidete Dame, die einen mächtigen Ruff trug, an diesen Verkaufsständen zu schaffen machte, ohne etwas zu kaufen. Er verfolgte nun die Verdächtige und konnte beobachten, wie die Fremde von den verschiedensten Ständen Waren in den Ruff verschwinden ließ. Die Diebin ging dabei sehr sicher zu Werke, daß von den zuständigen Verkäuferinnen nicht das geringste bemerkt wurde. In dem Augenblick, als sich die Wärdlerin aus dem Warenhaus entfernen wollte, trat der Beamte hinzu und zitierte sie nach dem Bureau. Bei einer Durchsuchung des Ruffs entdeckte man ein kleines Lager zusammengekaufter Verkaufsgegenstände. Die Diebin hatte sich den riesigen Ruff lediglich zu dem Zweck anfertigen lassen, um ihn als Aufbewahrungsort für erbeutete Gegenstände auf ihren Raubzügen durch die Warenhäuser zu benutzen. Sie dürfte nun für längere Zeit die hiesigen Kaufhäuser nicht mit ihrem Besuch beehren, da sie in das Moabitische Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurde.

Große Empörung rief gestern nachmittag in der Wittenstraße der Transport eines Verunglückten hervor. In einem Hause der Wittenstraße war ein mit der Renovierung einer Wohnung beschäftigter Maler von der Leiter gestürzt und hatte sich anschließend das Kreuz gebrochen. Es wurde vom Krankenhaus Moabit ein Krankenwagen geholt, in dem der Verunglückte fortgeschafft wurde. Der Krankenwagen war aber in einem erbärmlichen Zustande. Da die Borderräder nicht fest waren, drehte sich wohl die Axt des Wagens, aber die Räder gingen nicht mit. Die Leute halfen sich, indem sie mit einem Knäuel gegen die Räder schlugen, damit der Wagen sich vorwärts bewegte. Durch das Schlagen erlitt der Verunglückte im Wagen Erschütterungen, die ihm vor Schmerzen heftig aufzubrechen ließen und es ist ganz begreiflich, daß das Publikum auf diese Art Krankentransport seinen lebhaften Unwillen zum Ausdruck brachte. Man fragt sich unwillkürlich, wie es möglich ist, daß in einem Krankenwagen der Krankentransportwagen nicht in Ordnung ist.

Mit einem Mauerstein um den Hals in den Tod. In den verwichenen Verichten hat ein seltsamer Seidenfund im Teltowkanal Veranlassung gegeben. Hinter der Viktoriabridge auf Stoglicher Gebiet wurde von Schiffen der Leichnam eines jungen Mädchens auf der Oberfläche des Wassers treibend entdeckt und ans Ufer geschafft. Man stellte nun fest, daß um den Hals der Toten ein Hanfstrick gefesselt war, an dem ein Mauerstein hing. Dieser Umstand ließ das Gerücht aufkommen, daß ein Mord vorliege. Wie die polizeilichen Ermittlungen jedoch ergaben, kommt ein Selbstmord in Betracht. Es handelt sich bei der Toten um die 17jährige Tochter Luise des Kaufmanns L. aus Lantow. Sie ist bereits vom Vater rekonstruiert worden. Die L. war an einen Kaufmann G. verheiratet, doch war sie vor noch nicht allzu langer Zeit von ihrem Manne verlassen worden. Aus Gram hierüber nahm sie sich das Leben. Sie auferste wiederholt Selbstmordgedanken, bis sie jetzt im Teltowkanal den Tod suchte. Den Mauerstein hatte die Lebensmüde zu dem Zweck um den Hals gebunden, um beim Hineinspringen in den Kanal nicht wieder an die Oberfläche zu kommen. Jünglinge, welche Verletzungen wurden bei der Leiche nicht wahrgenommen, so daß sie polizeilich freigegeben werden konnte.

Einen schrecklichen Tod hat der 34jährige Arbeiter Wilhelm Vutt aus der Kasanienallee 10 gefunden. Er war auf einem Fabrikneubau in Hegermühle bei Oberwalde beschäftigt. Er war soeben dabei, von einem Stapel Mauersteine nach dem ersten Stockwerk hinaufzuführen, als plötzlich ein oben errichteter Stapel einstürzte und in die Tiefe stürzte. Er wurde mitgerissen und die noch nachfolgenden Mauersteine stürzten auf ihn herauf. Der Unglückliche wurde infolgedessen erschlagen. Als Arbeitskollegen hinzueilten und den Verunglückten befehlen wollten, stellte sich heraus, daß er bereits tot war.

Aus der Selbstmordchronik. An seiner Arbeitsstätte hat der Arbeiter Hermann Kuschke aus der Reimendorfer Straße Selbstmord verübt. Er war in der Anilinfabrik in Baumschulenberg beschäftigt. Dort wurde er von seinen Kollegen in einem Arbeitsraum erhängt aufgefunden. Der Tod war bei dem Lebensmüden bereits eingetreten. — Mit Leugnung hat sich die 42 Jahre alte Witwe Frida G. Strahburgstr. 20, das Leben genommen. Frau G. öffnete in ihrer Schlafkammer die Gasuhr und legte sich dann nieder. Als die Lat entdeckt wurde, konnte bei der Selbstmörderin nur noch der Tod konstatiert werden. Die G. hat in einem Zustand plötzlich ausbrechender Geisteskrankheit gehandelt.

Ein gewerdmäßiger Mädchenhändler, auf den die hiesige Kriminalpolizei aufmerksam gemacht wurde, ist in der vergangenen Nacht in Deutsch-Charlottenburg festgenommen worden. Es ist ein gewisser Lewin Schnaidermann aus Rosfeld. Der 48 Jahre alte Händler betrieb sein „Geschäft“ in der Weise, daß er nicht bloß unvorbelebte Mädchen, sondern auch junge und hübsche Insassinnen von Fremdenhäusern besonders aus Rußland nach Buenos Aires ausführte. Vor längerer Zeit wurde er schon einmal in Amsterdam erwischt. Zwei russische Mädchen, mit denen er sich auf der Reise befand, merkten dort, daß er ihnen falsche Vorspiegelungen gemacht hatte. Sie weigerten sich weiter zu fahren und wandten sich an die Polizei. Schnaidermann wurde verhaftet und zu einer längeren Strafe verurteilt. Die Mädchen wurden von

Berlin aus nach Warschau zurückgebracht. Jetzt erhielten die deutschen Polizeibehörden die Mitteilung, daß der Mädchenhändler wieder mit einem „Kontingents“ auf dem Wege war. Er wollte zwei Mädchen über Berlin und Brüssel nach Südamerika bringen. Die Staatsanwaltschaft von Allenstein benachrichtigte sogleich alle Polizeibehörden, die in Betracht kommen, und so gelang es, den Händler und seine Helfershelfer, Agenten und Schlepper, eine Frau Feige Bleicher geborene Jagdman aus Broch und einen Samuel Pinkert in Deutsch-Charlottenburg abzufangen und hinter Schloß und Riegel zu bringen. Die beiden Mädchen wurden vorläufig in Schutzhaft genommen.

Die Untersuchung gegen den Warenhändler aus Rixdorf, über dessen Verhaftung wir berichtet, dehnt sich immer noch weiter aus. So hat sich noch eine Berliner Großhandlung gemeldet, bei der der angebliche „Dr. Siebert“ 800 000 Zentner Kette und Pflanzenöl kaufte, und die ihm dafür 7000 M. „Vermittlergebühr“ zahlte.

Gesangliche Veranstaltungen. Der Männerchor „Fichte-Georgina 1879“ (M. d. A.-S.-V.) gibt Sonntagabend, präzis 6 Uhr, unter Leitung seines Chorleiters P. A. Joseph in der Brauerei Friedrichshain ein Konzert. Mitwirkende sind: Herr Igl. Kammervirtuos Felix Meyer (Violine); Herr Max Saal, Hornist an der Igl. Hofoper (Horn); Herr Heinz Meyer (Trompete); Herr Ernst Himmel (Harmonium); Herr G. Scholz (Fagott). — Klavier nicht gestattet. Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt. Nach dem Konzert: Ball. — Eintritt 75 Pf., Abendkasse 1 M. (inkl. Tanz). Wiederholte am Saaleingänge gratis.

Der Gesangverein „Neu Erwach“ (M. d. A.-S.-V.) veranstaltet am 22. November (Vortrag) in Friedrichshain am Königstor ein Konzert, in dem die Konzertkünstlerin Frau Schott, Konzertkünstler Franz und das Sinfonieorchester des Herrn Fischer mitwirken werden. Im zweiten Teile des Programms wird „Andreas Hofer“, Oratorium für Männerchor, zum Vortrag kommen.

## Vorort-Nachrichten.

### Rixdorf.

Die Neueinstellung einer dritten Schwester für die Säuglingsfürsorge ist für das Etatsjahr 1912 vorgezogen. Die Sprechstunden der Fürsorgerin sollen vom 1. Januar 1912 ab Montags, Mittwochs und Freitags stattfinden.

Das Programm der vollständigen Veranstaltungen des hiesigen Magistrats ist durch Aufnahme von Kammermusikabenden vermehrt worden. Für diese Abende ist das Berliner Trio, bestehend aus den Herren Professoren Mayer-Mahr, Bernhard Dessau, Heinrich Grünfeld, gewonnen worden. Den Besuchern dieser Abende steht also ein erlebter Kunstgenuss bevor. Der Eintrittspreis ist aus den geringen Betrag von 50 Pf. festgesetzt worden. Das erste Konzert findet am Dienstag, den 21. November in der „Neuen Welt“ statt.

### Rummelsburg.

In der Gemeindevertretersitzung am Mittwoch fand vorerst die Einführung des neu gewählten besoldeten Schöffen Dr. Marekly. Dieser Magistratsassessor in Rixdorf, hat. Nach dem Inhalt der Begrüßungsrede des Herrn Dr. Marekly zu urteilen, scheint demselben eine ganz besondere Befähigung eigen zu sein — war es ihm doch möglich, konstatierte zu können, daß ein einziger Einblick in die Rummelsburger Verwaltung ihm den Beweis erbracht hat, daß die Finanzierung der Gemeinde durchaus gesichert ist und nach dieser Seite hin keine Veranlassung für eine Vereinigung mit der Nachbargemeinde vorliegt. Dr. Marekly wurde dann gleich in das Krankenhausratatorium an Stelle des ausgeschiedenen Beigeordneten Altesdorfer Koster gewählt. Nachdem noch ein neuer, erhöhter Preisstarb über Ausführung von Kanalisations- und Wasserleitungshausanschlüssen von der Mehrheit beschlossen worden war, hatte die öffentliche Sitzung bereits nach kaum halbstündiger Dauer ihr Ende erreicht. In nichtöffentlicher Sitzung wurde die vom Bezirksausschuß unterm 17. Oktober dieses Jahres festgesetzte Grenzregulierung zwischen Rummelsburg und Stralau, vorbehaltlich der Schadloshaltung der Gemeinde Rummelsburg durch Stralau in Form einer entsprechenden Abfindung desjenigen Stenerausfalls, den Rummelsburg nachweislich erleidet, anerkannt. In Sachen der Vereinigung mit Lichtenberg teilte Bürgermeister Dr. Haub mit, daß auf Veranlassung des Regierungspräsidenten zwischen ihm, Oberbürgermeister Rietzen und den maßgebenden Führern der bürgerlichen Stadtverordneten von Lichtenberg eine Aussprache stattgefunden hat. Nach der Aussprache steht zu erwarten, daß die von den Lichtenberger Stadtverordneten so brüsk abgewiesenen Rummelsburger Sonderbedingungen, wie die Erhaltung der vorhandenen Wohlfahrts-Einrichtungen, keine Verschlechterung der Volksschulen, keine Erhöhung des jetzigen Gaspreises usw., nun von Lichtenberg in geeigneter Form Anerkennung finden werden. Ferner ist eine Uebereinstimmung dahin erzielt worden, daß demnächst eine gemeinsame Sitzung sämtlicher Stadt- und Gemeindeverordneten beider Orte unter Leitung eines Regierungsvertreters stattfinden soll, in welcher dann die noch vorhandenen Streitpunkte durch gemeinsame Aussprache möglichst aus der Welt geschafft resp. in eine annehmbare Form für beide Orte gelöst werden sollen. Anschließend hieran soll dann sofort jede Gemeinde für sich endgültigen Beschluß fassen.

### Weißensee.

Zum Bau eines neuen Bahnhofs ist der Große Berliner Straßenbahn gegen die Stimmen unserer Genossen ein acht Morgen großes Grundstück gekauft worden. Als Gegenleistung hat die Gesellschaft in der Hauptsache zwei Linien aufbauen wollen, die für die Verbindung unseres Ortes von wesentlicher Bedeutung waren. Eine Linie Z, die den Norden und Moabit durchschneidet und auch schon durchgeführt ist; hierfür mußten Gleise verlegt werden in der Gustav-Adolf-Straße, am Kirchplatz und der Viktorienstraße, eine Strecke, die erheblichen Aufwand verursachte. Eine zweite Linie sollte den Dfen, Südosten und eventuell Rixdorf verbinden; hierzu war die bisherige Linie 68 auszuweichen. Für diese Verbindung wäre nun notwendig eine Kurvengleisverbindung am Königstor; und gerade diese Linie ist für den Arbeiter wichtig, da dieselbe mit dem Gewerkschaftsbüro Verbindung hat. Aber hier löst die Große Berliner ihr Versprechen wie so oft uneingelöst. Jetzt wird am Königstor das Straßenpflaster erneuert, jedoch die Verlegung einer Kurve erfolgt nicht. Mit dem Bau des Bahnhofs sollte bereits am 1. Oktober begonnen sein, bis jetzt ist jedoch noch kein Spatenstich getan. Unsere Genossen hatten recht, als sie darauf hinwiesen, daß ein Vorkommen mit der Großen Berliner der Gemeinde nur zum Schaden gereicht. Man sollte doch von einer so großen Erwerbungs-Gesellschaft erwarten, daß sie ihre im Vertrag niedergelegten Verpflichtungen mit etwas mehr Pünktlichkeit innehält.

### Kalkberge-Rudersdorf.

Eine neue Zementfabrik will hier selbst in nächster Zeit die Rittergut Rudersdorf-W. m. d. G. am Stienichee errichten. Gegen dieses Unternehmen, zu dem die Gemeinde Kalkdorf interessiert ist, hat sich die dortige Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung mit aller Schärfe gewandt. Die Vertretung beschloß einstimmig, hiergegen bei dem Minister für Handel und Gewerbe Protest einzulegen.

### Strausberg.

Einen glänzenden Sieg errangen unsere Genossen bei den Stadtverordnetenwahlen in der dritten Abteilung. Die von uns aufgestellten Kandidaten, die Genossen Leuenburg, Kurze, Weiß und Guast wurden mit 253 bis 257 gegen die aufgestellten sieben bürgerlichen Kandidaten, auf die 68 bis 203 Stimmen entfielen, gewählt. Auf die Bürgerlichen, die auf einen Neinsfall nicht gerechnet, war das Resultat von deprimierender Wirkung.

## Spandan.

Stadtverordnetenversammlung. Vor der Stadtverordnetenversammlung fand diesmal eine gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten zum Zwecke der Wahl von 3 Abgeordneten zum Provinzial-Landtag statt. Gewählt wurden Oberbürgermeister Koelke, Bürgermeister Wolf und Stadtverordneter Rübke. Alsdann genehmigte die Versammlung die Neuerrichtung einer Sekretär- und einer Assistentenstelle sowie die Vorrichtung über die Reichshofen-Entschädigung der Beamten und Vertreter der Stadt Spandau. Eine längere Debatte zeitigte die Vorlage bezüglich Festsetzung der Fluchtlinien der Straßen 56 und 58 im Stadtteil Hofenfelde. Es ist dies das Gelände, welches der Charlottenburger Baugenossenschaft gehört, die schon längere Zeit mit der Stadtverwaltung wegen der Bauerklaubnis verhandelt. Der Baukomplex liegt an unregulierten Straßen und nach dem Ortsstatut hätte der Magistrat unweigerlich das Recht, Vorgesuche an unregulierten Straßen glatt abzulehnen. Der Magistrat hat dies nun nicht getan, sondern die Ausweisung zweier öffentlichen Straßen verlangt. Er fordert die Genehmigung der Versammlung hierzu. Seitens der Fluchtlinien-Deputation war aber einmütig nur eine Straße ausgewiesen worden. Dem Stadtverordneten Bender wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden Prager das Wort nicht mehr erteilt, weil er als Ausschussmitglied der Charlottenburger Baugenossenschaft interessiert sei. Bei der Ausweisung Angelegenheit war man, wie ein Stadtverordneter mitteilte, nicht so prüde, dort sprachen wiederholt interessierte Personen, ohne daß es moniert wurde. Unser Genosse Beyer konnte gar nicht begreifen, weshalb man der Baugenossenschaft so viel Schwierigkeiten mache, die doch beabsichtige, gute und billige Arbeiterwohnungen zu bauen. Die Hausbesitzer-Stadtverordneten verteilten natürlich einen anderen Standpunkt und sie drückten tatsächlich die Magistratsvorlage durch. Ob sie damit auf die Dauer Erfolg haben werden, ist zu bezweifeln. Der Anfall der letzten Stadtverordnetenwahl wüßte ihnen doch die Augen geöffnet haben. Im Zuschauerraum hatten sich eine große Anzahl Mitglieder der Baugenossenschaft eingefunden, welche einige Male ein Bravo! ertönen ließen, worauf der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Prager mit Rührung drohte. Die übrigen Vorlagen sind von geringerer Bedeutung und wurden meist debattelos erledigt.

Die Wahlen der Delegierten zur Ortskrankenkasse der Handwerker finden am Montag, den 20. November, von abends 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr im „Mittelsächsischen Kasino“, früherer Palme, statt. Die Mitglieder obiger Kasse werden ersucht, sich rechtzeitig an der Wahl zu beteiligen.

### Jugendveranstaltungen.

Friedrichsfelde. Heute abend pünktlich 9 Uhr findet im Café Kollbaue, Friedrichsfelde, Schloßstr. 2, für die Orte Lichtenberg, Friedrichsfelde, Rummelsburg, Stralau ein gemeinsamer G. o. e. h. e. -Abend statt. Mitwirkende: Herr Julius Sob - Vortrag, Frau Hilma Schlüter - Rezitation, Herr Dr. Fritz Hopf - Gesang, Hrl. E. Friedburg - Begleitung. Eintritt 10 Pf. Da das Programm ein äußerst gutes ist, wird großer Zuspruch erwartet.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 19. November, vormittags 9 Uhr, Pappelallee 15-17, und Rixdorf, Oberpoststraße: Freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Kanalarstraße 6: Vortrag von Herrn E. Vogt über: „Die Kirche ihren Ursprung“. — Abends 6 Uhr Kappelerstr. 20: Herr Prof. Gurliitt: „Moderne Weltanschauung und Kirche“. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen. Montagabend 8 Uhr: Beschließende Versammlung.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (Eingeführte) Halle 29, Hamburg. Mitgliederversammlung 10 Uhr in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5/7. — Berlin 2: Sonntagvormittag 10 1/2 Uhr im Räckelins Hof, Admiralsstr. 18c. — Berlin 3: Heute Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, bei Kähler, Reichenberger Str. 154. — Berlin 4: Heute Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, bei Perle, Andrasstraße 28. — Berlin 6: Sonnabendabend 9 Uhr im Lokal Bernauer Str. 82 (früher Karlswald). — Berlin 9: Sonntagvormittag 10 Uhr bei Rotemann, Verlinggstr. 14. — Berlin 10: Sonntagvormittag 10 Uhr bei Haber, Steinhilberstr. 11. — Charlottenburg: Heute abend 8 1/2 Uhr im Volkshaus, Rosenstr. 3. — Rixdorf: Sonnabendabend 8 1/2 Uhr Steinmeißerstr. 114 bei Taddert. — Rummelsburg: Sonnabendabend 8 1/2 Uhr bei Oster Blume, Alt-Borchow 56 (Ecke der Neuen Bahnhofstraße). — Tegel: Sonnabendabend 8 1/2 Uhr im Restaurant von Fritz Kallies, Berliner Str. 92.

### Briefkasten der Redaktion.

Die jährliche Sprechstunde findet Lindenstraße 69, von vier Treppen — Gedächtnis —, montags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnehmeranzahl beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Alle Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

G. O. 46. 1. Ja. 2. Befolgen Sie einen Lotterielosekäufer. — G. O. Die Nichtzahlung von Steuern berechtigt nicht das Recht der Ausübung des Reichsgrundbesitzes. — G. O. 60. 1. 150 M. bei Bedürftigkeit kann Ermäßigung bis auf 5 M. folgen. 2. Voraussetzungen nicht. 3. Ja. — 100. M. 8. Das liegt im Ermessen des Richters. — G. O. 33. Ein Brief an die Anwaltskammer könnte in diesem Falle als fruchtbarer Handlung angesehen werden. Ein Schreiben an die Universitätsklinik hat möglicherweise Erfolg. — G. O. 104. 1. Inzahlung eines Anwalts ist nicht notwendig. 2. Sie haben noch Anspruch auf Zahlung der Rente für November. — G. O. 12. Wenn Sie das Abhandlungsprotokoll des Schirmes nachweisen können, helfen beide. — G. O. 43. Ja. Der Antrag muß aber noch im Dezember gestellt sein. — G. O. 125. Der Mieter bleibt für den ganzen Monat haftbar. Entbehrliche Sachen können einbezahlt werden. — G. O. 91. Die in Ihrem und Ihrer Gattin Besitz befindlichen Schriftstücke reichen aus. — 4. G. O. 1. 1. u. 2. Keine zwingenden Begründungsgründe, können aber berücksichtigt werden. 3. Wahrscheinlich nicht. 4. Nur mit Erlaubnis der Behörde. Besuch an die Erbschaftskommission. 5. Geldstrafe von 150 M. bis zu 3000 M. oder Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre. — G. O. 8. Bekommen Sie sich bei der Schiedsdeputation. — G. O. 8. Grundbesitz. Die Grundbesitzbesitzer gegen Bekannnisurteile des Amtsgerichts beträgt eine Woche. — Rehberg, Schwedt, Rein. — Nr. 24 Borswärtz, Rein. — A. M. Sonnenburger Straße. Die Kinder erster Ehe haben Anspruch auf das Vaterrecht. Verzicht oder Abtretung kann zu notariellem oder gerichtlichem Protokoll erfolgen. — G. O. 49. Die Eltern sind zahlungspflichtig, können allerdings auch die Angabe der Höhe des Anspruches verlangen. Lohnfindung ist zulässig. — G. O. 88. 1. Fordern Sie den Rößelhändler unter Setzung einer Frist nochmals auf. Was weiter zu tun ist, läßt sich nur nach Einzicht in das Vergleichsprotokoll sagen. 2. Fordern Sie vom Gericht eine Bescheinigung, die mir zu stellen bereit sind. 3. Auf Verlangen ja. — H. S. R. Rein. — M. O. Pr. 32. Eine absolute Bestimmung über Literatur ist nicht gut annehmlich. Arbeiter-Bildungsschule, Kurias Nationalökonomie. — G. O. 45. Freitag, bei Blume, Alt-Borchow 56. — G. O. 27. 1. Zur 20 Pf. in unetlicher Verhandlung, Lindenstraße 69. 2. Der Arzt wird schon die richtige Auskunft geben. — G. O. 45. Köllnische Bar 8. — G. O. Schöneberg. 1. Drei Monate bei einfacher Körperverletzung. Strafanzüge kann auf dem Polizeirevier oder auch bei der Staatsanwaltschaft erstattet werden. 2. u. 3. Ja. — H. S. 24. Gerniege-Sitzung, zu erfragen im Bureau der Zentrale für private Fürsorge, Unter den Linden 16, Durg. III. — H. S. 20. Wilhelmsr. 63, kurzzeit täglich vor- und nachmittags. — H. M. 13. Rein. — C. R. 3. 2. 18. 1. Ja. 2. Rein. Paul R. Auch ein ungelauftes Kind muß in die Schule aufgenommen werden. Ein Antrag, das Kind laufen zu lassen, besteht somit nicht. — M. R. 21. Vom Tage der Antragsstellung ab. — H. S. 77. 1. Standesamt, vor dem die Ehe geschlossen ist. 2. Nicht vorgeschrieben. — H. S. 75. Der Anspruch steht Ihnen für den Fall des Obigen zu. Geltendmachung erst nach Erlass des Urteils zulässig durch Antrag auf Festsetzung beim Prozeßgericht. — G. O. 8. Fordern Sie unter Festlegung von Verhandlungstermin die Aufhebung der Verurteilung. Nach einer erfolglosen Festsetzung klage. Die Klagen zahlen Sie weiter. — G. O. 45. Ja. Antrag muß noch in diesem Kalenderjahr gestellt sein. — G. O. 22. Das machen Sie mit Ihrer Gewerkschaft aus. — G. O. 103. 1. und 2. Rein. — 11. G. O. Ja. — G. O. 100. 1. Für Reichsstraße ist das Amtsgericht Rixdorf zuständig. 2. Ja. — Charl. 225. Ja. Rindfleisch jedes Monate Gehalt. Verjährungsfrist: Zehn Jahre. — G. O. 58. Befolgen Sie die Forderungen Ihres Anwalts. — M. O. 1000. Rein. — H. S. 18. Ja. Extra 2000. Falls Ihre Anmeldung erfolgt ist, sind Sie zur Zahlung der Gemeindefinanzsteuer und der Arbeitssteuer für die Zeit Januar bis September 1911 nicht verpflichtet. Auf die Verpflichtung zur Zahlung der Staatsfinanzensteuer ist der Vortrag ohne Einfluß. — G. 141. Ja. Im Verlegungsfalle Antrag an das Vormundschaftsgericht. — Nr. 45. 1. Ja, wenn Gesundheitsgefährdung nachgewiesen werden kann. 2. Ja. —